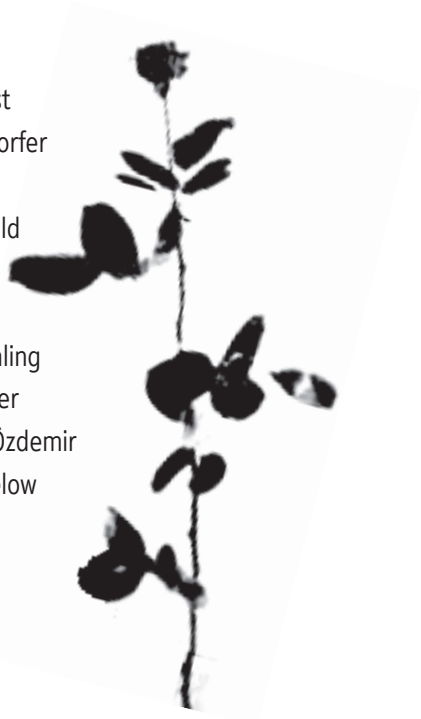
Patrick Adenauer / Hans-Herbert von Arnim
Lukas Beckmann / Günther Beckstein / Ole von Beust
Marianne Birthler / Lothar Bisky / Christian Blickenstorfer
Thilo Bode / Frank Bsirske / Sabine Christiansen
Roland Geitmann / Wolfgang Gerhardt / Sven Giegold
Andreas Gross / Hans-Olaf Henkel / Peter M. Huber
Maria Jepsen / Otmar Jung / Bruno Kaufmann
Silvana Koch-Mehrin / Hartmut Koschyk / Jürgen Kühling
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger / Thomas Mayer
Bascha Mika / Silvano Moeckli / Peter Müller / Cem Özdemir
Petra Pau / Lore Maria Peschel-Gutzeit / Bodo Ramelow
Claudia Roth / Jürgen Rüttgers / Krista Sager
Theo Schiller Renate Schmidt / Walter Sittler
Max Stadler / Hans-Chrisitan Ströbele / Peter Struck
Johannes Stüttgen Frank Teichmüller / Götz Werner
Guido Westerwelle / Dieter Wiefelspütz



Liebe Leser, Freunde und Wegbegleiter von Mehr Demokratie

Dies Buch ist ein Geschenk. Für Sie und für uns.
Und: Für 20 Jahre Mehr Demokratie.

Keine Sorge. Wir heben nicht ab. Anders als heute oft üblich stehen die Mitglieder von Mehr Demokratie nicht in Gefahr, allzu oft sich selbst zu feiern. Sie stehen lieber auf der Straße, beim Unterschriftensammeln oder am Vortragspult, sitzen am Laptop oder in Aktionskreisbesprechungen oder reisen nach Thüringen und Schleswig-Holstein, um mit Bürgern und Politikern zu sprechen und Unterstützer für das nächste Volksbegehren zu gewinnen. Etwas von Rast- und Selbstlosigkeit prägt unsere Arbeit.

Da ist es gut, einmal innezuhalten und auf das Erreichte zu blicken. Wie hat alles angefangen? Wo stehen wir heute? Wie haben wir uns dahin entwickelt? Was haben wir erreicht? Was noch nicht? Und: Welchen Wert, welche Bedeutung hat Mehr Demokratie für dieses Land, seine Entwicklung, seine demokratische und politische Kultur – und für das Leben seiner Bürger? Man wird sich so, mehr und anders als sonst, der eigenen Ideale, des eigenen Weges wie des bislang Erreichten bewusst.

Es begann tief unten

Und es ist ja auch wirklich eine einzigartige Geschichte. Vor 20 Jahren haben wir angefangen, eine Handvoll Leute. Tief unten im Keller, in Bonn, der damaligen Hauptstadt. Aus den Kellern sind wir lange Zeit nicht herausgekommen; dem ersten Keller in Bonn (Friedrich-Ebert-Allee) folgte ein zweiter (Prinz-Albert-Str.) – und auch danach, in München, lag unsere erste Zentrale unter der Erde. Wir hatten damals kaum Geld und so gut wie keine Mitglieder. Aber wir hatten eine Idee: Wir wollten diese Republik verändern. Von Grund auf. Wir wollten mehr Selbstbestim-

mung und: „mehr Demokratie"! Die Bürger sollten nicht weiter nur Objekt der Politik sein – und sich als solche fühlen. Sie sollten, Schritt für Schritt und auf allen Ebenen, zu Subjekten werden, sollten aus der Zuschauerrolle in die von Handelnden, Mitwirkenden wechseln.

Wir stell(t)en die Machtfrage

Wir wollten Volkssouveränität ernst nehmen: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus"! Anstatt zu klagen: „...und kehrt nie mehr zurück!" wollten wir handeln. Wahr machen, was im Grundgesetz schon angelegt ist, in der Wirklichkeit jedoch nicht: „Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt." Und uns war klar: Das wird weder leicht noch schnell gehen. Denn wir stellten ja nicht weniger als die Souveränitäts-, also: die Machtfrage. Aber hier liegt der Hase begraben. Sie ist die Voraussetzung für alle weiteren Fragen und Inhalte. Wer die Macht und das Sagen hat, entscheidet schließlich, was geschieht. Wir wollten, dass die Macht bei den Bürgern liegt. Sie sollten nicht mehr nur alle 4 oder 5 Jahre ihre Stimme – im doppelten Wortsinn – abgeben, sondern, wann immer sie wollen, in Sachfragen politisch entscheiden. Es würde ein langer Weg von der Zuschauer- zur Teilhabedemokratie sein, das war uns klar. Aber wir waren vermessen genug, ihn aufzunehmen.

Wir haben die Republik verändert

In diesen 20 Jahren sind wir weit gekommen. Aus einer Handvoll Leute ist eine starke Organisation mit 4.700 Mitgliedern geworden. Im Keller sitzen wir schon lange nicht mehr – und statt eines Büros haben wir derzeit acht, mit professionellen Mitarbeiter/innen und Praktikant/innen, gut verteilt über das ganze Land. Und wir haben viel erreicht. 20 Jahre unermüdlicher Einsatz für Mehr Demokratie haben diese Republik verändert. Als wir mit unserer Arbeit begannen, gab

es Volksentscheide gerade einmal in sechs und Bürgerentscheide in nur einem Bundesland, heute kennen alle 16 Länder beide Formen der direkten Bürgerbeteiligung. Nicht nur hierzu hat Mehr Demokratie erheblich beigetragen.

„Ich kenne keine Initiative", schrieb mir kürzlich ein Mitglied, „die in so kurzer Zeit so viel erreicht hat!" In der Tat sind 20 Jahre Mehr Demokratie auch eine ungewöhnliche Erfolgsstory. Zu den wichtigsten Erfolgen, an denen wir direkt oder indirekt beteiligt waren, gehört die Einführung der Volksgesetzgebung und des Bürgerentscheides in Schleswig-Holstein (1989) und in sämtlichen neuen Bundesländern (1991-94), die Einführung des Bürgerentscheides in Bayern (1995) und Hamburg (1998), die Senkung der Hürden bei der Volksgesetzgebung in Hamburg (2001), Thüringen (2000/03), Nordrhein-Westfalen (2000/02) und Berlin (2005/6), die erfolgreichen Wahlrechtsreformen in Hamburg (2004) und Bremen (2006), die Etablierung von kandidatenwatch.de und abgeordnetenwatch.de und die Verankerung der Citizen Initiative im EU-Reformvertrag.

Das eigentliche Geheimnis unserer Erfolge

Das wichtigste und das eigentliche Geheimnis unseres Erfolges aber sind die Menschen, die Mehr Demokratie tragen und ausmachen. Sie sollten bei der Würdigung von 20 Jahren Mehr Demokratie im Mittelpunkt stehen! Mehr Demokratie nämlich lebt vollständig von der Kraft und dem Einsatz seiner Mitglieder und Mitarbeiter/innen. Und was diese bei Mehr Demokratie das ganze Jahr über tun, das tun sie nicht für sich oder für den Verein, sondern für alle Menschen, denen an Selbstbestimmung, Demokratie und einer Politik im Sinne der Bürger gelegen ist. Ohne diese Menschen, die gegen Machtanmaßung und Hinterzimmerpolitik, Resignation und Apathie und für Selbstbestimmung und Demokratie kämpfen, dafür, dass jede/r etwas zu sagen hat und zählt, wäre weder Mehr Demokratie noch die unaufhaltsame allmähliche direktdemokratische Revolution unseres Landes möglich geworden.

Es ist eine historisch, politisch und kulturell bedeutsame Arbeit für uns alle, für diese Gesellschaft, für dieses Land und diese Welt. Das ist ganz nüchtern gemeint. Ihnen gebührt daher der größte Dank!

Mit ihnen gilt unser Dank all denen, die uns auf diesem Weg begleitet haben. Ohne die Mitarbeit und Unterstützung Vieler in Wissenschaft, Kultur, Politik und, gelegentlich, auch Wirtschaft wären wir nie so weit gekommen. Einige haben uns Glückwünsche zukommen lassen – verbunden mit ganz individuellen Gedanken, z.B. zu der Frage: „Wozu braucht man M/mehr Demokratie?" Diese Beiträge, über die wir uns sehr freuen, haben wir hier zusammengefasst. Es finden sich jahrelange Wegbegleiter darunter – aber auch Antagonisten. Solche, von denen wir oder die von uns viel gelernt haben. Und Gegner, die zu Freunden wurden.

Ich danke allen Beteiligten herzlich und freue mich mit Euch und Ihnen auf weitere Jahre und Jahrzehnte erfolgreicher Arbeit.

Die Demokratie ist nie fertig. Sie muss ständig weiterentwickelt und vervollkommnet werden. Das Gleiche gilt für unseren Verein, für Mehr Demokratie. Auch wir werden und müssen uns weiterentwickeln, nicht ausruhen. Die nächsten großen Ziele stehen schon vor uns: Der bundesweite Volksentscheid und eine demokratischere EU.

Zum Schluss noch ein unbescheidener Wunsch. Ich wünsche mir ein Geschenk. Für Mehr Demokratie. Wir können es nur selber machen. Am besten noch vor dem nächsten runden Jubiläum: Den bundesweiten Volksentscheid!

Bis dahin allen, die mitgeholfen haben,
herzlichen Glückwunsch und Dank,

Gerald Häfner

Eine Lanze der Familienunternehmer für mehr Direktdemokratie

Die Familienunternehmer – ASU unterstützen seit langem das Anliegen des Vereins „Mehr Demokratie" auf Verstärkung der staatsbürgerlichen Beteiligungs- und Entscheidungsrechte auf allen politischen Ebenen. Maßgebend für uns als **Staatsbürger** sind dabei die allgemeinen Argumente für mehr Direktdemokratie: die Verselbständigung der politischen Klasse und der ja leider teilweise steuerfinanzierten „Parteienoligarchie" wird verhindert, deren Entscheidungsmonopol gebrochen; der Bürger wird durch Mitbeteiligung stärker am Gemeinwesen interessiert, identifiziert sich auch stärker mit ihm (damit sinkt die Politikverdrossenheit). Hinzu kommt, dass die Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative wieder wirksam und – entgegen dem, was man allgemein glaubt - auch die Diskussion versachlicht, die Chance von Demagogen vermindert wird. Das im Volk vorhandene Wissen wird mobilisiert, seine Interessen artikuliert und es wird in die Verantwortung gezogen. Die politische Apathie einer bloßen „Zuschauerdemokratie" wird überwunden, ebenso politische Blockaden und kompromisslerischer Kuhhandel der Parteien eingeschränkt.

Als Unternehmer gefällt mir im Besonderen, dass in Staaten, die eine große Erfahrung mit direktdemokratischen Einrichtungen (Referendum und Volksinitiative) haben, wie z. B. etliche Einzelstaaten der USA oder natürlich die Schweiz, nach vorliegenden Untersuchungen die Staatsverschuldung geringer ist, die Staatsausgaben gedrosselt werden, Steuern und Abgaben überhaupt niedriger sind, die Wirtschaftlichkeit des Staatswesens nicht zu wenig, aber auch nicht zu viel (Basis-)Demokraties höher ist und die Finanzierung öffentlicher Leistungen über gerechtere Nutzergebühren begünstigt wird.

Gerade für eine Minderheit wie die Familienunternehmer ist es außerdem wichtig, dass sie ein Instrument zur politischen Initiative erhält. Die meisten Unternehmer haben nicht die Möglich-

keit, als Berufspolitiker in Vollzeitparlamenten mitzuwirken. Aber in einzelnen Volksinitiativen können sie bei übersichtlichem Zeitaufwand politisch Nützliches leisten. So sind z. B. Steuerinitiativen gegen den überbordenden Fiskalstaat über Direktdemokratie leichter möglich (ich denke an die berühmte „Proposition 13" vom 6. Juni 1978 in Kalifornien, die zu einer Senkung und Begrenzung der Steuerlast führte und Steuerrevolten in 20 anderen Bundesstaaten nach sich zog). Dabei erwarte ich natürlich nicht, dass die Volksabstimmungen immer im Sinne der Unternehmer ablaufen werden. So ist gewiss manche höchst nützliche lokale Privatisierungsinitiative schon durch Bürgerveto abgewehrt worden. Es gibt mit anderen Worten keine Garantie auf bessere Ergebnisse als in der Parteiendemokratie, nur die größere Chance dafür.

Ich erhoffe mir von der Arbeit von „Mehr Demokratie" im Besonderen, dass eines ihrer höchsten Ziele, die Durchsetzung eines Volksentscheids auf Bundesebene noch vor Ablauf der nächsten 20 Jahre realisiert wird. Immerhin war dieses Projekt ja bereits so weit gediehen, dass unter der Regierung Schröder ein entsprechender parlamentarischer Vorstoß von der Mehrheit der Abgeordneten mitgetragen wurde, leider allerdings nicht von der in diesem Fall notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit.

Mit anderen Worten: wir haben noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Besonders freut mich auch, dass „Mehr Demokratie" überparteilich arbeitet, denn, wie zu Recht gesagt wird, das Instrument der „Volksabstimmung trägt keine Farbe". Die Volksgesetzgebung ist besonders in als bürgerlich und freiheitlich bekannten Staaten wie den USA oder der Schweiz besonders ausgebaut.

Dr. Patrick Adenauer
Präsident der Familienunternehmer – ASU

Hans Herbert von Arnim

Direkte Demokratie ist ein wirksames Mittel gegen Machtmissbrauch

Mehr Demokratie (MD) hat vieles bewirkt, ist inzwischen eine Institution geworden und besitzt damit auch schon eine eigene Geschichte. Heute können die Bürger in allen 16 Bundesländern Sachentscheidungen an sich ziehen und selbst treffen. Dazu hat MD ganz wesentlich beigetragen. Besonders in Erinnerung ist mir die Einführung kommunaler Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Bayern durch ein von MD initiiertes, landesweites Volksgesetzgebungsverfahren. Das strahlte aus, so dass nunmehr die Bürger auch in den anderen Ländern auch kommunale Entscheidungen in die eigene Hand nehmen können, eine Möglichkeit, die es lange nur in Baden-Württemberg gegeben hatte. Seit einiger Zeit entfaltet MD auch auf Europaebene beachtliche Initiativen.

Ich will mich hier aber nicht in einer bloßen Lobesarie ergehen. Das werden in dieser Festschrift sicher andere zur Genüge und mit gutem Recht tun. Vielmehr möchte ich Themenfelder und methodische Ansätze benennen, in denen sich, wie ich glaube, die Möglichkeit zusätzlicher und noch verstärkter Aktivitäten von MD auftut.

MD sollte sich neben unmittelbaren Sachentscheidungen meines Erachtens noch stärker für die Durchsetzung von Direkt*wahlen* einsetzen. Dabei geht es etwa um die Direktwahl von Ministerpräsidenten[1] und Bundespräsidenten.[2] Es geht aber auch um die Herstellung der wirklichen Direktwahl von Parlamentsabgeordneten, die derzeit, obwohl von den Bundes- und Landesverfassungen sowie vom Europarecht gefordert, in Wahrheit meist gar nicht besteht. Vielmehr

[1] *Jan Backmann*, Direktwahl der Ministerpräsidenten – Als Kern einer Reform der Landesverfassungen, 2006; *von Arnim*, Staat ohne Diener, 1993, S. 323 ff.; *ders.*, Systemwechsel durch Direktwahl des Ministerpräsidenten, in: Arthur Benz/Heinrich Siedentopf/Karl-Peter Sommermann (Hrsg,.), Institutionen in Regierung und Verwaltung, Festschrift für Klaus König zum 70. Geburtstag, 2004, S. 371 ff.

[2] *von Arnim*, Die Deutschlandakte, 2008, S. 207 ff.

bestimmen die Parteien ganz überwiegend, wer ins Parlament kommt und lassen den Bürgern keine Wahl. Wen die Parteien auf sichere Listenplätze platzieren oder in sicheren Wahlkreisen aufstellen, der ist lange vor dem eigentlichen Wahltermin bereits gewählt, nur eben nicht von den Bürgern. Ich habe dies an anderen Stellen ausführlich dargestellt,[3] zuletzt in meinem neuen Buch „Die Deutschlandakte".[4] MD sollte deshalb sein internes Selbstverständnis auch ausdrücklich erweitern und unter direkter Demokratie im weiteren Sinne auch die Direktwahl gewisser Amtsträger und der Abgeordneten selbst verstehen. Einige Ansätze in diese Richtung sind bereits gemacht, zum Beispiel bei der Durchsetzung eines bürgernahen Wahlrechts in Hamburg und beim Kampf um ein besseres Landes- und Kommunalwahlrecht in Berlin und Nordrhein-Westfalen.

In Hamburg hat sich auch die funktionale Verknüpfung zwischen direktdemokratischen Sachentscheidungen und Direktwahlen gezeigt: Das bessere Wahlrecht ließ sich – gegen den Widerstand der Parlamentsmehrheit - nur durch Volksbegehren und Volksentscheid durchsetzen. Eine ganz ähnliche Erfahrung haben wir bei der Einführung der Direktwahl von Bürgermeistern und Landräten nach süddeutschem Vorbild gemacht. Auch sie konnte nur durch Volksentscheid durchgesetzt werden. In Hessen stimmten dafür 82 Prozent, so dass in anderen Ländern das glaubwürdige Drohen mit direkter Demokratie bereits ausreichte, um widerstrebende Parlamentsmehrheiten auf Kurs zu bringen; so z. B. in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und im Saarland.[5]

[3] *von Arnim*, Wählen wir unsere Abgeordnete unmittelbar?, Juristenzeitung 2002, S. 578 ff.
[4] Siehe Fußnote 2.
[5] *von Arnim*, Die politische Durchsetzung der Kommunalverfassungsreform der neunziger Jahre, Die Öffentliche Verwaltung 2002, S. 585 ff.

MD sollte sich auch sehr viel intensiver mit den Mängeln unserer real existierenden Demokratie befassen, zum Beispiel mit Kartellbildungen[6] der politischen Klasse[7], die die Wähler erst recht entmachten und die bei Entscheidungen über die Finanzierung von Parteien, die Versorgung von Abgeordneten und bei der Blockade von Verbesserungen des Wahlrechts besonders deutlich werden. Und die von der politischen Klasse im eigenen Interesse verbogenen Institutionen bewirken organisierte politische Unverantwortlichkeit.[8] Die Vorzüge direkt-demokratischer Sachentscheidungen ergeben sich ja nicht zuletzt aus einem *Vergleich*: Je größer die Mängel der bestehenden Repräsentativverfassung, desto notwendiger erscheint ceteris paribus ihre Ergänzung durch Elemente direkter Demokratie. Deshalb kommt man meines Erachtens nicht ohne eine durchgreifende Analyse unseres politischen Systems aus, die auch vor massiver Kritik nicht zurückschreckt.[9] Jedenfalls würde das die Plausibilität und Durchsetzungskraft der Forderungen von MD weiter erhöhen.

Ein fruchtbares Thema für MD könnte auch die Demokratisierung des Klagerechts zu den Gerichten sein. Derzeit wird dem Bürger das Recht vorenthalten, selbst gegen offensichtlich verfassungswidrige Regelungen und Praktiken im Kernbereich der Demokratie gerichtlich vorzugehen. Zu Klagen sind nur Angehörige der politischen Klasse zugelassen, die meist für die Mängel mitverantwortlich sind und deshalb nicht dagegen vorgehen. Somit haben wir die Situation, dass die, die klagen wollen, nicht können, und die, die klagen könnten, nicht wollen. Dieses Dilemma hat prozessgeschichtliche Wurzeln, die heute weitgehend entfallen sind. In wichtigen Bereichen sollte deshalb ein Klagerecht für den Bürger, den civis ex populo, geschaffen werden.[10]

---

[6] *Richard S. Katz/Peter Mair*, Changing Models of Party Organization and Party Democracy – The Emergence of the Cartel Party, Party Politics 1995, S. 5 ff.
[7] *Klaus von Beyme*, Die politische Klasse im Parteienstaat, 1993; *von Arnim*, Fetter Bauch regiert nicht gern, 1997.
[8] *von Arnim*, Das System, 2001.
[9] *von Arnim*, Die Deutschlandakte, 2008, passim.
[10] *von Arnim*, Gemeinwohl und Gruppeninteressen, 1977, S. 303 ff.; *ders.*, Das Europakomplott, 2006, S. 92 f.

Auch der theoretischen Fundierung ihrer Forderungen sollte MD noch mehr Aufmerksamkeit schenken. Dazu drei Beispiele: Versteht man Demokratie – entsprechend der Lincolnschen Formel – als Regierung durch und für das Volk, bietet das Volkgesetzgebungsverfahren, bei dem der Bürger selbst über die Sache mitentscheidet, zweifellos mehr Regierung *durch* das Volk, als wenn Repräsentanten für ihn entscheiden. Diese Erkenntnis verschiebt in öffentlichen und rechtlichen Auseinandersetzungen die Beweislast zugunsten direkter Demokratie. Und das bedeutet eine ganze Menge: Wer dagegen ist, muss nun nämlich nachweisen, dass direkte Demokratie zu schlechteren Ergebnissen führt, also zu einem Weniger an Regierung *für* das Volk. Gelingt das nicht, spricht alles für direkte Demokratie. Damit ist der Grundsatz „Im Zweifel für direkte Demokratie" etabliert.[11]

Auch für die immer noch ausstehende Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene ließe sich ein zusätzlicher argumentativer Schub gewinnen. Man muss „nur" den meines Erachtens bestechenden Gedanken aufgreifen, dass die von demokratischen Verfassungen postulierte Volkssouveränität in unserem Lande in Wahrheit gar nicht besteht,[12] die aber durch direkte Demokratie annäherungsweise hergestellt werden könnte.[13]

Hinzu kommt die Erkenntnis, dass die politische Klasse über das Wahlrecht, über Parteienfinanzierung und Politikerbesoldung, über die Größe der Parlamente und über andere Regeln des Machterwerbs in eigener Sache entscheidet und in hohem Maße befangen ist. Das Volk ist deshalb – bei Entscheidungen über Regeln des Machterwerbs liegt das auf der Hand[14] – der besse-

[11] *von Arnim*, Vom schönen Schein der Demokratie, 2000, S. 191 f.: „Mehrwert direktdemokratischer Entscheidungen".
[12] *von Arnim*, Die Deutschlandakte, S. 15 ff.
[13] *Heidrun Abromeit*, Volkssouveränität in komplexen Gesellschaften, in: Brunkhorst/Niesen (Hrsg.), Das Recht der Republik, 1999, S. 20 f.
[14] *Rudolf Wildenmann*, Regeln der Machterwerbung, 1963, in: *ders.*, Gutachten zur Frage der Subventionierung politischer Parteien aus öffentlichen Mitteln, 1968, S. 70 ff.; *Michael Greven*, Die Parteien in der politischen Gesellschaft sowie eine Einleitung zur Diskussion über die „allgemeine Parteientheorie", in: Oskar Niedermayer/Richard Stöß (Hrsg.), Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, 1993, S. 277 ff.

re Schiedsrichter. Um die politische Klasse an Missbräuchen zu hindern, ist direkte Demokratie erst recht unerlässlich. Aufschlussreich ist, dass auch Staatsrechtslehrer, die ansonsten wenig von direkter Demokratie halten (wie z.B. *Ernst-Wolfgang Böckenförde*[15], *Peter Lerche*[16] und *Klaus Vogel*[17]), direkte Demokratie als einziges wirksames „Gegengift" gegen Machtmissbrauch der Parteien durchaus in Betracht ziehen. Hier wäre also ein Einstieg, um noch breitere Akzeptanz für die Anliegen von MD auch in der Wissenschaft zu gewinnen.

Die Themen werden MD also auch in den nächsten 20 Jahren nicht ausgehen.

Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim
Professor an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

[15] *Ernst-Wolfgang Böckenförde,* Mittelbare/repräsentative Demokratie als eigentliche Form der Demokratie, Festschrift für Kurt Eichenberger, 1982, S. 316 ff.
[16] *Peter Lerche*, Grundfragen repräsentativer plebiszitärer Demokratie, in Huber/Mößle/Stock (Hrsg.), Zur Lage der parlamentarischen Demokratie, 1995, S. 186 f.
[17] *Klaus Vogel*, Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Vortrag auf der katholischen Akademie in Bayern am 25.9.1992, Typoskript, S. 18.

20 Jahre – eine lange, eine kurze Zeit!

Ein großer Erfolg! 20 sehr lebendige Jahre – Erfolge und Misserfolge. Eine lange Zeit? Das ist relativ. Wann wurde das allgemeine Wahlrecht eingeführt? In Nordamerika für Männer 1788, 1920 für Frauen; in Frankreich 1848 für Männer, für Frauen hundert Jahre später. In England 1918, für Frauen 1928. In Deutschland 1867(1871)für Männer, für Frauen ab 1919. In der Schweiz 1848 für Männer, 1971 für Frauen (auf Bundesebene). Nur 15 Jahre später gründet sich in Westdeutschland die Initiative „Volksentscheid gegen Atomanlagen" (1986), aus der 1988 die „IDEE" hervorging und schließlich „Mehr Demokratie". „Direkte Demokratie" ist eine Energiequelle, eine Schule für Demokratie, Impulsgeberin und Korrektiv. Herzlichen Glückwunsch allen AktivistInnen und weiterhin Erfolg für ein Projekt, das kein Ende kennt.

Lukas Beckmann,
Geschäftsführer der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Günther Beckstein

Mehr Demokratie: eine permanente Herausforderung

Dass die Staatsgewalt vom Volk ausgeht und dass die Bürgerinnen und Bürger letztlich die Quelle aller politischen Entscheidungen sind, ist der Wesenskern der Demokratie. Wir haben dazu mit dem modernen Parlamentarismus ein repräsentatives System geschaffen, das diesem Prinzip Rechnung trägt und zugleich für eine angemessene Effizienz der Entscheidungsprozesse sorgt.

Eine gesunde Portion Misstrauen gegenüber jeder Macht und damit auch ihre Kontrolle sind aber ebenso Elemente unserer demokratischen Ordnung. Es geht auch darum, gegenüber den repräsentativen Organen die Teilhabe der Bürger an den politischen Entscheidungen zu stärken. Die Väter der Verfassung des Freistaats Bayern hatten diese Problematik im Blickfeld, als sie 1946 das Volksbegehren und den Volksentscheid als wichtige Instrumente der politischen Entscheidungsfindung in unserem politischen System verankerten. Schon mehrfach wurden auf diesem Wege wichtige Weichenstellungen der Landespolitik initiiert, so bei der Einführung der christlichen Gemeinschaftsschule oder bei der Abschaffung des Bayerischen Senats.

Solche Erfahrungen bewogen den bayerischen Gesetzgeber dazu, entsprechende Verfahren auch auf kommunaler Ebene einzuführen. Auch in anderen Ländern wird dies praktiziert. Mit etwa 970 Bürgerentscheiden im letzten Jahrzehnt steht Bayern aber, was die Bürgerbeteiligung betrifft, an der Spitze der Länder. In diesem ausgeprägten Willen zur Mitgestaltung kommt eine enge Bindung der Menschen an ihre Heimat zum Ausdruck.

Diese wird immer wieder als ein besonderer Wesenszug unseres Landes gesehen und ist ein wichtiger Beitrag zu seinen Erfolgen. Dass die Instrumente der Bürgerbeteiligung auch nicht missbräuchlich verwendet werden oder zufällige Resultate erbringen, dafür sorgen mit Vernunft und Augenmaß gesetzte Verfahrensvorschriften und Quoren.

Inzwischen praktizieren wir zudem eine stärkere Beteiligung der Bürger, bevor Entscheidungen gefällt werden. Bei vielen Projekten nicht nur auf kommunaler Ebene können die gesammelten Erfahrungen und das Sachwissen der Bürgerinnen und Bürger wertvolle Hilfen sein. Wie ich in meiner Regierungserklärung vom 15. November 2007 angekündigt habe, nutzen wir in Bayern das Bürgergutachten in Zukunft als ein wichtiges Hilfsmittel der Politik. Ich sehe darin eine weitere Möglichkeit, einer verbreiteten Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Bürger sollen dabei als Mitglieder eines Gutachtergremiums die Chance bekommen, gestaltend in den Prozess der Willensbildung einzugreifen und Anregungen zu formulieren, die eine fachliche Grundlage für politische Entscheidungsprozesse in Parlament und Regierung sind. Erste Erfahrungen mit dem Bürgergutachten „Unser Bayern – Chancen für alle" in diesem Jahr zeigen eine ausgesprochen positive Resonanz.

Die Demokratie ist ohne Zweifel ein sehr komplizierter, manchmal etwas schwerfälliger und gelegentlich wenig effizienter Mechanismus. Zu ihr gibt es für uns aber keine Alternative. Sie ist die Staatsform, in der unser klares Bekenntnis zu den grundlegenden Werten einer von Christentum und Aufklärung geprägten Kultur zum Ausdruck kommt, insbesondere die Achtung vor der Würde des Menschen. Sie kann, wie jede andere politische Ordnung auch, nie vollkommen sein. Ihr Wesen ist der Kompromiss und der faire Ausgleich von Interessen. Auf dem Weg dahin werden wir immer schwierige Abschnitte, politische Widerstände und bürokratische Hürden vorfinden. Die Demokratie bleibt aber ein Ideal, das wir unablässig anstreben und für das wir uns offensiv einsetzen müssen.

Auch die grundsätzliche Abwägung zwischen repräsentativen und plebiszitären Elementen in unserem Staat muss eine permanente Herausforderung bleiben. Dabei geht es natürlich um die Frage der Effizienz unserer staatlichen Organisation – aber keineswegs allein. Wesentlich ist

das Bekenntnis zu den Werten und grundsätzlichen Positionen, für die wir einstehen. Demokratie muss gelebt werden. Demokratie braucht überzeugte Demokraten.

Nur wenn wir die Würde jedes Einzelnen, das Verantwortungsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger und das Wohl des Ganzen zu Maßstäben nehmen, dürfen wir diese notwendige Abwägung zwischen repräsentativen und plebiszitären Elementen vornehmen. Vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen liegen wir gut mit einem klugen, immer wieder auszutarierenden Kompromiss.

Umso wichtiger ist es, wenn Bürgerinnen und Bürger bereit sind, die Wege zu unseren politischen Entscheidungen einer kritischen Prüfung zu unterziehen sowie Anregungen und Ideen zu geben, um sie zu verbessern oder zu erneuern. Diesem Ziel hat sich der Verein „Mehr Demokratie" seit zwei Jahrzehnten verschrieben. Aus seiner Mitte kamen zahlreiche Anstöße für die Fortentwicklung unserer staatlichen Institutionen. Nicht alle haben ungeteilten Beifall gefunden. Aber auch in der Fähigkeit zur kritischen und konstruktiven Auseinandersetzung mit neuen Argumenten und Ideen zeigt sich der unbestrittene Wert unserer demokratischen Ordnung.

Dem Verein „Mehr Demokratie" gratuliere ich zum Jubiläum.
Ich danke ihm für sein Wirken und wünsche ihm weiterhin eine
belebende Rolle in der politischen Diskussion.

Günther Beckstein
Bayerischer Ministerpräsident

Ole von Beust

Nicht zu wenig, aber auch nicht zu viel (Basis-)Demokratie…

„„Mehr Demokratie“ wird in diesem Jahr 20 – zu diesem Jubiläum meinen herzlichen Glückwunsch! Es begann in den 60er und 70er Jahren, als Menschen sich in Bürgerinitiativen zusammenschlossen, um ihre Interessen geltend zu machen und Mitsprache einzufordern. Weg vom Obrigkeitsdenken – hin zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern, die auch zwischen den Wahlen mitsprechen und mitentscheiden.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich unsere Demokratie gewandelt: Es ist eine neue Partizipation entstanden, die Bürgerinnen und Bürger vertreten ihre Interessen engagiert. Dies ist entscheidend für das Funktionieren einer lebendigen Demokratie.

Diese Entwicklung ist auch ein Verdienst der vielen engagierten Mitglieder von „Mehr Demokratie“, die mit ihrem Eintreten für das Recht auf Volksabstimmung viel vorangebracht und erreicht haben, auch in Hamburg. Hier gibt es bürgerfreundliche Regelungen zu Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid. Nach Überzeugung von „Mehr Demokratie“ ist die Hansestadt sogar Deutschlands Hauptstadt der direkten Demokratie.

Aber es gibt auch Zweifel. Es war Hamburgs Erster Bürgermeister Herbert Weichmann (SPD), der bereits 1974 vor einer „Überdemokratisierung“ warnte: „Man kann Demokratie oder man kann einen Staat nicht funktionsfähig erhalten, wenn man sozusagen jede Entscheidung bis zur Basis vortreibt und von der Basis her legitimieren will. Dann kommen emotionale und sicherlich weniger sachverständige Erwägungen zum Tragen, als sie in Parlamenten angestrengt werden. Und ich meine auch, dass die Väter unseres Grundgesetzes mit gutem Grund nach den Erfahrungen der Weimarer Republik das Plebiszit abgeschafft haben, während heute eben wieder unter der Parole der Demokratisierung Tendenzen vorhanden sind, plebiszi-

täre Methoden anzuwenden." (Herbert Weichmann: Gefährdete Freiheit, Seite 25; Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1974)

Diese Diskussion darüber, wie viel direkte Demokratie der repräsentativen Demokratie gut tut, ist heute mindestens so aktuell wie damals. Es geht darum, die repräsentative Demokratie durch direktdemokratische Verfahren zu bereichern, ohne sie zu schwächen. Was wir brauchen, ist eine Balance zwischen Möglichkeiten direkter Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger auf der einen Seite und volle Funktionsfähigkeit von Parlament und Regierung auf der anderen Seite.

Denn Deutschland und auch jedes einzelne Bundesland steht heute in einem globalen Wettbewerb, der von den politisch Verantwortlichen Schnelligkeit bei Entscheidungen, Planungen und deren Umsetzung verlangt. Meine persönliche Meinung ist: Wir dürfen uns nicht selbst ausbremsen, indem wir Individualinteressen – und die stehen nicht selten auch hinter Volksbegehren – ein zu großes Gewicht geben.

Es ist wichtig und entspricht dem Wesen der parlamentarischen Demokratie, dass die Mehrheit entscheidet. Keinesfalls darf es die Volksgesetzgebung ermöglichen, dass (finanzstarke) Minderheiten politische Entscheidungen durchsetzen. Und es muss auch möglich sein, dass das Parlament Akte der Volksgesetzgebung korrigiert.

Natürlich sind das Parlament und die Regierung auch nicht klüger als das Volk. Beide können Fehlentscheidungen treffen. Aber: Entscheidungen im Parlament fallen nach ausführlichen Beratungen, in den Fraktionen, den Ausschüssen, nach der Einsicht in Sachverständigengutachten, nach Anhörungen von Experten usw. Außerdem wird im Parlament nicht nach dem „Ja -

Nein - Prinzip“ eines Volksentscheides entschieden, sondern es werden oft Kompromisse gesucht und auch gefunden. Gerade komplizierten Vorgängen wird das parlamentarische Beratungsverfahren besser gerecht als Volksentscheide.

Die Lösung liegt, wie so oft, in der Mitte: nicht zu wenig, aber auch nicht zu viel (Basis-)Demokratie. Für mich steht außer Frage, dass die parlamentarische Demokratie von mündigen und aktiven Bürgern lebt, die sich einmischen und das nicht nur am Wahltag. Dazu gehört eine Volksgesetzgebung, die die Balance herstellt zwischen aktiver Bürger-Mitsprache und funktionsfähigen staatlichen Entscheidungsträgern. Dazu gehört, dass die Budgethoheit des Parlaments nicht ausgehebelt wird. Und dazu gehören Zustimmungsquoren für die Änderung von Gesetzen, die das Mehrheitsprinzip unserer parlamentarischen Demokratie nicht in Frage stellen.

Wenn wir dies beachten, bin ich sicher, dass wir unsere repräsentative Demokratie mit Möglichkeiten der direkten Demokratie so bereichern können, dass wir die besten Entscheidungen für unsere Gemeinschaft treffen können.

Ole von Beust, Hamburg

Zum 20. Geburtstag von „Mehr Demokratie“

Mehr Demokratie durch Volksentscheide – was diesbezüglich in den letzten Jahren erreicht werden konnte, ist nicht zuletzt der Initiative „Mehr Demokratie“ zu verdanken – dem unermüdlichen Einsatz der Aktiven, der Überzeugungskraft der Argumente und natürlich den vielen Menschen, darunter etliche aktive Politiker, die sich öffentlich für mehr direkte Demokratie einsetzen. Anlässlich des Jubiläums der Initiative ist dem Verein zu danken und vor allem weiterhin Erfolg zu wünschen.

Geburtstage sind ein Anlass, nicht nur zurück, sondern auch vorauszuschauen: Welche Ziele gibt es hinsichtlich der bisherigen Arbeitsschwerpunkte und wie können sie erreicht werden? Gibt es neue Themen und Herausforderungen und wenn ja, was bedeutet dies für die Arbeit von „Mehr Demokratie“?

Mit Besorgnis ist zu registrieren, dass der Wert freiheitlicher, demokratischer Grundsätze von immer mehr Menschen gering geschätzt wird und dass unsere demokratischen Institutionen an Akzeptanz verlieren. Wer mehr Demokratie will, muss zu allererst dazu beitragen, dieser Entwicklung entgegenzuwirken – durch kritische Begleitung der Arbeit einzelner Politiker, von Parlamenten und Regierungen und dadurch, dass der Respekt gegenüber demokratischen Institutionen nicht durch ungerechtfertigte und demagogische Angriffe Schaden nimmt.
Geradezu konstitutiv für eine offene, pluralistische und demokratische Gesellschaft ist es, dass die verfassungsmäßig eingesetzten Institutionen intakt bleiben und weder durch eigenes Versagen noch durch demagogische Angriffe geschwächt und schließlich delegitimiert werden.

Wer „mehr Demokratie“ will, darf die zweifellos vorhandenen beklagenswerten demokratischen Defizite in unserer Gesellschaft nicht ignorieren – muss aber auch der Versuchung widerstehen, diese für bestimmte politische Ziele auszunutzen. Dies ist leider keine überflüssige Anmerkung. Wenn es auch alles andere als typisch ist: Ich habe nicht nur einmal beobachtet, dass bei Werbungsaktionen für „Mehr Demokratie“ dumpfe Ressentiments gegen Parlamente und demokratisch gewählte Regierungen geschürt wurden, dass Plebiszite nicht als wertvolle Formen demokratischer Teilhabe in einem demokratisch verfassten Gemeinwesen angesehen werden, sondern als deren Alternative.
Eine gefährliche Argumentation! Unsere grundgesetzlich definierten Formen repräsentativer Demokratie sind nicht nur Garanten der Freiheit, sondern die notwendige Voraussetzung für Bürgerbeteiligung in allen Formen und auf allen Ebenen.

Mein Geburtstagswunsch an „Mehr Demokratie“ ist es deshalb, dass neben dem Einsatz für Formen direkter Demokratie auch in den Blick genommen wird, wie bürgerschaftliche Verantwortung gegenüber den unverzichtbaren und wertvollen Institutionen und Verfahren der Demokratie gestaltet und wie sie gestärkt werden kann.

Marianne Birthler,
Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

In Deutschland wächst eine neue politische Kultur

Lothar Bisky

Wenn die Hälfte der Deutschen nicht mehr mit der demokratischen Regierungsform zufrieden ist, wenn zwei Drittel die Situation im Land als ungerecht ansehen,[1] dann ist etwas faul im Staate. Die in den Shell-Studien dokumentierte Tendenz zur Wahl- und Politikabstinenz von Jugendlichen und die seit Jahren zurückgehende Wahlbeteiligung runden das Bild einer Demokratie im Niedergang ab. Wir leben in einer Demokratie, an der sich immer weniger Bürger beteiligen, für die sie sich immer weniger interessieren und von der sich immer weniger eine Einlösung des Gerechtigkeitsversprechens des Grundgesetzes erhoffen. Sprechen wir vom Niedergang der Demokratie in Deutschland, so sollten wir nicht die Beschränkungen verschweigen, die die Bürgerrechte in den vergangenen Jahrzehnten in unserem Lande erfahren haben. Das weitsichtige Diktum von Peter Hacks zum Grundgesetz aus dem Jahre 1968 ist aktueller denn je: „Das Schlechteste an dieser Verfassung ist, dass sie voraussichtlich bald wieder schlechter sein wird."[2] Einige mögen Deutschland als saturierte Demokratie sehen. Die zitierten Umfragen deuten darauf hin, dass dies kein auf Fakten gegründetes Bild der Lage ist.

Doch nicht vom Niedergang, sondern von den gegenläufigen Tendenzen soll hier die Rede sein. Die politische Kultur in unserem Land wächst an der Basis der Gesellschaft. Zu den wirksamsten

[1] Im November 2006 veröffentlichte die ARD eine Studie, in der sich erstmals eine knappe Mehrheit der Deutschen mit dem demokratischen System insgesamt nicht mehr zufrieden zeigt: „Zufrieden mit den demokratischen Abläufen äußerten sich nur noch 49 Prozent der Befragten. Das seien elf Prozentpunkte weniger als im September 2005 und der niedrigste je in Deutschlandtrend gemessene Wert (...). 51 Prozent der Befragten sind weniger bis gar nicht zufrieden mit dieser Regierungsform. Nur noch 27 Prozent der Bundesbürger (minus acht Prozentpunkte im Vergleich zum September) bezeichnen die Situation im Land als gerecht. 66 Prozent hingegen als ungerecht; noch im Mai 2006 waren es 57 Prozent.

[2] Interview mit Peter Hacks, in: Hans Dollinger (Hg.) Revolution gegen den Staat? Die außerparlamentarische Opposition - die neue Linke? Eine politische Anthologie, Bern München Wien, 1968 zit. in: „Konkret" Heft 12, Dezember 2006.

politischen Innovationen gehört die direkte Demokratie in den Ländern und in den Kommunen. Die Entwicklung der direkten Demokratie zeigt, dass sich die politische Kultur in Deutschland noch aus eigener Kraft zu erneuern vermag und über Selbstheilungskräfte verfügt. Dazu zählt auch das beeindruckende Wachstum des nunmehr über 12 Landesverbände verfügenden Vereins „Mehr Demokratie e.V." Alle, die sich in Deutschland für mehr direkte Demokratie und für mehr Informationsfreiheit stark machen, finden in „Mehr Demokratie e.V." ein unverzichtbares Beratungs- und Unterstützungsgremium. „Mehr Demokratie e.V." hat an allen richtungsweisenden Volksbegehren in den Ländern mitgewirkt. Dies zählt ebenso zu seinen Verdiensten wie die Vernetzung der Akteure und Förderer der direkten Demokratie auf europäischer Ebene.

Als Vorsitzender der LINKEN lege ich Wert auf die Feststellung, dass wir die Kritik von „Mehr Demokratie e.V." an der Art und Weise der Einführung des Vertrags von Lissabon teilen. Auch wir plädieren für eine Volksabstimmung über den EU-Grundlagenvertrag. Mit dieser Position standen wir im Bundestag bedauerlicherweise allein. Doch deswegen wird unser Ringen um mehr direkte Demokratie nicht nachlassen. Wir wollen dabei eine verlässliche Bündnispartnerin bleiben.

Die Ablehnung der Volksabstimmung über den Lissaboner Vertrag lesen viele als einen weiteren Erfolg des institutionalisierten Misstrauens der herrschenden Eliten gegen mehr plebiszitäre Elemente in der Bundespolitik. Ein passenderes Wort wäre Geringschätzung. Inzwischen werden selbst die rudimentären plebiszitären Elemente des Grundgesetzes, wie die für den Fall von Länderfusionen vorgesehenen Volksabstimmungen (Art 29 GG), in Frage gestellt. „Es lässt sich nur noch als demokratischer Offenbarungseid werten, wenn mit Blick auf die Neugliederung der Länder die Volksabstimmung aus einem einzigen Grunde abgeschafft werden soll: Weil das Volk dagegen sein könnte."[3]

Die von Teilen des politischen Establishments benutzte Argumentation gegen die Erweiterung der direkten Demokratie lautet im Allgemeinen: Wegen der negativen Erfahrungen, die damit in der Weimarer Republik gemacht wurden, müsse man der Wirksamkeit der Plebiszite enge Grenzen ziehen und hohe Hürden auferlegen. Dies ist weder stichhaltig noch redlich. Die Ewigkeitsgarantie des Grundgesetzes (Art. 79) setzt plebiszitären Eingriffen gegen die demokratische, rechtsstaatliche und soziale Substanz des Grundgesetzes klare Grenzen. Dies sind Grenzen, die es in Weimar nicht gegeben hat. Nicht die direkte Demokratie höhlt das Grundgesetz aus, sondern die herrschende Politik und Gesetzgebung, die die Lebensbedingungen von Millionen Menschen unsicher und ohne Perspektiven lässt. Hätte es 2004 im Grundgesetz die Möglichkeiten von Volksabstimmungen gegeben, wären die Hartz-Gesetze so nicht durchgekommen. Das mag für die selbsternannten „Reformer" und „Modernisierer" ein Alptraum sein, doch sie bleiben die Antwort auf die Frage schuldig, wer sich hier vor der Geschichte und ihren Lehren verweigert.

Der Aufschwung der direkten Demokratie in Deutschland setzt einen markanten Kontrapunkt zur Entfremdung der Bürger von Parteien und politischen Institutionen. Es steigt nicht nur die Zahl der Initiativen, sie sind auch erfolgreicher. So musste Ministerpräsident Wulf in Niedersachsen, das zuvor abgeschaffte Blindengeld 2007 wieder einführen. Der Blindenverband hatte mit 100.000 Unterschriften im Rücken eine Volksinitiative gestartet. 2008 greift auch in anderen Bundesländern plebiszitärer Druck direkt in die Sozialpolitik ein. So hat die Brandenburger Landesregierung die Anliegen von zwei Volksinitiativen zur Einführung des Sozialtickets und zur Schülerbeförderung übernehmen müssen.

Die Beispiele zeigen: Mit mehr direkter Demokratie können Bürger politisch mitbestimmen. Wenn Demokratie die Selbstregierung des Volkes ist, dann kann diese Richtlinienkompetenz

[3] Sachverständiger Prof. Dr. Andreas Fisahn, Schriftliche Stellungnahme zum Fragenkatalog der Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen für die öffentliche Anhörung zu den Verwaltungsthemen am Donnerstag, 8. November 2007, Kommissionsdrucksache 077.

nicht nur das administrative Privileg von Bundeskanzlern, Ministerpräsidenten und Regierenden Bürgermeistern sein. Es ist keine Majestätsbeleidigung, sondern die Ausübung von Volkssouveränität, wenn die Bürgerinnen und Bürger sagen, das können wir auch. Es ist keine Aushöhlung des Parlamentarismus, wenn die direkte Demokratie selbst auf bestimmte Haushaltsfragen ausgedehnt wird. Den Bürgerhaushalt sollte es als Verfahren demokratischer Teilhabe und Information nicht nur in den Kommunen, sondern auch auf Landesebene geben.

Die Ergänzung und Erneuerung der bestehenden repräsentativen Demokratie durch plebiszitäre Elemente, darum geht es uns als Partei. Wir versprechen uns davon zugleich ein Aufbrechen des vertrauten Lagerdenkens, welches für die Erneuerung der sozialen Demokratie in Deutschland dringend notwendig ist. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der Republik ist sozialer, demokratischer und friedlicher eingestellt als diejenigen, die sie regieren. Warum sollten die Bürger künftig keine Sachmehrheiten bilden können, mit denen sie die Verhältnisse in ihrem Land verbessern z. B. beim Mindestlohn, dessen Akzeptanz eine klare Mehrheit über alle Parteiengrenzen hat? Es gibt kein Argument dagegen, außer dem Erhalt bestehender Machtverhältnisse. Das wachsende Interesse an direktdemokratischen Verfahren auf kommunaler Ebene und Landesebene zeigt, dass sich eine neue politische Kultur in Deutschland erprobt und verankert. Eines Tages wird sie stark genug sein, die Blockaden auch auf Bundesebene zu überwinden.

Prof. Dr. Lothar Bisky, MdB
Vorsitzender der Bundestagsfraktion Die Linke. und der Europäischen Linken

Die Schweiz und ihre direkte Demokratie

Die Schweiz ist meines Wissens das einzige Land, dessen geltende Verfassung wichtigste (Verfassungs-) und sehr wichtige (Gesetzes-) Entscheidungen des Parlaments auf nationaler Ebene der Volksabstimmung unterstellt, und zwar ohne Ausnahmen. Diese Art von direkter Demokratie gewährt den Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern das letzte Wort bei wegweisenden Fragen zur Zukunft ihres Staates. Das Schweizer Volk hat sich in solchen Abstimmungen zum Beispiel für die Einführung einer Alters- und Sozialversicherung ausgesprochen, dem Beitritt zur UNO zugestimmt und die Abschaffung der Armee abgelehnt. Das war in der 700-jährigen Geschichte der Eidgenossenschaft nicht immer so. Das Konzept der Volksrechte (Initiative und Referendum) entwickelte sich erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und erreichte seine heutige Ausgestaltung mit der neuen Bundesverfassung von 1999.

Im Gegensatz zum Plebiszit, das in parlamentarischen Demokratien zur Stützung der aktuellen Regierungspolitik verwendet wird, sind die schweizerischen Volksrechte als Oppositionsrechte des Volkes zu verstehen, weil es nicht im Belieben der Behörden steht, welche Entscheidungen sie dem Volk vorlegen wollen. Daraus ist ein Regierungssystem entstanden, in welchem die drei Entscheidungsorgane Regierung, Parlament und Stimmbürger in differenzierter Weise zusammenarbeiten müssen.

Etwas vereinfacht kann man sagen, dass das Volk die letzte Entscheidung über die wichtigsten politischen Fragen hat, dass das Parlament über die wichtigen und die Regierung über Fragen von geringerer Wichtigkeit entscheidet.

Jährlich haben die Stimmberechtigten in der Schweiz allein auf Bundesebene über rund 6 Verfassungsänderungen und 4 wichtige Gesetze zu entscheiden. Im Mittel der letzten 20 Jahre lag die Stimmbeteiligung bei durchschnittlich 40%. Stark polarisierende Themen erhöhen die Stimmbeteiligung (EWR- oder UNO-Beitritt mit über 70%).

Die schweizerische Erfahrung zeigt, dass die direkte Demokratie weder zu einer Art von „Volksgesetzgebung" noch zu weniger gut fundierten Gesetzen oder zur Verletzung von Minderheitsrechten führt. Es ist unbestritten, dass der Einfluss der Propaganda groß und Geld deshalb als Faktor für den Ausgang von Abstimmungen an Bedeutung gewonnen hat. Hingegen widerlegt das schweizerische Beispiel der direkten Demokratie m.E. die Meinung, die direkte Beteiligung des Volkes an den politischen Entscheidungen sei angesichts der Komplexität der modernen Industriegesellschaft nicht mit Erfolg praktizierbar. Es trifft indessen zu, dass die direkte Demokratie das Tempo des Gesetzgebungsprozesses bremst. Dies muss aber nicht nur nachteilig sein!

Die direkte Demokratie beteiligt die heterogene schweizerische Gesellschaft auf Dauer an den gemeinsamen politischen Fragen. Diese Integrationswirkung dürfte seit 1874 für den Zusammenhalt der schweizerischen Gesellschaft wichtig gewesen sein. Bedenkt man, dass in der Schweiz die direkte Demokratie auch auf kantonaler und kommunaler Ebene praktiziert wird, steht außer Frage, dass Volksentscheide dem Bürger die Politik näher bringen.

Christian Blickenstorfer,
Botschafter der Schweiz in der Bundesrepublik Deutschland

Nie war Mehr Demokratie e.V. nötiger als heute

Es gibt Hunderte Millionen von Menschen, die sich glücklich schätzen würden, in einer Demokratie wie der in Deutschland leben zu dürfen, in einem Regierungssystem, in dem eine unabhängige Justiz über die Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte wacht und die Bürger ihre Regierung wählen und abwählen können. Die Forderung nach „mehr Demokratie" scheint deshalb ein Widerspruch zu sein. Sie könnte als akademische Übung sozialpolitisch engagierter Bürger gesehen werden, die nicht den tatsächlichen Bedürfnissen der Mehrheit entspricht und die für sich in Anspruch nehmen, bessere Sachwalter des Allgemeinwohls zu sein als die Repräsentativorgane.

Doch dieser scheinbare Widerspruch ist keiner. Denn unsere Demokratie zeigt sichtbare Deformationen: der alles dominierende Parteienstaat, die Verflechtung von Bürokratie und Parlament mit mächtigen wirtschaftlichen Interessengruppen, die Aushöhlung des Schutzes der Privatsphäre durch staatliche Überwachungsmaßnahmen und eine kommerziellen Zwängen ausgesetzte Presse, die ihren Kontrollaufgaben immer weniger nachkommt. Aber nicht nur auf nationaler, sondern auch auf globaler Ebene ist mehr Demokratie nötiger denn je: Zwei Milliarden Menschen hungern und leben in Armut, die globale Erwärmung sowie Terrorismus und nukleare Aufrüstung bedrohen uns alle. Die Führungselite der nationalen Demokratien westlicher Prägung glaubt, für die Lösung dieser Probleme zu stehen. Doch dass die westlichen Demokratien diese Entwicklungen wesentlich mitverursachen, wird gerne verdängt: weil die gut organisierten Interessen der Wirtschaft sich mehr denn je durchsetzen, sinken die Treibhausgasemissionen in den westlichen Demokratien nicht, sondern steigen entgegen allen Verlautbarungen weiter an, besteht die Armut in der Dritten Welt aufgrund unfairer Handelssysteme der westlichen Industrieländer weiter fort. Und anstatt sich an die Zusagen zur nuklearen Abrüstung zu halten, fördern westliche Demokratien die Verbreitung von militärischer Nukleartechnologie.

Wer zu Überwindung dieser großen Herausforderungen auf eine Führungsrolle Europas setzt, wird enttäuscht: mangelnde demokratische Strukturen in Europa ermöglichen, dass sich die global organisierten Wirtschaftsinteressen sogar stärker als auf nationaler Ebenen auf Kosten des Allgemeinwohls durchsetzen. Die Distanz zwischen dem Volk und denen, die entscheiden, ist noch größer geworden. Eine beeindruckende, stetig anwachsende Zahl weltweit agierender Bürgerorganisationen für Frieden, Entwicklung und Menschenrechte erscheint dagegen ohnmächtig.

Uns wird weisgemacht, es fehle nur an den richtigen Führungspersönlichkeiten und es mangele den gewählten Regierungsvertretern an „politischem Willen und Mut". Diese Erklärungen lenken davon ab, dass die Entscheidungsstrukturen unseres demokratischen Systems mit der Zeit ausgehöhlt worden sind. Es ist das große Verdienst von „Mehr Demokratie e.V." sich dieses Missstandes angenommen zu haben, und mit zähem, erfolgreichem Einsatz für die Einführung plebiszitärer Elemente auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene zu kämpfen. Die direkte Beteiligung des Volkes ist ein wichtiger Weg, um unsere Demokratie wieder zu dem zu machen, was sie sein sollte: Zur Volksherrschaft. Ein gutes Beispiel liefert die Klimapolitik: Während die Mehrheit unserer gewählten Vertreter sich weiterhin gegen ein Tempolimit auf unseren Autobahnen wehrt, ist das Volk schon weiter: Es gibt eine Mehrheit für ein Tempolimit!

Eigentlich ist „Mehr Demokratie e.V." so etwas wie die Mutter aller Nichtregierungsorganisationen. Denn diese machen sich für Ziele stark, die ein im Sinne des Allgemeinwohls funktionierendes demokratisches System anstreben müsste. „Mehr Demokratie e.V." kämpft dafür, dass unser demokratisches System sich wieder dieser Aufgaben annimmt und sie nicht an Nichtregierungsorganisationen "auslagert". Mehr Demokratie e.V. hat sich um die Demokratie in Deutschland und Europa verdient gemacht. Nie war „Mehr Demokratie e.V." nötiger.

Thilo Bode, Gründer und Geschäftsführer von foodwatch

Frank Bsirske

Für das Recht auf Mitbestimmung

„Nichts ist stärker als eine Idee, deren Zeit gekommen ist!“[1]
Aber weder Ideen noch ihre Zeiten fallen vom Himmel; es ist immer der Mensch, der sie herbeiführt.

Vor zwanzig Jahren fanden sich Menschen zusammen und bildeten den Grundstock für den Verein Mehr Demokratie, mit dem sie sich der Idee der Stärkung der Bürgerbeteiligung verschrieben haben. Inzwischen kann dieser eigentlich viel zu kleine Verein auf eine beeindruckende Erfolgsbilanz zurückblicken. In allen Bundesländern wurden die rechtlichen Grundlagen für Volks- und Bürgerentscheide geschaffen, in einigen das Wahlrecht geändert. In vielen Ländern war es federführend der Verein „Mehr Demokratie“, der eine bürgerfreundlichere Ausgestaltung dieser Regeln initiierte. Und oft war dieser Erfolg nur erreichbar, indem der Verein selbst Kampagnen organisierte und dabei zu den wenigen, aber sehr engagierten und mobilen Mitgliedern ganz viele spontane Aktive hinzukamen.

Die Idee, unsere Demokratie demokratischer zu machen, findet Gehör. Ein Verein, deren Mitglieder überparteilich, selbstlos und unerschütterlich an das Volk glauben, ohne völkische, antiparlamentarische oder anti-parteipolitische Ressentiments zu nähren, erwirbt sich Vertrauen und findet Unterstützung. Mehr Demokratie bietet den einzelnen, sofern sie sich engagieren wollen, Beratung an, als Minderheit ein Thema aufs politische Tapet zu bringen und eröffnet so weitere Chancen neue Mehrheiten zu bilden.

Direkte Demokratie schafft zusätzliche Zugangskanäle in die politische Arena! Direktdemokratische Instrumente und deren Gebrauch schaffen themenspezifische, politikinhaltliche Partizi-

[1] Victor Hugo (1802-85), franz. Dichter der Romantik

pationsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger. Direkte Demokratie kann neue Partizipationsressourcen und Identifikationspotenziale auf dem Weg von der „Zuschauer"- und „Parteiendemokratie" hin zur „Mitmach"- und „Bürgerdemokratie" erschließen.

Auch ver.di ist eine „Mitmachdemokratie". Eines der Ziele der fünf Gründungsorganisationen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft vor nunmehr acht Jahren war „die Stärkung des ehrenamtlichen Elements". In ver.di sind es die aus dem Kreis der Mitglieder gebildeten Vorstände und der ehrenamtliche Gewerkschaftsrat, die die Leitlinien der Gewerkschaftspolitik festlegen. Das ist, wie wir meinen, logische Konsequenz unseres Anspruchs, unseren Mitgliedern und den anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Partizipationschancen in der Arbeitswelt und gelebte Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zu eröffnen. Gewerkschaftliches und gesellschaftliches Engagement sind zwei Seiten derselben Medaille. Sie fördern beide das Sozialkapital und bedingen einander.

Insofern haben Gewerkschaften auch ein vitales Interesse daran, dass Menschen zum Beispiel bei der Politik mitmachen, sich einmischen – und vielfältig die Erfahrung machen, dass es sich lohnt, sich zu engagieren. Gewerkschaften sind darauf angewiesen, dass Menschen bereit sind, selbst für ihre Interessen einzutreten. Resignation und Rückzug ins Private würden von der politischen auf die gewerkschaftliche Ebene durchschlagen. Neben dem Parlamentarismus, den Wahlen und der Parteiendemokratie können die Menschen aber zusätzlich mit Hilfe der Instrumente der direkten Demokratie, den Bürger- und Volksentscheiden, mitreden und mitbestimmen. Dass sie dies zu fairen Bedingungen und erfolgversprechend tun können, hat sich Mehr Demokratie vorgenommen zu fördern und findet dabei ver.di solidarisch an seiner Seite.

Die Volksgesetzgebung ist eine traditionelle Forderung der Arbeiterbewegung. Leider wurde sie in der Weimarer Verfassung so ungeeignet geregelt, dass alle Verfahren scheitern mussten. Im Grundgesetz wurde sie wiederum nur rudimentär erfasst. Aber die aktuelle Globalisierung und Ökonomisierung der Politik führt augenfällig zu Souveränitätsverlusten und zieht Effektivitätsmängel der etablierten Systeme nach sich. Der Reflex einiger Teile dieses Systems auf diese Mängel ist gelegentlich, Mitbestimmungsrechte eher ab- als auszubauen. Hierbei werden sie auch zukünftig auf den erbitterten Widerstand der Gewerkschaften stoßen.

Das Engagement von Mehr Demokratie zur Stärkung kommunaler Bürgerentscheide und der Volksentscheide in den Ländern hat den Verein logischerweise auch zum Kritiker von Demokratiedefiziten der aktuellen EU-Konstitution gemacht. Der Anspruch, die repräsentative Demokratie repräsentativer machen zu wollen, hat Mehr Demokratie ebenso zu vielfältigen Vorschlägen für Wahlrechtsreformen sowohl für die Kommunen, als auch für die Bundesländer geführt. Beide Ansätze betrachten wir mit Interesse.

Das Wesentliche der direkten Demokratie, der Bürger- oder Volksentscheide, liegt gesamtgesellschaftlich betrachtet nicht darin, dass jeder durchkommt, sondern darin, dass sich Bürgerinnen und Bürger aufraffen und beteiligen und dadurch eine erweiterte politische Öffentlichkeit zu bestimmten Sachthemen herstellen. So tragen sie dazu bei, dass die Zeit für mehr Mitbestimmung und mehr Demokratie reift.

Obwohl sich für die EU, auch dank der Aktivitäten des Vereins „Mehr Demokratie“, zumindest ein erster Fortschritt mit der Schaffung des Rechts auf eine europäische Volksinitiative abzeichnet, ist dieser Weg für bundespolitische Themen nach wie vor komplett verschlossen. Wir sollten deshalb gemeinsam den Deutschen Bundestag auffordern, endlich Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid zu ermöglichen – und das zu fairen Bedingungen. Es gibt noch viel zu tun.

Mehr Demokratie hat die Republik verändert und wird es weiterhin tun. Dazu gratuliere ich Ihnen, auch im Namen der Vorsitzenden unseres Gewerkschaftsrates, Monika Brandl. Und ich würde mich freuen, wenn wir uns anlässlich Ihres 25. Geburtstags gegenseitig zur Einführung des Rechts auf bundesweite Volksentscheide gratulieren könnten.

Frank Bsirske,
Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft – ver.di

ver.di: Bündnispartner der Volksinitiative „Stärkt den Volksentscheid" in Hamburg

„DAS sollten unsere Politiker mal sehen…“

Wie oft habe ich diesen Spruch schon gehört. Von Kollegen, von Freunden, von Menschen auf der Straße. Und auch ich habe ihn schon benutzt…

Doch wann fällt dieser Spruch? Meist dann, wenn wir uns als Bürger ungerecht behandelt oder bevormundet fühlen. Wenn wir das Gefühl haben, dass Politiker über unseren Kopf hinweg entscheiden. Ob der legendäre Flughafen Tempelhof in Berlin für alle Zeiten geschlossen werden soll, Millionen unserer Steuergelder für die Planung einer Magnetschwebebahn in München ausgegeben werden, die sich dann nach jahrelanger Diskussion doch als völlig unrentabel herausstellt oder unser Rentenalter, das einige nun wieder einmal hinaufsetzen wollen.

Es sind Entscheidungen, die von einzelnen Parteien oder Politikern getroffen werden, aber uns alle im Einzelnen betreffen. Und deren Nachhaltigkeit äußerst weitreichend – und nicht immer verständlich ist.

„Wissen Sie, was ich mir wünschen würde?“, hat mich eine Berliner Nachbarin vor Kurzem einmal gefragt. „Dass unsere Minister sich einmal einen Tag lang auf die Flure einer Behörde, wie zum Beispiel die der Agentur für Arbeit setzten, mit den Leuten sprechen und sich anhören, durch welchen Papier- und Bürokratie-Dschungel man sich da quälen muss. Und zwar nicht nur, weil man sich vielleicht arbeitslos melden möchte. Nein, auch, wenn man wie ich, selbst etwas tun und einen eigenen kleinen Laden eröffnen will. Da verliert man schon im Vornherein die Lust…“

Das, was meine Nachbarin so verärgerte, zieht sich meiner Meinung nach leider inzwischen durch große Teile unseres Landes: Der Verdruss über Bürokratie - und Politik. Die Menschen wünschen sich mehr Lebensnähe der Politiker. Wollen, dass die, die sie regieren, ihnen zuhören.

Auf ihre Wünsche und Bedürfnisse eingehen. Ihnen helfen. Ihnen das Leben erleichtern. Ihnen das Gefühl geben, ganz nah dran zu sein.

Dass dies grundsätzlich möglich ist, zeigt sogar unsere Bundeskanzlerin. Immer wieder stehen auf ihrer Agenda intensive Gespräche mit Bürgern, Betroffenen und Verbänden.

„Angela Merkel kommt aus dem Volk - und interessiert sich für das Volk", habe ich einmal irgendwo gelesen und finde, es trifft den Nagel auf den Kopf. Wir wollen und müssen mehr ins Tagesgeschäft der Politiker eingebunden werden. Besonders junge Menschen, deren Politikverdruss und Unwissenheit am aller größten ist, müssen wieder für ein aktives Handeln begeistert werden.

Sie brauchen das Gefühl über ihr zukünftiges Leben mitentscheiden zu können. Und zwar nicht nur in der Theorie, sondern besonders in der Praxis. Auf ihren Stadtteil, ihre Stadt und ihr Land bezogen. Denn wer heute das Gefühl hat, sich in die Geschehnisse seines ganz direkten Umfeldes einbringen zu können, wird sich morgen vielleicht auch für die Belange seiner Mitbürger, seiner Stadt oder seines Landes interessieren.

Wir sollten, die Stimme, die uns unsere demokratische Verfassung gibt auch nutzen: Wählen, entscheiden und mitbestimmen! In Verbänden, Ausschüssen, Gemeinden, Gremien und auch in der Politik.

Sagen Sie Ihre Meinung. Verteidigen Sie sie. Kämpfen Sie für sie!
Denn: Demokratie ist nicht unser Schicksal, sondern unser Auftrag!

Sabine Christiansen, TV-Moderatorin, Journalistin und Produzentin

Mehr Demokratie als Hebamme

Das Erfolgsgeheimnis von Mehr Demokratie ist, jedem Menschen die Fähigkeit zu aufrechtem Gang und Selbstbestimmung zuzusprechen. Dieser belebende Blick für das Potenzial, für das, was werden will, setzt kreative Kräfte frei. Auf diese Weise leistet Mehr Demokratie eine im besten Sinne gemeinnützige Arbeit für eine zukunftsfähige Gesellschaft.

Nach spektakulären Einstiegen in direktdemokratische Einflussnahme auf kommunaler, Landes- und auch EU-Ebene plagen uns mittlerweile zunehmend die Mühen der kargen Hochebene mit auf Bundesebene noch fehlenden und im übrigen zumeist unfairen gesetzlichen Verfahrensregeln und Fußangeln. Allzu oft werden Initiativen von Verwaltungen ausmanövriert, statt fair und ermutigend beraten. Und eher lähmend als beflügelnd wirkt die Tatsache, dass das von uns mühsam durchgesetzte Instrumentarium vorwiegend zur Verhinderung eingesetzt wird.

Wer sich z.B. gegen weiteren Flächenfraß durch gewerbliche Investitionen wendet, tut dies nicht nur nach dem St. Florians-Prinzip, sondern angetrieben durch die fatal zutreffende Erkenntnis, dass sich die Gesellschaft insgesamt auf falschem Kurs befindet. Zukunftsangst macht sich breit.

Durch unsere Beratungspraxis in politischen Konflikten berühren wir unweigerlich gesellschaftliche Krankheitssymptome. Doch nur solange bei Mehr Demokratie trotz solcher belastender Erfahrungen die Zuversicht überwiegt, dass die sozialen Verhältnisse gestaltbar bleiben und wir dem zerstörerischen Getriebe unseres Wirtschaftssystems nicht hilflos ausgeliefert sind, werden von uns auch in Zukunft heilsame Impulse ausgehen.

Deshalb: So unverzichtbar Widerstand gegen Fehlentwicklungen ist, dürfen wir als Mehr Demokratie nicht darin stecken bleiben. Unsere Energie beziehen wir aus positiven Leitbildern einer künftigen Gesellschaft, die wir in uns tragen, wenn auch in durchaus unterschiedlicher Ausprägung. Auf-

gabe von Mehr Demokratie kann es nicht sein, sich solche Ideen zu eigen zu machen, wohl aber, wie eine **Hebamme** ihr Erscheinen zu befördern. Inhaltliche Neutralität und Offenheit verbinden sich in solcher Funktion mit der Gewissheit, dass etwas Neues werden will und zu ermöglichen ist.

Praktisch bedeutet das, ohne Identifikation und doch mit wachem Interesse wahrzunehmen, was an Zukunftsfähigem in der Gesellschaft gesucht und auch gefunden wird. Wie bei der Jahrestagung „Demokratie und Wirtschaft" könnte Mehr Demokratie in Kooperation mit hieran interessierten Organisationen auch weitere Themen wie Umwelt, Bildung, Globalisierung, Belange künftiger Generationen und soziale Gerechtigkeit ins Verhältnis zur Demokratieentwicklung setzen und damit gleichzeitig den auf diesen Feldern tätigen Menschen und Verbänden verdeutlichen, welche Relevanz das von uns weiter zu verbessernde direktdemokratische Instrumentarium auch für ihre Bemühungen hat.
In dem Maße, wie es uns gelingt, direktdemokratische Verfahren als ergebnisoffene und kooperative Lernprozesse zu gestalten, werden wir zur Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft beitragen. Insofern hat Mehr Demokratie Türöffner-Funktion – aus der Einsicht, dass es ganz vieler Menschen bedarf, die ihre gemeinsamen Angelegenheiten und die Bedingungen ihres Zusammenlebens in die eigenen Hände nehmen.

Mit solcher Zielsetzung werden wir unser direktdemokratisches Instrumentarium stets im Zusammenhang mit den vielfältigen Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung sehen wie auch mit Informationsfreiheit und Fortentwicklung des Wahlrechts. Auch werden wir uns verstärkt den Ebenen zuwenden, auf denen weittragende Entscheidungen fallen, EU und globalen Absprachen.

Verantwortliche Sozialgestaltung ist eine Menschheitsaufgabe, zu der Mehr Demokratie einen fortdauernden Beitrag zu leisten hat. Möge solche Geburtshilfe weiterhin gelingen!

Prof. em. Dr. Roland Geitmann
1996 bis 2008 Sprecher des Kuratoriums von Mehr Demokratie e.V.

Wir brauchen eine Entwicklung zu mehr Bürgerdemokratie

Eine freiheitliche Zivilgesellschaft ist die Grundlage jeder funktionierenden Demokratie. Freie Wahlen, demokratische Institutionen und ein System von checks & balances stellen nur einen Teil eines demokratischen Staates dar, dessen Funktionsfähigkeit und Effizienz ohne eine starke Zivilgesellschaft nicht gewährleistet wäre. Zivilgesellschaft ist dabei der öffentliche Bereich, in dem Bürger ihre gesellschaftlichen Interessen in staatsunabhängigen Assoziationen selbständig und frei organisieren und artikulieren. Durch die Verwirklichung ihrer Mitsprache- und Mitwirkungsrechte im politischen Entscheidungsprozess kommt den Bürgern eine wesentliche Bedeutung und Aufgabe in der Ausgestaltung der demokratischen Strukturen zu.

Die Zivilgesellschaft besitzt eine wichtige Scharnierfunktion zwischen den Interessen einzelner Bürger und den staatlichen Institutionen. Sie bildet eine Brücke zwischen Individuum und Staat und verhindert eine gesellschaftliche Kluft zwischen der Bevölkerung und der politischen Elite. Durch eine starke Zivilgesellschaft werden sowohl die Interessen der Bürger in die Politik hineingetragen als auch die politischen Entscheidungen an die gesellschaftlichen Bedürfnisse rückgekoppelt. Besteht der Austausch zwischen Bürger und Staat nicht, sondern werden politische Entscheidungen ohne die Einbeziehung der Interessen der Bürger getroffen, werden diese langfristig ihre Zustimmung verweigern. Demokratische Strukturen drohen ihre Legitimation zu verlieren. Die Zivilgesellschaft ist damit das Rückgrat der Demokratie.

Direkte Demokratie genießt nicht unbedingt einen guten Ruf in Deutschland. Zu Beginn der Bundesrepublik, und deutlich vor dem Hintergrund der NS-Herrschaft, wurde sie sogar vom liberalen Bundespräsidenten Heuss als „Prämie für jeden Demagogen" bezeichnet. In diesem Sinne folgerichtig wurde auch das Grundgesetz nicht vom Volk, sondern von den 65 Mitgliedern des

Parlamentarischen Rates beschlossen, die zudem ebenfalls nicht gewählt, sondern von den Länderregierungen entsandt worden waren.

Heute ist man ein Stück weiter, aber auch noch nicht weit genug. Man erinnere sich nur daran, dass Initiativen für eine Volksabstimmung über die Europäische Verfassung vor drei Jahren im Deutschen Bundestag keine ausreichenden Mehrheiten fanden.

Wir brauchen mehr Demokratie. Es wird noch zu selten ernsthaft nachgefragt, warum denn wohl die „großen" Parteien dramatisch an Mitgliedern verlieren, warum das Ansehen „der Politik" sinkt, warum „den Politikern" immer seltener eine ausreichende Kompetenz zur Lösung der anstehenden Probleme zugetraut wird. Dabei wäre die Antwort ganz einfach: der gut informierte Bürger der Mediengesellschaft ist nicht mehr, wie früher gemutmaßt wurde, damit überfordert, komplexe politische und gesellschaftliche Fragen zu überblicken. Er will stattdessen im politischen Meinungsbildungsprozess ernst genommen, gefragt, beteiligt werden – aber nicht mehr nur als Partei- oder Gewerkschaftsmitglied, sondern als freies und bewusstes Individuum.

Angesichts der abnehmenden Akzeptanz der Demokratie und zunehmenden Politikverdrossenheit brauchen wir eine Entwicklung zu mehr Bürgerdemokratie. Dazu muss die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen durch mehr Möglichkeiten für Bürgerentscheide, Bürgerbegehren und Bürgerbefragungen auch auf Landes- und Bundesebene gestärkt und ausgebaut werden.

„Mehr Demokratie e.V." hat sich dieser Aufgabe seit nunmehr 20 Jahren angenommen. Bei der Ausübung dieser für die freiheitliche Bürgergesellschaft wichtigen Funktion wünsche ich im Namen der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit weiterhin viel Erfolg.

Dr. Wolfgang Gerhardt, MdB
Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Ihr habt das Land verändert!

Wenige Organisationen können die eigenen Erfolge so selbstbewusst feiern, wie Mehr Demokratie. In 20 Jahren ist Deutschland direktdemokratischer geworden. Volksinitiativen und Volksbegehren sind dank Eures Engagements lebendiger Teil unserer Demokratie geworden!

Etliche Privatisierungen sind uns so erspart geblieben. Das erste Kohlekraftwerk ist dadurch verhindert. Überall zählen Nichtregierungsorganisationen Volksentscheide zu ihrem Waffenarsenal. Volksentscheide wie die Waldschlösschenbrücke oder Tempelhof können nicht darüber hinweg täuschen, dass direkte Demokratie emanzipatorischen Zielen viel stärker nutzt als schadet.

Dass Ihr den ganz großen Coup – die Einführung des bundesweiten Volksentscheids – noch nicht landen konntet, liegt am wenigsten an Euch. Die etablierten Parteien mögen die Macht in Händen des Volkes nicht. Es ist eine traurige Wahrheit, dass bisher keine Partei die Frage des bundesweiten Volksentscheids zum zentralen Wahlkampfthema gemacht hat, obwohl die Mehrheit für die direkte Demokratie riesig ist. Deshalb kommt die CDU/CSU mit ihrer Blockadeposition nach wie vor durch.

Eines Eurer großen Verdienste ist die Erweitung, was Ihr unter „mehr Demokratie" versteht. Wahl- und Parteienreformen gehören nun ebenso dazu, wie die undemokratischen Strukturen der EU. Diese Ausweitung wird Euch wohl auch in Zukunft nicht erspart bleiben. Unter den Be-

dingungen der Globalisierung kann nationales oder lokales Recht – und sei es noch so direktdemokratisch gesetzt – dem globalen Kapital immer weniger Grenzen setzen. Klimawandel, Begrenzung der Ungleichheit durch Steuern auf Kapitaleinkommen, Stabilisierung der Finanzmärkte, usw. sind nur durch internationale Vereinbarungen zu erreichen. Souveränität des Volkes ist unter Bedingungen der Globalisierung der Ökonomie nur als geteilte Souveränität auf internationaler Ebene denkbar. „Mehr Demokratie" heißt unter diesen Bedingungen eben nicht automatisch mehr Entscheidungen auf lokaler Ebene, sondern immer häufiger mehr Entscheidungen auf europäischer und globaler Ebene. Was nützt schon ein bundesweiter Volksentscheid, wenn zentrale Ziele der Bürgerinnen und Bürger auf der nationalen Ebene nicht mehr erreichbar sind?

Die Herausforderung für „mehr Demokratie" besteht darin, in diesem Prozess neue Formen direkter und partizipativer Demokratie zu erfinden. Sich auf diese aufregende Suche gemeinsam zu begeben und der Versuchung eines falsch verstandenen Dezentralismus zu widerstehen, wünsche ich mir von „Mehr Demokratie" für die nächsten 20 Jahre. Schneller wird es wohl nicht gehen.

Sven Giegold
Attac Deutschland, Bewegungsarbeiter der Bewegungsstiftung

Glückwunsch zu den ersten und ein Wunsch für die zweiten 20 Jahre: Überdenkt die Strategie!

Ein (selbst)kritisches Grusswort von Andi Gross (Schweiz)

Andi Gross

An unsere allererste Begegnung kann ich mich sehr gut erinnern. Es muss vor weit mehr als 20 Jahren gewesen sein. Der heutige Verein war noch nicht geboren worden. Doch im Untergeschoss einer schmucken Bonner Villa hatte Thomas Mayer bereits ein kleines Sekretariat für die Bürgerinitiative zur Einführung der Direkten Demokratie in Deutschland eingerichtet.

Die Rose war schon da, die Referenz an Beuys ebenso. Die Achberger waren uns beiden mehr als ein Begriff mit ihrer Aktion „Volksentscheid" zu Beginn der 1980er und den Forderungen nach einer Volksabstimmung über die Stationierung der Nato-Raketen. Doch richtig zusammengebracht hat uns die Zeitschrift. Damals noch ein echter Ort des gemeinsamen Nachdenkens und der Vertiefung der Überlegungen zur Direkten Demokratie. Ich hatte schnell eine Art Korrespondentenrolle aus der Schweiz zu übernehmen, mit Berichten, was sich hierzulande direktdemokratisch tut und vor allem zur theoretischen und historischen Vertiefung dessen, was die Direkte Demokratie ist (Kein Plebiszit, keine Basisdemokratie, keine Direktwahl, keine Quoren, aber „Legitimität durch Diskussion" und ein für alle offener Anstoß zum gemeinsamen Lernen) und wie sie in der Schweiz und den USA hatte erkämpft werden müssen.

Obwohl ganz unterschiedliche Persönlichkeiten mit sehr verschiedenen Hintergründen, haben Thomas und ich uns bestens verstanden und uns in unserer Verschiedenheit auch respektiert. Vielfalt als Stärke und Antithese zur herrschenden Einfalt. Immer wieder traten wir in Deutschland und im gemeinsamen Ausland – Südtirol beispielsweise, aber sogar in Paris – gemeinsam auf und ergänzten uns bestens. Diese Beziehung überstand den Umzug nach München gut und

zum großen Erfolg in Bayern 1995 konnten einige aus der Schweiz Wesentliches beitragen. Dazu kam, dass wir mit Theo Schiller an der Marburger Uni eine kleine Schule für Direkte Demokratie aufbauen konnten, aus der auch Ralph Kampwirth hervorging, der aus der schon erwähnten Zeitschrift einige Jahre lang eine bis heute unerreichte und wieder mehr als nötige Referenz für die Demokratiebewegungen in ganz Europa zu machen verstand.

Die Mehr-Demokratie-Leute aus dem Westen und Schweizer Radikaldemokraten aus dem Umfeld der „Schweiz ohne Armee"-Bewegung sowie Freunde des Neuen Forums aus dem Osten waren 1991 mit der Gründung der Eurotopia-Bürgerinitiative in Rostock („Für ein direktdemokratisches, soziales und gewaltfreies Europa") dann auch für einen weiteren, wenn auch weniger bekannten, politischen Erfolg besorgt, der über viele Stationen schließlich dazu führte, dass im neuen Lissabonner EU-Vertrag zum ersten Mal in der Geschichte der Demokratie ein transnationales, partizipatives Bürgerrecht vorgesehen ist. Fazit: Innovative, kreative und fundierte politische Anstrengungen lohnen sich auf allen Ebenen und können auch gegen mächtige Organisationen wie die CSU zum Erfolg führen und Dinge Wirklichkeit werden lassen, die vor kurzem noch als „Utopie" diskreditiert worden waren. Für diese Erfahrung auch in Deutschland und in der EU möchte ich Euch danken und gratulieren!

Unter Freunden ist ein politischer Dank aber nur glaubwürdig, wenn er auch zu Selbstkritik fähig ist und mit der Bereitschaft verbunden, dazu lernen zu wollen. Zu dieser selbstkritischen Reflexion vor allem der letzten zehn Jahre von Mehr Demokratie Deutschland (MDD) möchte ich Euch ermutigen. So nach dem Motto: Nur der kann sich treu bleiben, der sich zu verändern weiß. So bin ich überzeugt davon, dass MDD seit der Jahrhundertwende weit unter ihren Möglichkeiten geblieben ist und die Potenziale der Direkten Demokratie auf Bundesebene nicht hat

ausschöpfen können. Ihr seid heute eine etablierte Organisation, in dem einige als Funktionäre ein Auskommen haben finden können und betreibt wie Tausende von anderen Organisationen effiziente Lobby- und Pressearbeit.

Doch gemessen am Potenzial, das unsere gemeinsame Sache, Direkte Demokratie, in Deutschland hat, habt ihr so meines Erachtens nicht einmal zehn Prozent der Möglichkeiten auszuschöpfen verstanden. Zu sehr folgt Ihr organisations- und handlungspolitisch meines Erachtens dem gleichen Menschenbild wie diejenigen, die mehr Demokratie gar nicht wünschen. Statt mit den Bürgerinnen und Bürgern weitere Bürger und Bürgerinnen zu motivieren, zu engagieren und zu qualifizieren und mit immer mehr von ihnen direkt zu handeln, arbeitet ihr für sie, aber

Plenum auf der Jahrestagung von Mehr Demokratie in Bergneustadt, 1999

doch viel zu wenig mit ihnen und durch sie. Wenn auf der Titelseite der „ZEIT“ im Mai 2008 die gleichen Irrtümer und Irreführungen über die Direkte Demokratie verbreitet werden können wie vor zehn Jahren und wenn es sich eine Große Koalition in Berlin wie zuvor die Rot-grüne Regierung leisten kann, sich nie wirklich ernsthaft mit der Einführung von direktdemokratischen Elementen auf Bundesebene auseinanderzusetzen, dann ist dies auch Zeichen unseres Versagens.

So finde ich, dass wir in Zukunft viel mehr in die Verbreiterung unserer Mitgliedsbasis, in deren Qualifizierung und Befähigung zum eigenen selbstverantworteten Handeln für die gemeinsame Sache investieren müssen. In einigen Bundesländern geschieht dies gewiss besser. Doch auf Bundesebene sollten die Ressourcen anders besser verwendet werden, so dass in neun Jahren 400.000 aktive Mitglieder von MDD ein politisches Klima aufgebaut haben, in dem vor den anstehenden Bundestagswahlen kaum mehr ein Kandidat sich getraut, Einwände gegen die Unterstützung eines parteiübergreifenden Antrages zur Einführung von direktdemokratischen Rechten auf Bundesebene vorzubringen – und wenn, dann solche, deren Diskussion sich wirklich lohnt. Das wäre das schönste Geschenk zum 30. Geburtstag von Mehr Demokratie ! Ich wünsch Euch ein solches und bin überzeugt, dass dies möglich wäre, wenn Ihr es wollt und es anders besser anpackt!

Andi Gross
Abgeordneter im schweizerischen Nationalrat und Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Europarat, Mitbegründer von GSoA und eurotopia, Leiter des Ateliers für Direkte Demokratie in St. Ursanne, Lehrbeauftragter in Jena

Es wird Zeit, dass unsere Demokratie wieder erneuert wird.

Ich kenne keine Demokratie der Welt, in der die Parteien so mächtig sind wie in der unseren. 1948 war es offensichtlich der Wunsch der Verfassungsmütter und -väter und der sie beaufsichtigenden Alliierten, die deutschen Parteien so zu stärken, dass sich die schrecklichen Ereignisse von 1933 bis 1945 nicht wiederholen können. Dabei wurde das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Nicht nur, weil Hitler am 30. Januar 1933 nicht etwa durch Wahlen, sondern durch eine eindeutige Parteienkungelei an die Macht kam, sondern auch, weil die bundesdeutsche Parteienmacht ständig steigt und eindeutig zu Lasten der Rechte der Bürger geht. Wir wählen nicht unseren Bundespräsidenten, eine Versammlung von Parteienrepräsentanten tut es. Wir wählen weder den Bundeskanzler noch die Ministerpräsidenten, die Parteien tun es. Nicht einmal alle Mitglieder seines Kabinetts kann der Bundeskanzler mehr bestimmen, die Partei seines Koalitionspartners tut es.

Während im Grundgesetz steht, dass „die Parteien an der Willensbildung mitwirken" sollen, muss man heute nüchtern konstatieren: Sie haben ihre Macht immer weiter ausgeweitet und sich dabei auch durch immer großzügigere Parteienfinanzierung und ausgeweitete Parteistiftungen selbst bedient. Dabei geht die Mitgliederzahl der Parteien insgesamt sogar zurück. Inzwischen bestimmen weniger als 2% der in Parteien organisierten Bevölkerung das Schicksal von 98% der Bürger. Kein Wunder, dass die Politikverdrossenheit steigt, während im gleichen Maße die Wahlbeteiligung sinkt.

Es wird Zeit, dass unsere Demokratie wieder erneuert wird. Das geht nur über die Stärkung der Rechte der Bürger, zu Lasten der Macht der Parteien.

Hans-Olaf Henkel
Honorarprofessor am Lehrstuhl Internationales Management der Universität Mannheim, ehem. Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutschen Industrie

Peter M. Huber

20 Jahre Mehr Demokratie – ein Aufbruch, der fortgesetzt werden muss

Das deutsche Staatsrecht hat manchen Beitrag zu den Errungenschaften des freiheitlichen Verfassungsstaates geleistet – die Demokratie gehört nicht dazu. Während die Franzosen die Vorstellung vom citoyen entwickelten, der als Teil der Nation – als Wähler, Abstimmender, Demonstrant oder Kläger – Verantwortung auch für das Allgemeinwohl trägt, beschränkte die Verfassungsordnung des Konstitutionalismus den deutschen Michel darauf, sich um seine eigenen Angelegenheiten zu kümmern. Das ermöglichte uns zwar die Perfektionierung des Rechtsstaats – das Gemeinwohl jedoch blieb Sache der Obrigkeit.

Dieses Erbe hat uns nachhaltig geprägt. Es begegnet uns heute in den Schwierigkeiten unserer Verwaltung beim Umstieg vom „nur für den Dienstgebrauch" auf den Grundsatz der Informationsfreiheit, bei der geradezu panischen Angst der (Verfassungs- und Verwaltungs-) Gerichte vor dem Kläger, der als potenzieller Querulant unter Generalverdacht steht und dessen Zugang zu Gericht deshalb strikt auf die Verletzung eigener subjektiver öffentlicher Rechte begrenzt werden muss, und in der weit verbreiteten Skepsis von politischen Akteuren und Feuilleton gegenüber der direkten Demokratie. Sie gilt als Prämie für Demagogen, die die selbstreferenziellen Verfahren und Verhandlungen des Parteienstaates nur stört.

Dabei ist die – auch in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nachweisbare – Vorstellung, dass jedenfalls der mündige Bürger ein Recht darauf hat, seinen Lebensentwurf durch eine effektive Einflussnahme auf die politischen Entscheidungen des Gemeinwesens umzusetzen und abzusichern, eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass unser Staat und seine Institutionen auf Dauer Bestand haben. Die direkte Demokratie ist insoweit zwar nur ein Instrument von vielen, aber es kann dazu beitragen, dem Staat die Akzeptanz und Loyalität seiner

Bürger zu sichern. Erfahrungen zeigen, dass sie ein erhebliches Legitimationsreservoir birgt, das jedenfalls auf nationaler Ebene bislang völlig brach liegt.

Von einem schweizer Kollegen stammt der Satz, dass es nur zwei politische Systeme gibt: Systeme mit zufriedenen Politikern und einem unzufriedenen Volk und Systeme mit einem zufriedenen Volk und unzufriedenen Politikern. Er rechnete die Schweiz (natürlich) zu letzterem. Auch die Schweiz ist keine Inseln der Seeligen; aber sie hat – wie manche Staaten der USA – z. B. die Staatsverschuldung, neben der demographischen Frage wohl die entscheidende Herausforderung unserer Zeit und die wohl größte politische Fehlleistung in der Ordnung des Grundgesetzes, besser in den Griff bekommen als alle repräsentativen Demokratien. Offenbar tendiert der mündige Bürger und Steuerzahler weniger dazu, Wahlgeschenke unter das Volk zu bringen, wenn er weiß, dass er oder seine Kinder sie auch bezahlen müssen. Vor allem aber Bayern: In keinem anderen deutschen Land ist die Einstellung des Volkes zum Staat und seinen Institutionen positiver als hier, ist es für die besten Universitätsabsolventen nach wie vor Ehrensache in den Staatsdienst zu gehen, sind die politischen Verhältnisse stabiler – auch wenn die seit 50 Jahren regierende CSU in Meinungsumfragen derzeit unter die 50%-Marke gerutscht ist.

Trotz dieser langen Regierungszeit gibt es in keinem anderen Land eine lebendigere Demokratie; nirgends gab es mehr Volksbegehren und Volksentscheide, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, und es ist wohl auch kein Zufall, dass die Bayerische Verfassung die – im deutschen Rechtsschutzsystem einen Systembruch darstellende – Popularklage kennt (Art. 98 Satz 4). Von ihr haben die Bewohner Bayerns seit mehr als 60 Jahren regen Gebrauch gemacht. Wann immer die repräsentative Demokratie in Bayern Gefahr lief, die Rückkoppelung zur Mehrheit in

der Gesellschaft zu verlieren – dieses Instrumentarium einer den mündigen Staatsbürger in den Mittelpunkt stellenden Demokratie hat sie rasch auf den Pfad der Tugend zurückgeholt.

Vor diesem Hintergrund kann man „Mehr Demokratie" für die nächsten 20 Jahre nur Glück und Erfolg wünschen: bei der weiteren Beförderung der direkten Demokratie auch auf Bundesebene, vor allem aber im Kampf gegen die Herausforderungen, die sich aus der Globalisierung für unsere Demokratie ergeben. Weil es in der Tat schwierig ist, sechs Milliarden Menschen Mitsprache bei politischen Entscheidungen zu vermitteln, geht der Trend zu einer Mediatisierung des Einzelnen durch Nicht-Regierungsorganisationen, Lobbyverbände u. a. m. Individuelle Einflussnahme soll zurückstehen, solange auf globaler Ebene nur vernünftige und interessengerechte Politikergebnisse erzielt werden. Das ist nichts anderes als eine paternalistisch-autoritäre Kampfansage an die zivilisatorischen Errungenschaften von Aufklärung und französischer Revolution. Ihr gilt es zu begegnen, auch durch die Aktivitäten von „Mehr Demokratie". Mehr denn je wird sie der Öffentlichkeit – jedem Einzelnen – klar machen müssen, dass bei politischen Entscheidungen auf globaler wie europäischer Ebene Belange der Bürger auf dem Spiel stehen und dass es sich niemand leisten kann, hier desinteressiert beiseite zu stehen. „Tua res agitur" lautet insoweit die Devise - für die Zukunft nicht weniger als vor 20 Jahren.

Prof. Dr. Peter M. Huber
Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Staatsphilosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Politische Verantwortung ist der „Beruf“ aller Bürgerinnen und Bürger

Gesellschaftliche und politische Partizipation gehört nach evangelischem Verständnis zum weltlichen „Beruf“ eines Christenmenschen. Damit ist im Sprachgebrauch der Reformation kein Broterwerb gemeint, sondern der Ort der Verantwortung.

Immer mehr Menschen haben in unseren Tagen den Eindruck, die komplexen Zusammenhänge der Politik nicht mehr im Ansatz zu verstehen. Sie fühlen sich den Entscheidungen der „Berufspolitiker“ ohnmächtig ausgeliefert und nutzen die Freiheit der Mitgestaltung immer weniger. Ist das etwa gewollt ?

Ich bin dankbar dafür, dass der Verein „Mehr Demokratie e.V.“ seit nunmehr zwanzig Jahren dafür eintritt, dass Menschen unmittelbarer in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Nicht nur vor der Wahl, sondern auch während der Legislaturperiode. Politische Verantwortung ist der „Beruf“ aller Bürger und Bürgerinnen in der Demokratie.

Ich wünsche allen Engagierten und dem Verein Geduld, Erfolg, Freude und Gottes Segen.

Maria Jepsen
Bischöfin für den Sprengel Hamburg

Deutschland ohne Volksentscheid: Die Entscheidungen des Parlamentarischen Rats gegen Formen direkter Demokratie

Otmar Jung

Ein persönlicher Bericht über eine Entdeckungsreise in der Wissenschaft und was man dabei erleben kann

Vorgeschichte

Warum haben wir in Deutschland keinen Volksentscheid? Weil der Parlamentarische Rat 1948/49 aufgrund der negativen „Weimarer Erfahrungen" mit Volksbegehren und Volksentscheid von der Aufnahme plebiszitärer Elemente in das Grundgesetz abgesehen hat. Diese Antwort hörte ich 1966 ff. in den Staatsrechtsvorlesungen. Zwar stand im Grundgesetz, dass das Volk, soweit es nicht durch besondere Organe handele, die Staatsgewalt selbst in Wahlen und „Abstimmungen" ausübe. Aber dies tat der Altmeister *Maunz* mit der Bemerkung ab, die in Art. 20 GG „gewählten Worte" entsprächen „mehr einer traditionellen Formulierung als der gegenwärtigen Verfassungslage"[1] Mochte ich auch ahnen, daß dies keine Verfassungsinterpretation, sondern eine Missachtung des normativen Gehalts einer fundamentalen Verfassungsbestimmung war, so „muckte" man seinerzeit als Jurastudent nicht gegen einen Grundgesetz-Kommentator „auf".

Ich hörte damals – es war an der Universität Würzburg – auch Bayerisches Staatsrecht und erfuhr, dass die Verfassung des Freistaates von 1946 Volksbegehren und Volksentscheid vorsah. Dies sei so – beschieden uns die akademischen Lehrer – „im Unterschied zum Grundgesetz". Aufgeklärt wurde die Diskrepanz nicht. 1968 lernte ich auch die Praxis kennen, als der Volksentscheid über die Einführung der Christlichen Gemeinschaftsschule anstand. Dabei abzustimmen war meine erste staatsbürgerliche Handlung; zum Wählen kam ich erst bei der Bundestagswahl 1969.

[1] Vgl. Maunz, Theodor: Deutsches Staatsrecht. Ein Studienbuch, München Berlin 15. Auflage 1966, S. 305 (§ 34 I 1.a).

Später bemerkte ich, dass nicht nur die bayerische, sondern alle Landesverfassungen von 1946/47 Elemente der direkten Demokratie enthielten und zudem alle Verfassungen in der Amerikanischen und Französischen Besatzungszone durch Volksabstimmung verabschiedet worden waren.

Meine Untersuchung über „Die Entscheidungen des Parlamentarischen Rats gegen Formen direkter Demokratie"

Zur systematischen Erforschung dieser Zusammenhänge kam ich erst, als ich mich, gefördert von der Stiftung Volkswagenwerk, von Mitte 1989 an zwei Jahre lang der Thematik widmen konnte. Inzwischen habilitiert für Politikwissenschaft und Zeitgeschichte, konnte ich guten Mutes versuchen, aufzuklären, was damals eigentlich vor sich gegangen war. Meine Hauptergebnisse:

- Die Verfassungspläne des Exils und des Widerstandes, die Landesverfassungsgebung der Jahre 1946/47 und die Parteiprogrammatik der ersten Nachkriegszeit zeigen, dass man nirgendwo mit negativen „Weimarer Erfahrungen" gegen Volksbegehren und Volksentscheid argumentierte.
- Als bei dem Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee und während der Beratungen des Parlamentarischen Rates alle Formen direkter Demokratie gestrichen wurden, sahen die Akteure nicht zurück, sondern zur Seite: auf die Aktivitäten von SED und KPD im begonnenen Kalten Krieg.
- Das Grundgesetz wurde entgegen den alliierten Vorgaben nicht zum Referendum gestellt, weil man befürchtete, mit der Weststaatsgründung nicht bestehen zu können, wenn SED und KPD im Abstimmungskampf „die nationale Karte spielen" würden.

» Die Volksgesetzgebung wurde in die neue Verfassung nicht aufgenommen, weil man fürchtete, die bei Wahlen bisher wenig erfolgreichen Kommunisten würden versuchen, mit „attraktiven" Themen auf dem Wege von Volksbegehren und Volksentscheid politisch Boden zu gewinnen. Eine plebiszitäre Quarantäne sollte insoweit den neuzugründenden Teilstaat in der Übergangszeit vor Anfechtungen schützen.

» Zugrunde lagen dem jeweils nur situative Erwägungen: Die Eltern des Grundgesetzes nahmen für diese Restriktionen nicht das Prädikat grundlegender verfassungspolitischer Weisheit in Anspruch. Deshalb wurde in Art. 20 GG die Strukturoption beibehalten, dass das Volk die Staatsgewalt u. a. in „Abstimmungen" ausüben könne. Die „Vision" der Gründer der Bundesrepublik für später war eindeutig: Wenn die Kommunisten domestiziert wären und die Teilung überwunden sei, sollte auf dem überlieferten Wege einer Nationalversammlung und/oder Volksabstimmung eine deutsche Verfassung gegeben werden, die dann selbstverständlich auch Elemente direkter Demokratie enthalten würde.

» Dies war nicht der einzige Beweggrund für jene Entscheidungen des Parlamentarischen Rates – die bayerischen Mitglieder etwa hatten noch die Sondermotivation, den künftigen Bundesstaat möglichst schwach zu halten, ferner war nach der NS-Zeit ein generelles elitäres Misstrauen gegenüber dem „verführbaren" Volk weitverbreitet –, aber es war der maßgebliche: der SED/KPD keine Chance zu geben.

Ich habe dies in meinem Buch „Grundgesetz und Volksentscheid" niedergelegt.[2] Das geraffte Ergebnis hatte ich schon vorher als Aufsatz veröffentlicht.[3]

[2] Jung, Otmar: Grundgesetz und Volksentscheid. Gründe und Reichweite der Entscheidungen des Parlamentarischen Rats gegen Formen direkter Demokratie, Opladen 1994.

[3] Jung, Otmar: Kein Volksentscheid im Kalten Krieg! Zum Konzept einer plebiszitären Quarantäne für die junge Bundesrepublik 1948/49, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 45/92 v. 30. 10. 1992, S. 16-30.

Auseinandersetzungen um dieses Buch

Die erste Aufnahme

Erschienen die Ergebnisse meiner Untersuchung „in rechtshistorischer und verfassungspolitischer Hinsicht einigermaßen spektakulär“,[4] war nicht zu erwarten, dass sie ungeteilten Beifall finden würden. Die Leute mit den herrschenden Meinungen, zumal wenn diese wie hier geradezu katechismusartig verfestigt sind, pflegen nicht ohne weiteres umzudenken. So reichten die ersten Besprechungen von „begeistert“ bis „gequält anerkennend“. Während die einen lobten,

Daniel Schily und Otmar Jung vor dem „Omnibus für direkte Demokratie“, unserer Schwester-Organisation

[4] Vgl. Sarcinelli, Ulrich: Weiterentwicklung des Grundgesetzes, in: Annotierte Bibliographie für die politische Bildung 1995, H. 1 Nr. 60.

dass ich, „soweit es um historische Informationen geht, wissenschaftliches Neuland" betreten hatte,[5] versuchten andere, meine Argumentation ad absurdum zu führen[6] oder mir Widersprüche nachzuweisen. Ein Kritiker nannte meine einschlägige These eine „Spekulation",[7] weil ich vorsichtig formuliert hatte, es handele sich um „eine sehr gut belegte Vermutung". Dabei ist es durchaus ein wissenschaftlicher Fortschritt, wenn eine Lehrmeinung, für die überhaupt keine Quellen sprechen, durch eine solche qualifizierte Vermutung ersetzt wird.

Quellengestützt – ich habe für meine Untersuchung immerhin in 23 Archiven gearbeitet – hat bislang niemand meine Forschungsergebnisse in Zweifel gezogen. Als ein Staatsrechtslehrer meine Ergebnisse zu widerlegen versuchte, fiel er vom wissenschaftlichen Stand der Juristischen Zeitgeschichte zurück auf die vergleichsweise schlichte „Entstehungsgeschichte" des Grundgesetzes. Immerhin stellte auch er jener Weimar-Legende den Totenschein aus: Diese Entscheidung des Parlamentarischen Rats lasse sich „nicht, wie es eine stereotype Erklärung will, monokausal auf üble Erfahrungen mit den plebiszitären Elementen der Weimarer Verfassung zurückführen".[8]

Die langfristige Rezeption

Neuere Arbeiten sind erfreulicher. Ein Historiker konstatiert für die Zeit bis zur Gründung der Bundesrepublik: „Ein Schreckgespenst der ‚Weimarer Erfahrungen' mit Volksentscheid und Volksbegehren ist nicht aufzufinden."[9] Er datiert diese „Erfahrungen" ein Jahrzehnt später auf

[5] Vgl. Wilms, Heiner: [Rezension], in: Zeitschrift für Rechtspolitik 29 (1996), S. 112.
[6] Vgl. Preuß, Ulrich K.: [Rezension], in: Archiv des öffentlichen Rechts 121 (1996), S. 280 ff.
[7] Vgl. Oberreuter, Heinrich: Plebiszitäre Elemente – Bewährung und Probleme, in: Demokratie lebendiger gestalten. Ettersburger Gespräche am 10. und 11. November 2000 im Hotel Amalienhof Weimar, hrsg. vom Thüringer Landtag, Erfurt 2001 (XI. Ettersburger Gespräche), S. 101-113 (102 FN 3).
[8] Vgl. Isensee, Josef: Der antiplebiszitäre Zug des Grundgesetzes – Verfassungsrecht im Widerspruch zum Zeitgeist, in: Verfassung in Zeiten des Wandels. Demokratie – Föderalismus – Rechtsstaatlichkeit. Symposion zum 60. Geburtstag von Heinz Schäffer, hrsg. v. Metin Akyürek u. a., Wien 2002, S. 53-83 (64).
[9] Vgl. Wirsching, Andreas: Konstruktion und Erosion: Weimarer Argumente gegen Volksbegehren und Volksentscheid, in: Gusy, Christoph (Hrsg.): Weimars lange Schatten – „Weimar" als Argument nach 1945, Baden-Baden

den Streit um die Wiederbewaffnung: „Weniger die gleichsam ‚authentische', direkt tradierte und bewusst reflektierte Primärerfahrung der Weimarer Demokraten lag dem ‚Weimarer' Argument zugrunde als vielmehr die dezidierte, sekundäre *Konstruktion*. Die bis dahin schärfste politische Polarisierung in der bundesrepublikanischen Geschichte erheischte die historisch argumentierende Unterfütterung einer neuen verfassungspolitischen Identität."[10]

In zwei großen verfassungsgeschichtlichen Arbeiten wird betont, dass die „Weimarer Erfahrung" für den Parlamentarischen Rat „bei weitem nicht die Bedeutung (hatte), die ihr in der überwiegenden Mehrheit der späteren wissenschaftlichen Darstellungen beigemessen wurde",[11] beziehungweise „dass Weimarer Altpolitiker Weimarer historische Daten aus ihrer persönlichen, wissenschaftlich ungeprüften Sicht im Sinne ihrer parteipolitischen aktuellen Zielsetzung verwendeten … Der Umgang mit Weimarer Verfassungstradition war letztlich politisch gewillkürt."[12] Die Auseinandersetzungen um „Weimarer Erfahrungen" mit Volksbegehren und Volksentscheid werden jeweils der wissenschaftlichen Diskussion nach 1949 zugeordnet.

Aus einer juristischen Habilitationsschrift stammt das Urteil, der beginnende Kalte Krieg mit seiner raschen Eskalation in der Berlin-Blockade sei „ein, wenn nicht sogar der entscheidende Grund für die bemerkenswerte plebiszitäre Abstinenz des Grundgesetzes" gewesen.[13] Den „Weimarer Erfahrungen" jedenfalls sei „keine entscheidende Bedeutung zugekommen".[14]

2003 (Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat Bd. 29), S. 335-353 (337).

[10] Vgl. Wirsching, a. a. O., S. 345 f. (Hervorhebung i. O.).

[11] Vgl. Schwieger, Christopher: Volksgesetzgebung in Deutschland. Der wissenschaftliche Umgang mit plebiszitärer Gesetzgebung auf Reichs- und Bundesebene in Weimarer Republik, Drittem Reich und Bundesrepublik Deutschland (1919 – 2002), Berlin 2005 (Tübinger Schriften zum Staats- und Verwaltungsrecht Bd. 71), S. 283.

[12] Vgl. Wiegand, Hanns-Jürgen: Direktdemokratische Elemente in der deutschen Verfassungsgeschichte, Berlin 2006 (Juristische Zeitgeschichte Abt. I Bd. 20), S. 233.

[13] Vgl. Rux, Johannes: Direkte Demokratie in Deutschland. Rechtsgrundlagen und Rechtswirklichkeit der unmittelbaren Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland und ihren Ländern, Baden-Baden 2008, S. 205.

[14] Vgl. Rux, a. a. O., S. 208 FN 2.

Schluss

Bei manchen der Vorwürfe, die gegen die quellengesättigte Untersuchung eines habilitierten Zeithistorikers von Kritikern erhoben wurde, die bisher nicht durch zeitgeschichtliche Forschungen in Erscheinung getreten waren, liegt der Verdacht nahe, daß die Logik von *Christian Morgensterns* Palmström waltete („daß nicht sein kann, was nicht sein darf"). Daß die Betreffenden damit letztlich nur eine erodierende verfassungs- und geschichtspolitische *Konstruktion* aufrechterhalten wollten, ist eine bittere Pointe. In der neueren Forschung setzen sich meine Forschungsergebnisse zunehmend durch.

PD Dr. Otmar Jung,
Privatdozent am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin

Bruno Kaufmann

Erst ein Anfang!

"If you tought Germany did not do referendums, think again"
The Economist, May 1, 2008

Was das britische Weltmagazin in diesem Frühjahr erstaunt feststellte, ist in der Tat bemerkenswert. Nicht, dass es sich bei der Feststellung inhaltlich um etwas Neues handeln würde. Bemerkenswert ist, dass ein global wirkendes Medium anerkennt, dass "Deutschland" und die "Direkte Demokratie" durchaus zusammenpassen können. Mindestens mir ist dieser Umstand ein paar einleitende Zeilen wert - zu diesem Grußwort anlässlich des 20-jährigen Bestehens der "Initiative Demokratie Entwickeln – IDEE" (seit 1992: "Mehr Demokratie"). Viel zu lange litt die Weltperspektive auf Deutschlands Demokratieentwicklung nämlich unter den Mythen und Traumata des 20. Jahrhunderts, wurden grundfalsche Auffassungen, wie zum Beispiel die Sage vom Untergang der Weimarer Republik "wegen der direkten Demokratie" erzählt und berichteten nicht nur Ignoranten, sondern auch internationale Demokratiefachleute davon, dass in Deutschland "Volksentscheide auf Bundesebene verboten" wären. Doch damit ist nun also Schluss: Der "Economist" hält fest: "The Constitution permits referendums at the national level".

Eine wichtige Berichtigung, die aber leider nur teilweise richtig ist. Das wiedervereinigte Deutschland hat zwar ein Verfassungsgericht, aber keine Verfassung – sondern lediglich ein Grundgesetz. Und das bringt mich zu meiner ersten Begegnung mit den Menschen in diesem 20 Jahre alten Verein "IDEE/Mehr Demokratie": einen Tag und eine Nacht in einem Liegewagen der niederländischen Staatsbahnen hatte ich hinter mir, als ich am 17. Juni 1992 in Bonn auf den Bahnsteig trat und in den darauffolgenden Stunden seltsames und ermutigendes erfahren durfte: Zunächst saß ich als Sachverständiger in einer Anhörung des Gemeinsamen Verfassungsausschusses und legte dar, weshalb eine moderne repräsentative Demokratie selbstverständlich auch direktdemokratische Verfahren benötigen würde um tatsächlich repräsentativ

zu sein. Mein Tischnachbar, ein wuchtiger Professor Badura aus München, widersprach dieser Haltung aufs heftigste und verglich das Stimmrecht der Bürgerinnen und Bürger in Sachfragen mit der Aushändigung scharf geladener Schießgewehre an die Massen. Zu meiner Überraschung schien der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, der CDU-Mann Ruprecht Scholz, sich an der bayrischen Kriegserklärung weit weniger zu stören als an meinen schwedisch-schweizerischen Selbstverständlichkeiten, dafür kam mir im folgenden harten Wortwechsel der SPD-Abgeordnete Otto Schily zur Hilfe und legte ein feuriges Plädoyer für die direkte Demokratie ab, an das er sich Jahre später als Bundesinnenminister weniger gern erinnern wollte. Die gut drei Stunden im Gemeinsamen Verfassungsausschuss machten deutlich: Das "offizielle" Deutschland war vor 16 Jahren noch nicht reif für eine Verfassung, die im Unterschied zu einem Grundgesetz durch das Volk per Volksentscheid verabschiedet werden muss – die Chance der Wiedervereinigung auf einen demokratischen Quantensprung wurde verpasst.

Im Anschluss an die Sitzung der Verfassungskommission durfte ich jedoch auch das "reale" Deutschland erleben. Die Freunde der IDEE e.V. füllten an diesem Tag nämlich vor dem Bundestag eine Glassäule mit 1'074'239 Unterschriftenzettel für die Einführung von bundesweiten Volksentscheiden ab. Was auf Bundesebene auf Anhieb nicht gelang, nahm nun in den Bundesländern seinen Lauf: Tatsächlich haben in den letzten 16 Jahren sämtliche 16 Bundesländer direktdemokratische Verfahren eingeführt – und dazu hat "Mehr Demokratie" entscheidend mitbeigetragen. Bayern, Thüringen, Berlin, Hamburg, NRW... die Liste der Großeeinsätze und Erfolge ist ebenso lang wie die auch weiterhin bestehenden Abneigungen gegenüber der "direkten Demokratie", die – so lässt es das Grundgesetz leider zu – durch eine Minderheit im Bundestag wiederholt an ihrer legitimen Entfaltung und Weiterentwicklung gehindert worden ist. Als zugleich nördlicher und südlicher Nachbar dieses großen Landes, haben mich die Besonderheiten der politischen Kultur Deutschlands immer wieder in Erstaunen versetzt: Dazu gehört der manchmal etwas sehr ruppige Umgangston, der starke Glaube an eine über der Politik stehende Rechtssetzung und die nicht selten auf sich selbst, das eigene Land oder die eigene Weltauffassung begrenzte Toleranz gegenüber Andersdenkenden.

Dies alles hat sich in den vergangenen 20 Jahren jedoch verändert, zum Besseren, meine ich. "Mehr Demokratie" hat mit einer langfristigen, konsequenten und zielgerichteten Arbeit zu dieser Modernisierung und Europäiisierung der politischen Kultur Deutschlands beigetragen. Dazu möchte ich den vielen bekannten und auch unbekannten Freunden bei "Mehr Demokratie" ganz herzlich gratulieren. Dabei macht dieser Verein nun eine Erfahrung, wie ihn andere "Demokratiebewegungen" in der Welt, die sich seit 1989 für eine Demokratisierung der Demo-

2003: European Referendum Campaign in Brüssel

kratie stark gemacht haben, auch machen müssen: erstens gilt es, am Ball zu bleiben und zweitens, diesen Ball auch weiterhin in die richtige Richtung zu spielen.

Am Ball bleiben heißt, sich nicht mit dem Erreichten zufriedengeben und, im Sinne schlechter konservativer Politik, auf bewährte Seilschaften und Arbeitsmethoden zu setzen. Am Ball bleiben heißt im Fall von "Mehr Demokratie" vielmehr, die direkte Demokratie auch weiterhin ernst zu nehmen, ihre Modernität als Teil (und nicht als Gegensatz) repräsentativer Demokratie zu entwickeln und der Aus- und Weiterbildung der eigenen Leute eine hohe, wenn nicht die höchste Priorität einzuräumen; der gute Fachverband überzeugt vor allem durch Qualität, die Quantität ist nur ein Mittel zum Zweck. Am Ball bleiben heißt schließlich auch, am Kernthema festzuhalten – die direkte Demokratie. Andere Vereine, die sich mit allen möglichen Aspekten der Demokratie beschäftigen gibt es genug. Die Nische von "Mehr Demokratie" ist auch in Zukunft die direkte Demokratie. Dabei wird es – zweitens – nicht reichen, den Ball zu führen, dieser muss immer wieder auch gespielt werden: Für die direkte Demokratie bedeutet dies vor allem der Aufstieg in die transnationale, ja bis hin zur globalen Ebene. Der europäische Integrationsprozess bildet in dieser Beziehung vor allem eine riesige Chance, den in den letzten Jahren stark gewachsenen Graben zwischen dem Markt und der Demokratie zu schließen: Europa braucht weniger neue Verträge – auch wenn der "Lissabonner Vertrag" einige wenige, wenn auch wichtige Innovationen wie das Europäische Bürgerinitiativrecht bringt – sondern vor allem einen demokratischen Verfassungsprozess. In den kommenden Jahren sollten sich deshalb Demokratiebewegungen in ganz Europa zusammenschließen, um gemeinsam *für* mehr Demokratie zu kämpfen. Wie die aktuelle europaweite Debatte um den neuen EU-Vertrag zeigt, trumpfen heute zivilgesellschaftliche Kräfte vor allem dann grenzüberschreitend auf, wenn es darum geht, sich gemeinsam *gegen* etwas einzusetzen.

Doch hört selbstverständlich die Welt weder im Bayrischen Wald, in Flensburg oder am Ural auf: Zu Beginn des 21. Jahrhunderts dominiert der "Superkapitalismus" den Globus; unsere Tage verbringen wir weniger als Bürgerinnen und Bürger, sondern vornehmlich als Verbraucherinnen

und Verbraucher, einige unter uns zudem auch als Anleger. Das muss sich ändern, denn in Bezug auf das Gemeinwohl ist und bleibt der Kapitalismus blind und ist die Reichweite existierender politischer Gemeinschaften begrenzt. Oder wie mein Freund, Andi Gross, es jeweils ausdrückt: die nationalen Demokratien sind zu Schiffen geworden, deren Steuerruder nicht mehr ins Wasser reichen – und denen deshalb die Passagiere abhanden kommen könnten.

Es gibt keine Wahl: Dem "Superkapitalismus" muss eine "Superdemokratie" gegenübergestellt werden, die gegenüber dem heute dominierenden nationalstaatlich-indirekten System, viel transnationaler und direkter daherkommt. Die Entwicklung einer solchen "Superdemokratie", die weder ein Weltstaat noch ein europäischer Superstaat sein kann, sondern ein dynamisches, komplexes und ineinander verschachteltes Nebeneinander von politischen Gemeinschaften ("polities"), wird zwar durch die Dominanz des "Superkapitalismus" förmlich herausgefordert, wird allerdings nicht von alleine entstehen – im Gegenteil: wenn wir, die wir uns in Europa und weltweit für die direkte Demokratie stark machen, nicht für einen "superdemokratischen" Einsatz erwärmen können – wer soll es dann?

Den Ball auch weiterhin in die richtige Richtung zu spielen, bedeutet deshalb neben dem fortgesetzten gemeinsam Einsatz für mehr und bessere direktdemokratische Verfahren und Praktiken innerhalb Deutschlands, die massive Unterstützung ähnlicher Aktivitäten in anderen Länder, vor allem aber das konsequente Bekenntnis und die Arbeit für eine gegenüber heute viel transnationaleren und direkteren Demokratie in Europa und weltweit. Dass die Welt nun – dank u.a. Mehr Demokratie und dem Economist – einsieht, dass sich Deutschland und die Direkte Demokratie nicht gegenseitig ausschließen ist zwar ein schöner Erfolg, aber es ist erst ein Anfang!

Bruno Kaufmann
Leiter des Initiative and Referendum Institute Europe in Marburg

Europa braucht Mehr Demokratie

Mehr Demokratie e.V. setzt sich seit 20 Jahren für die Rechte der Bürger ein. Dazu gratuliere ich herzlich! Durch Menschen wie Sie, die mit ihrem Engagement, ihrem Einsatz und ihrer Energie für die Bürger kämpfen, wird der demokratische Gedanke gelebt und bereichert. Mehr Demokratie e.V. hat sich konsequent und engagiert für eine Bürgerbeteiligung durch Volksentscheide und Bürgerentscheide in Deutschland eingesetzt.

Als Europapolitikerin möchte ich ganz besonders das Engagement des Vereins für Europa hervorheben. Mehr Demokratie e.V. hat unermüdlich für ein Referendum zur EU-Verfassung geworben. Die FDP hat mit am gleichen Strang gezogen: mehrfach hat die FDP-Bundestagsfraktion Anträge zur Änderung des Grundgesetzes eingebracht, um einen Volksentscheid zur EU-Verfassung auch in Deutschland zu ermöglichen. Leider haben die anderen Parteien im Bundestag dies nicht unterstützt. Derzeit wird der frühere Verfassungsvertrag, der nun Vertrag von Lissabon heißt, in allen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert. Dieser Vertrag stellt jedoch nicht das Ende der Entwicklung dar.

Die Bestrebungen für Demokratisierung in Europa treiben wir weiter voran. Das Europäische Parlament als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger spielt dabei eine entscheidende Rolle - aber auch die Europäerinnen und Europäer direkt. Nur so wird ein „Wir-Gefühl" zwischen den Menschen in Europa entstehen. Mit dem Vertrag von Lissabon ist das Demokratiedefizit der Europäischen Union noch nicht überwunden. Und nicht zuletzt deshalb braucht Europa immer noch „Mehr Demokratie".

Silvana Koch-Mehrin, MdEP
Mitglied der FDP-Fraktion des Europäischen Parlaments

20 Jahre Erfolge für mehr Demokratie

Bürgersinn und Bürgerverantwortung sind das Rückgrat der Demokratie. Eine aktive, lebendige Bürgergesellschaft ist ein Leitbild, das viele verbindet – im Verein „Mehr Demokratie", in der CSU und weit darüber hinaus.

Es ist bezeichnend, dass „Mehr Demokratie e.V." von einem Bayern geführt wird. Bayern setzt Maßstäbe bei der Bürgerbeteiligung. Die bayerische Verfassung wurde 1946 durch Volksentscheid angenommen und kennt seitdem Volksbegehren und Volksentscheid. Bei den Kommunalwahlen geben Kumulieren und Panaschieren den Wählerinnen und Wählern mehr Entscheidungsspielraum als in vielen anderen Ländern. Die Direktwahl der Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte ist in Bayern seit langem geltendes Recht und war Vorbild für andere Länder. Seit 1995 können mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheid einzelne, herausgehobene kommunalpolitische Sachentscheidungen von der ganzen Bürgerschaft getroffen werden. Der Volksentscheid auf Landesebene und der Bürgerentscheid in den Kommunen sind nicht nur konsultativ, sondern selbstverständlich bindend. Die Verfassung Bayerns kann nur durch Volksentscheid geändert werden. „Mehr Demokratie e.V." hat sich über Bayern hinaus erfolgreich für bürgerfreundliche Wahlrechte und solche Möglichkeiten der Gestaltung staatlicher und kom-

munaler Regelungen durch alle Bürgerinnen und Bürger eingesetzt. So können aus dem Gestaltungswillen der Bürgerinnen und Bürger Verantwortungssinn und Zusammenhalt wachsen.

Im Bund allerdings stehen Vorschläge, in das Grundgesetz mehr Elemente direkter Demokratie aufzunehmen, in einem unaufhebbaren Widerspruch zur Zusammenhalt und Verantwortungsbewusstsein weckenden Kraft der föderalen Ordnung. Mit der Föderalismusreform I aber haben Bundestag und Bundesrat gemeinsam nicht zuletzt auch die Entscheidungsmöglichkeiten für Volksentscheide und Bürgerentscheide gestärkt – denn die Gestaltungsspielräume der Länder wurden gesichert und die schleichende Fesselung der kommunalen Selbstverwaltung durch die Übertragung von Aufgaben vom Bund direkt an die Kommunen für die Zukunft unterbunden.

Ich gratuliere „Mehr Demokratie e.V." zu seinem Geburtstag und wünsche Kraft und Augenmaß für den Einsatz für eine aktive, lebendige Bürgergesellschaft.

Hartmut Koschyk, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Stellvertreter des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Mehr Demokratie hat die demokratische Kultur in Hamburg verändert

Hier in Hamburg hat „Mehr Demokratie e.V." in den zwanzig Jahren seines Bestehens die demokratische Kultur verändert. Hamburgerinnen und Hamburger haben sich in die Politik eingemischt und in Volksabstimmungen wirkungsvoll Flagge gezeigt. Mehr Demokratie hat die Volksabstimmungen organisiert oder auch selbst durchgeführt. Ohne diese Unterstützung hätte das „Volk" sein Recht auf Teilhabe an der Macht bei weitem nicht so wirkungsvoll einfordern können.

Unvergessen sind die Volksentscheide zur Privatisierung der Krankenhäuser (LBK) und zum Wahlrecht. Beide Entscheide sind folgenreich bis heute: Die Missachtung des LBK-Entscheids durch den Senat hat zu einer weiteren Initiative geführt, mit der die Verbindlichkeit von Volksentscheiden eingefordert wurde. Der Volksentscheid ist zwar knapp an dem nahezu unerreichbaren Zustimmungsquorum gescheitert, die schwarz-grüne Koalition hat sich aber soeben darauf verständigt, dass diesem Begehren durch eine Verfassungsänderung Rechnung getragen werden soll. Eine neue Initiative zum Wahlrecht wird am Tage der Bundestagswahl zur Abstimmung führen und hat damit gute Chancen auf Durchsetzung.

Die Tageszeitung hat am 24. April 2008 mit einer Bilanz von „Mehr Demokratie" und einem Bericht über die laufende Initiative zum Flughafen Tempelhof aufgemacht. Fazit: Die Regierenden müssen ihre Macht zunehmend mit dem Volk teilen. Das Volk kann seine Teilhaberechte aber nur mit Hilfe starker, konfliktfähiger Organisationen durchsetzen. Wir erleben eine neue Form des Pluralismus, dessen Konturen sich immer deutlicher abzeichnen. Wohin unsere Republik damit letztlich steuert, lässt sich noch nicht völlig absehen. Nur eines steht schon jetzt fest: „Mehr Demokratie" leistet einen wesentlichen Beitrag zur Partizipation der Bürger am Staatshandeln und macht seinem Namen damit alle Ehre. Ich wünsche dem Verein zu seinem 20. Geburtstag weiterhin viel Erfolg auf seinem Wege.

Dr. Jürgen Kühling, Rechtsanwalt, ehem. Richter am Bundesverfassungsgericht

Die Zeit ist reif, plebiszitäre Elemente auch auf Bundesebene einzuführen.

Ein Leipziger Meinungsforschungsinstitut erschreckte vor kurzem mit dem Ergebnis, nur noch 60 Prozent aller Deutschen hätten Vertrauen in das demokratische System der Bundesrepublik Deutschland. Das ist alles andere als ein neuer Befund. Trotzdem ist es ein dramatisches Anzeichen für eine überall spürbare und messbare Entfremdung von Bürgerschaft und politisch Verantwortlichen.

Eine der Ursachen liegt sicherlich in einer für Deutschland eher politischen Ausnahmesituation begründet: der großen Koalition. Zwei so genannte Volksparteien, die um dieselben Wählergruppen konkurrieren und ideologische Unterschiede abschleifen, stützen eine Regierung mit verfassungsändernder Mehrheit.

Fast drei Jahre Bundesregierung Merkel haben das demokratische Vertrauen weiter erodieren lassen. Immer mehr werden politische Entscheidungen in den vorparlamentarischen Raum verlagert. Immer stärker werden politische Entscheidungsprozesse delegitimiert, indem beschlossene Gesetze gleich nach Inkrafttreten sofort wieder in Frage gestellt werden. Eine misslungene Föderalismusreform hat das Übrige dazu beigetragen, dass die Entfremdung in das demokratische System wächst. Nur wenn politische Entscheidungen nachvollziehbar sind, können die Bürgerinnen und Bürger am Wahltag wirklich entscheiden. Die zentrale Aufgabe der Politik, politische Entscheidungen transparenter zu gestalten, muss zurück auf die politische Agenda.

Gleiches gilt für die Stärkung der direkten Demokratie. Hier sind in den letzten zwanzig Jahren echte Fortschritte erreicht worden, etwa die Ausweitung der direkten Bürgerbeteiligung. Es ist ein bleibender Verdienst des Vereins Mehr Demokratie e.V., dass das Eintreten für mehr direkte Demokratie heute nicht mehr als falscher Gegensatz zur repräsentativen Demokratie verstanden wird. Immer mehr Parteien schreiben sich mehr direkte Bürgerbeteiligung auf die Fahnen. Und selbst in der Europäischen Union entstehen mit der Reform der EU-Verträge erstmals direkte Beteiligungschancen.

Die Zeit ist reif, dass, beginnend mit der Volksinitiative, zumindest schrittweise plebiszitäre Elemente auch auf Bundesebene eingeführt werden. Die Direktwahl der kommunalen Mandatsträger, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide haben das demokratische Engagement bereits gestärkt – und werden es durch eine weitere konsequente Ausweitung weiter stärken. Wenn aus der Bürgerschaft stärker Themen auf die politische Agenda gesetzt werden, wird auch der verhängnisvolle Trend zur inhaltsleeren politischen Inszenierung aufgehalten. Über die Inhalte, nicht die Verpackung, sollten wir künftig streiten.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB
Bundesministerin a. D., Stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion

Thomas Mayer

Zur Geburt von Mehr Demokratie e.V.

Mehr Demokratie e.V. hat dieses Jahr seinen zwanzigsten Geburtstag. Der Gründung von Mehr Demokratie e.V. geht eine lange Vorgeschichte voraus.

Die erste Initiative, die nach dem zweiten Weltkrieg die Frage der Volksabstimmung aufwarf, war wohl der 1951 von Peter Schilinski in Schleswig initiierte „Bund für Freie Volksabstimmung". 1971 gründete Joseph Beuys in Düsseldorf die Organisation für Direkte Demokratie durch Volksabstimmung. Er verlegte 1972 das Büro der Organisation in die Weltkunstausstellung documenta 5 in Kassel. 100 Tage lang sprach Joseph Beuys mit den Museumsbesuchern. Damals war er noch ein Rufer in Wüste.

Erst als sich in Deutschland eine Kultur der Bürgerinitiativen entfaltete (mit Friedensbewegung, Frauenbewegung, Anti-AKW-Bewegung, Ökobewegung usw.) und damit das Bürgerselbstbewusstsein erwachte, entstand langsam ein gesellschaftliches Interesse für die Idee der Volksabstimmung. Eine wichtige Etappe war die „Aktion Volksentscheid", gestartet 1982 zu den Hochzeiten der Friedensbewegung. Der Aufruf zu einer Petition an den Deutschen Bundestag wurde von Gerald Häfner, Berthold Hasen-Müller, Wilfried Heidt, Brigitte Krenkers, Peter Schata, Herbert Schliffka und Johannes Stüttgen unterschrieben. Einige dieser Freunde sind heute noch für die Volksabstimmung aktiv. Durch Anzeigen und eine Unterschriftenaktion konnte erstmals die Idee der Volksabstimmung einem breiteren Kreis bekannt gemacht werden. Das Symbol war der Hase mit der goldenen Sonne.

Im Mai 1986 initiierten dann Lukas Beckmann und Gerald Häfner die Aktion „Volksabstimmung gegen Atomanlagen". Über 580.000 Menschen unterschrieben den von 50 Prominenten unterstützen Aufruf. Zu dieser Zeit erschien auch die Dissertation von Claus-Henning Obst „Chancen direkter Demokratie in der Bundesrepublik". Dies war die erste in Deutschland erschienene umfassende wissenschaftliche Untersuchung zu unserem Thema.

Im September 1987 starteten Brigitte Krenkers, Johannes Stüttgen und weitere Freunde auf der documenta 8 in Kassel die Fahrt des „Omnibus für Direkte Demokratie in Deutschland". Die Achberger „Aktion Volksentscheid" begann die 500-Tage-Urabstimmung „Volksentscheid zum 23. Mai 1989". Und im Juli 1988 gründeten wir in Bonn den Verein „Initiative Demokratie Entwikkeln – IDEE". Unter den Gründungsmitgliedern war Angela von Bandemer, Lukas Beckmann, Gerald Häfner, Thomas Mayer und Daniel Schily. Gerald Häfner war damals Grüner Bundestagsabgeordneter – sein Bonner Abgeordnetenbüro war sehr hilfreich. Lukas Beckmann war mit dem Aufbau der Heinrich-Böll-Stiftung beschäftigt. So kam es, dass wir als erster öffentlicher Schritt in Zusammenarbeit mit der Böll-Stiftung im Herbst 1988 zu einem bundesweiten Demokratiekongress einladen konnten, zu dem über 100 Freundinnen und Freunde kamen. Im Keller der Böll-Stiftung, damals am Bonner Hauptbahnhof, fanden wir eine bescheidene Bleibe. Thomas Mayer und Daniel Schily zogen wegen der Gründung von IDEE nach Bonn und begannen im Büro zu arbeiten und vielseitige Aktivitäten zu entfalten.

Unsere Intention war damals, das Netzwerk, das durch die Aktion „Volksentscheid gegen Atomanlagen" entstanden war, weiterzuführen. Mit dem Verein IDEE e.V. wollten wir eine Struktur schaffen, so daß die Idee der Volksabstimmung nicht nur punktuell in der Öffentlichkeit auftaucht, sondern dauerhaft bearbeitet wird.

Dieser Anfang fand natürlich mit bescheidensten Mitteln, völligem Idealismus und von nur ganz wenigen Personen getragen statt. Schon bald erschien die erste Ausgabe der „Zeitschrift für Direkte Demokratie". Im Frühjahr 1989 beteiligten wir uns an der Organisation des Kongresses „Wer küßt die Republik". Durch die Initiative von Stephan Krawczyk starteten wir die Aktion „Volksentscheid über das sofortige Verbot von FCKW". Über 400.000 Unterschriften und ca. 2 Millionen DM gespendeter Anzeigenraum kamen zusammen! Turbulent ging es weiter: Wir fuh-

ren nach Schleswig-Holstein, um Einfluss auf die Einführung des landesweiten und kommunalen Bürgerentscheides zu nehmen. Die Mauer fiel. Wir mussten nach Osten, denn in den neuen Bundesländern entstanden Landesverfassungen. Dann die Reform des Grundgesetzes und das „Kuratorium für einen Bund Deutscher Länder" ...

Ich habe bisher immer von IDEE e.V. gesprochen. Wie kam es zu dem Namen „Mehr Demokratie e.V."? 1993 zogen Thomas Mayer, Brigitte Krenkers, Tim Weber, Ralph Kampwirth, später auch Michael Seipel nach München, um in Bayern ein Volksbegehren zur Einführung des kommunalen Bürgerentscheides zu starten. Das Aktionsbündnis einigte sich auf den Namen „Mehr Demokratie in Bayern" und so wurde der Trägerverein „Mehr Demokratie in Bayern e.V." gegründet. Über den Verein IDEE e.V., mit damals bundesweit ca. 150 Mitgliedern, wurden Spenden für das Volksbegehren gesammelt und außerbayerische Freunde zum Aktionsurlaub eingeladen. Nach dem grandiosen Erfolg des bayerischen Volksbegehrens am 1. Okt. 1995 lösten wir den Verein „Mehr Demokratie in Bayern" wieder auf. Dafür bekam der Verein IDEE e.V. den griffigeren Namen „Mehr Demokratie e.V."

Nachdem wir über zwei Jahre Bayern durchgearbeitet haben, richteten wir uns wieder auf die Einführung des bundesweiten Volksentscheides aus, unterstützten die Gründung von Landesverbänden und den Start weiterer landesweiter Volksbegehren zur Etablierung der Direkten Demokratie.

Auch wenn nicht immer alles so schnell ging, wie wir es uns dachten – im Blick über die Jahrzehnte eine äußerst erfolgreiche und von Engeln getragene Arbeit!

Thomas Mayer
Mitbegründer von IDEE, erster Geschäftsführer von Mehr Demokratie e.V.

1972: Rose für direkte Demokratie im Büro von Joseph Beuys auf der documenta in Kassel

Bascha Mika
Chefredekteurin der tageszeitung (taz)

**Demokratie ist schön,
aber anstrengend.
Mehr Demokratie e.V. weiß das.**

Mehr Demokratie heißt mehr Rückkopplung zwischen Regierenden und Regierten

Zunächst möchte ich „Mehr Demokratie“ zum 20-jährigen Bestehen herzlich gratulieren und meinen Respekt bekunden für das Engagement für mehr politische Partizipation über zwei Dekaden. Ich habe es sehr geschätzt, dass ich zu mehreren Veranstaltungen als Referent eingeladen war, sowohl in Deutschland wie in der Schweiz im Vorfeld von Landsgemeinden. Es hat mich auch gefreut, dass mein Buch „Direkte Demokratie. Ein internationaler Vergleich“ nach seinem Erscheinen 1994 für Mitglieder von „Mehr Demokratie“ eine Art Standardwerk war. Andreas Gross hat mir einmal erzählt, dass ihm sein Exemplar auf einer Deutschlandreise gestohlen worden sei. Hoffentlich ist der Dieb nachher wenigstens Mitglied bei „Mehr Demokratie“ geworden! Nun, ich habe Andreas Gross daraufhin mit einem neuen Exemplar aus meiner „eisernen Reserve“ versorgt, denn das Buch war ziemlich rasch vergriffen.

Demokratie ist ein Rückkoppelungsprozess zwischen Regierenden und Regierten. In der repräsentativen Demokratie findet dieser Rückkoppelungsprozess über die Wahl und Abwahl von Personen statt. Die direkte Demokratie ist eine zusätzliche Rückkoppelungsschlaufe auch über Sachfragen. Dieses verstärkte Feedback führt gewöhnlich zu besseren Politikergebnissen und zu einer stärkeren Responsivität der gewählten Politikerinnen und Politikern gegenüber dem Elektorat. Je mehr Wissen für eine politische Entscheidung genutzt wird und je mehr daran mitwirken können, desto besser ist die Entscheidung gewöhnlich und desto höher ist auch die Akzeptanz dieser Entscheidung. Freilich zahlt man dafür auch einen Preis, nämlich ein geringeres Entscheidungstempo und ein komplexeres Entscheidungsverfahren. Studien aus den USA und der Schweiz zeigen indessen, dass Staaten mit direkter Demokratie bezüglich der Politikergebnisse mit rein repräsentativen Demokratien durchaus mithalten können und dass sie bezüglich politischer Sozialisation und Kommunikation eindeutig die Nase vorne haben. Wenn

man sich auf der Website der Weltbank die Leistungen der Staaten in Bezug auf „Good Governance" ansieht (www.govindicators.org), so fällt auf, dass die Schweiz bei allen sechs Indikatoren Spitzenplätze einnimmt. Nun ist die direkte Demokratie bestimmt nicht die einzige Ursache dafür; geschadet hat sie aber auch nicht.

„Mehr Demokratie" hat in 20 Jahren in Deutschland schon viel erreicht. Die direkte Demokratie ist von unten nach oben gewachsen. Viel bleibt indessen noch zu tun, denn betrachtet man die Ausgestaltung der direktdemokratischen Institutionen, so gibt es noch zu viele Hürden bei der Einreichung von Volksbegehren, zu hohe Beteiligungs- und Zustimmungsquoren, „Finanzierungsvorbehalte", Tabuzonen, Sperrfristen usw. Das war in der Schweiz in der Regenerationszeit nicht anders (vor bald 180 Jahren!). Ob sich weiterer Erfolg einstellt, hängt auch von politischen Konstellationen ab, die man selbst nicht beeinflussen kann. Deshalb ist es wichtig, bereit zu sein mit Ideen und Konzepten, wenn sich das „Fenster der Gelegenheit" für kurze Zeit öffnet.

Aber nicht allein das Ergebnis des politischen Handelns ist wichtig, auch dessen Zustandekommen: Der demokratische Prozess, die Auseinandersetzung, sowohl innerhalb von „Mehr Demokratie" wie auch zwischen „Mehr Demokratie" und den politischen Parteien, staatlichen Institutionen und der Öffentlichkeit. Es ist richtig, dass eine Organisation wie „Mehr Demokratie" „Profis" in ihren Reihen hat. Auf der anderen Seite darf auch kein „politisches Unternehmen" daraus werden. Die selben Rückkoppelungsprozesse, welche der ganzen Gesellschaft gut tun, müssen auch innerhalb von Organisationen stattfinden. Bei „Mehr Demokratie" erst recht. Ich finde es immer wieder großartig, zu sehen, dass gerade junge Menschen sich für die direkte Demokratie begeistern. So wünsche ich „Mehr Demokratie" auch in den kommenden 20 Jahren viel Enthusiasmus, Kraft und Energie. Auch das Erreichte ist nicht für ewig gesichert, sondern muss, wie die Demokratie als Ganze, dauernd gelebt und veränderten Umständen angepasst werden.

Prof. Dr. Silvano Moeckli, Prof. für Politikwissenschaft, Universität St. Gallen

Plebiszitäre Elemente sind eine notwendige Ergänzung repräsentativer Demokratie

1988 beschlossen engagierte Bürgerinnen und Bürger in Bonn, mehr Demokratie zu wagen. Der Grundstein für den Verein „Mehr Demokratie" war gelegt. Ein wichtiges Ziel dieser Initiative war von Anfang an, das Recht auf Volksabstimmung einzuführen: In Gemeinden und Ländern, im Bund und in der Europäischen Union sollen die Menschen selbst über wichtige Sachfragen in fairen Abstimmungen entscheiden können.

In den 20 Jahren seines Bestehens hat der Verein „Mehr Demokratie" vieles bewegt. Er tritt entschieden dafür ein, die Bürgerinnen und Bürger stärker zu Wort kommen zu lassen und ihnen mehr Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte einzuräumen. In vielen Bundesländern wurden bereits sukzessive die Hürden für Volksabstimmungen und Volksentscheide gesenkt. Auch auf Bundes- und Europaebene wird über ein Mehr an direkter Demokratie nachgedacht. Der Verein „Mehr Demokratie" ist ein wichtiger Motor dieser Entwicklung.

Seit geraumer Zeit ist leider eine gewisse Staats-, Politik- und Parteiverdrossenheit spürbar. Diese negative Tendenz zeigt sich in einer sinkenden Wahlbeteiligung und in der rückläufigen Mitgliederentwicklung politischer Parteien. Politikverdrossenheit kann dort überwunden werden, wo die Bürgerinnen und Bürger überzeugt sein können, mit ihrem Engagement etwas zu bewirken. Elemente direkter Demokratie – wie Volksentscheide, Volksbefragungen und Volksbegehren - eröffnen den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, bei der Entscheidung wichtiger Sachfragen mehr Verantwortung zu übernehmen. Deshalb ist die Initiative „Mehr Demokratie" wichtig, denn sie sorgt dafür, dass die Bundesbürger sich aktiver am politischen Geschehen beteiligen können. Dabei gilt für mich: Plebiszitäre Elemente sind nicht Ersatz, aber wichtige und notwendige Ergänzung repräsentativer Demokratie.

Zum 20-jährigen Jubiläum der Initiative „Mehr Demokratie“ gratuliere ich ganz herzlich und bedanke mich für die innovativen Beiträge zur Stärkung der direkten Demokratie in Deutschland. Ich hoffe, dass der Verein seine zukünftigen Aufgaben weiterhin erfolgreich meistert und wünsche für die Zukunft alles Gute.

Peter Müller
Ministerpräsident des Saarlandes

Aus der Sammelaktion für den Bundesweiten Volksentscheid „Menschen für Volksabstimmung“

Die Entwicklung der Demokratie in Deutschland ist noch nicht beendet

Deutschland ist ein demokratisches Land. Das Volk entscheidet. Es entscheidet alle Jahre über seine Vertreter in den Parlamenten. Doch muss sich die demokratische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürgern etwa mit dem Kreuz auf dem Wahlzettel erschöpfen? Mitnichten. Denn es tut der Lebendigkeit einer Demokratie gut, wenn sich alle ihrer Träger nicht nur am Wahltag intensiv mit den Fragen und Herausforderungen befassen, sondern auch darüber hinaus. Eine nachhaltige Demokratie ohne eine engagierte Zivilgesellschaft - undenkbar! Wenn wir heute von der Demokratisierung anderer Staaten auf unserer Erde sprechen, dann meinen wir nicht nur demokratische Wahlen und Strukturen. Wir reden auch vom Aufbau einer Zivilgesellschaft, die Träger dieser Demokratie ist. Und auch in Deutschland ist die Entwicklung der Demokratie nicht an einem Endpunkt angekommen, so dass wir uns gemütlich zurücklehnen könnten - denn wir brauchen noch mehr Bürgerbeteiligung, wir brauchen noch MEHR DEMOKRATIE! Die Arbeit des Vereins ist daher von unschätzbarem Wert für unser Gemeinwesen. In den letzten 20 Jahren haben MEHR DEMOKRATIE e.V. und all die Aktiven erheblich dazu beigetragen, Bürger- und Volksentscheide auf kommunaler und Landesebene einzuführen bzw. auszuweiten. Der Verein artikuliert damit den Wunsch vieler Menschen, bei wichtigen Themen direkt mitentscheiden zu können. Und jene, die eher politikverdrossen sind, können gerade durch Bürgerentscheide dazu motiviert werden, ihrer Stimme Ausdruck zu verleihen. Ich gratuliere MEHR DEMOKRATIE e.V. und allen Engagierten herzlich zum 20. Geburtstag! Und wer weiß, zu was wir (und damit auch uns allen) in zehn Jahren gratulieren dürfen? MEHR DEMOKRATIE auf Bundes- und EU-Ebene...?!

Cem Özdemir, MdEP
Außenpolitischer Sprecher der Grünen im Europäischen Parlament

Hoffentlich doch noch mehr direkte Demokratie auch auf Bundesebene

Als Mitstreiterin von Mehr Demokratie e. V. beglückwünsche ich alle, die bereits vor mir dabei waren und die nach mir dazu stießen.

Als Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages danke ich allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern für ihr bürgerrechtliches Engagement.

Als Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE hoffe ich, dass wir demnächst doch noch zu mehr direkter Demokratie auch auf Bundesebene kommen.

Petra Pau, MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags

Direkte Bürgerbeteiligung auf Bundesebene und in der EU insgesamt einführen

Zum 20. Geburtstag von Mehr Demokratie gratuliere ich dieser wichtigen Initiative sehr herzlich. 20 Jahre Einsatz für die direkte Demokratie - also für mehr und direkte Beteiligung der Menschen an Entscheidungen, die sie selbst angehen - haben sich gelohnt: Nicht nur kennen inzwischen alle 16 Bundesländer direkte Bürgerbeteiligungen, sondern diese Volksentscheide haben geradezu Furore gemacht:

Soeben ist in Schwerin der dortige Oberbürgermeister durch Bürgerentscheid vorzeitig aus seinem Amt entfernt worden, weil er im Zusammenhang mit einer grausamen Kindesmisshandlung mit Todesfolge nicht richtig und angemessen reagiert hat.

In Berlin haben mehr als eine halbe Million Menschen sich für den Erhalt des Flughafens Tempelhof ausgesprochen. Zwar haben die Befürworter das für den Volksentscheid notwendige Quorum nicht erreicht und im übrigen hätte ein positiver Volksentscheid die Regierung von Berlin, also den Senat, juristisch nicht binden können.

Aber beide jüngsten Beispiele zeigen, dass Menschen, trotz aller beklagter Verdrossenheit, an politischen Themen interessiert und dass sie bereit sind, sich aktiv an der von ihnen gewünschten Gestaltung zu beteiligen.

Das ist ein großer Fortschritt, der hoffen lässt: Nämlich eine direkte Bürgerbeteiligung nicht etwa zu fürchten, sondern ihr zu vertrauen, so dass sie schließlich auf Bundesebene und in der EU insgesamt eingeführt werden kann. Wer sich beteiligt, zeigt und trägt Verantwortung!

Allerdings hat das jüngste Berliner Beispiel auch Schwächen jeder Volksbeteiligung deutlich gemacht: Zwei Oppositionsparteien hatten sich mit starken Kräften der Wirtschaft zusammengetan, um mit den Millionenbeträgen aus der Wirtschaft die Offenhaltung des Flughafens Tempelhof trotz des derzeitigen Baus des Großflughafens Berlin-Brandenburg-International zu erreichen. Sie haben dieses Ziel wider alle juristischen Möglichkeiten verfolgt. Hier bleibt ein fahler Nachgeschmack. Bürger und Bürgerinnen können sich „verschaukelt" fühlen, wenn sie für eine angeblich gute Sache mobilisiert werden, die im Endeffekt nicht etwa allen Bürgern genützt hätte, sondern den wirtschaftlichen Interessen einiger weniger.

Mehr Demokratie heißt also auch wachsam sein und Ziele von Volksbegehren, Volksinitiativen und Volksentscheiden so zu formulieren, dass sie, wenn sie erfolgreich sind, auch wirklich umgesetzt werden können und damit dem Volke zugute kommen.

Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit
Rechtsanwältin, Senatorin für Justiz a.D.

Bodo Ramelow

Vertrauen in die Bürger/innen

Demokratisch nennt sich jeder gern. Früher hatten wir im Osten eine deutsche Republik, die sich die Demokratie gleich mit in den Namen geschrieben hatte und im Westen regierten entweder Sozial- oder Christ-Demokraten (und kurze Zeit auch beide zusammen). Als dann im Osten die Menschen ihrer Republik einmal zeigen wollten, wie sie sich das mit der Demokratie eigentlich vorstellten, löste sich der Staat gleich auf. Mit allem hatte man gerechnet – aber nicht mit dem Volk.

Da experimentierte das Volk am „Runden Tisch" und probierte dort wirklich direkte Demokratie. In diesen Tagen wurde auch eine neue und gesamtdeutsche Verfassung entworfen, weil man daran glaubte, eine Wiedervereinigung nach Artikel 146 GG organisieren zu können. Und dazu brauchte man eine Verfassung, „die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist". Pustekuchen! Wo käme man da hin, wenn nun auch noch das Volk über seine Verfassung entscheiden solle? So wurde schlicht einfach der Osten auch Westen und die Menschen konnten fortan auch mitentscheiden, von welchen Demokraten sie regiert werden wollen – Demokratie schlechthin. Demokratie schlechthin?

Nein, es geht noch Mehr Demokratie! Vor zwanzig Jahren haben einige Bürgerinnen und Bürgen – Citoyens im besten Sinne – damit begonnen für diese Idee zu werben. Wenn die Macht vom Volke ausgehen soll, dann muss die repräsentative Demokratie durch direktdemokratische Elemente gestärkt werden. Volksbegehren und –entscheide und Parlamentarismus gehören zusammen – das Parlament als Standbein und die Bürgerentscheide als Spielbein der Demokratie! Die Bürger sollen mitgestalten anstatt nur zu erdulden, sie sollen abstimmen und argumentieren, werben und Vorschläge machen und nicht nur aller vier oder fünf Jahre ihre Stimme abgeben!

Eine gute Republik muss ihren Bürgern auf allen Ebenen die Möglichkeit geben, über bestimm-

te Fragen selbst zu entscheiden. Die Delegation von Entscheidungen an Mandatsträger hat in vielen Fällen ihre Richtigkeit. Es lassen sich aber nicht alle Wege vier oder fünf Jahre im Voraus planen, nicht alle Optionen lassen sich vorweg durch die Auswahl aus Wahlprogrammen klären. Hinzu kommt, dass nach der Wahl nicht gleich vor der Wahl ist und Wahlprogramme manchmal schnell vergessen sind. Bei der Mehrwertsteuererhöhung beispielsweise war die Regierung sogar sauer, weil das Volk nicht richtig verstand, wie aus einer gewünschten Anhebung von zwei Prozent bei der CDU und einer Beibehaltung des alten Werts bei der SPD, am Ende plötzlich drei Prozent Erhöhung beschlossen wurden.

Das Volk muss das Recht haben, über Fragen von hoher gesellschaftlicher Relevanz eine eigene Entscheidung zu begehren – Volksbegehren dürfen keine unbezwingbaren Hürden darstellen. Und Volksentscheide müssen wiederum fairen Regeln unterliegen.

Die ursprünglichen Verfassungsmütter und -väter der Bundesrepublik hatten nach 1945 in Westdeutschland ihre Gründe, nicht zu viel direkte Demokratie ins Grundgesetz aufzunehmen. Da gab es noch die Furcht vor zu viel Diktatur im Herzen der BürgerInnen. Deshalb wurden nur zwei Optionen im Bund zugelassen: Den schon erwähnten Artikel 146 und Artikel 29, der eine Volksabstimmung bei Länderneuordnungen vorsieht. Nachdem den Deutschen bereits die Abstimmung über ihre Verfassung vorenthalten wurde, gab es vor kurzem, in der zur Zeit laufenden Föderalismuskommission II, sogar Verlautbarungen von Seiten der Bundesregierung, dass Artikel 29 gestrichen werden solle – sehr konsequent, aber auch sehr falsch!

Gegner der direkten Demokratie sprechen den Bürgerinnen und Bürgern oftmals die Kompetenz ab, die Konsequenzen der (Volks-) Entscheidungen richtig einschätzen zu können. Die „Masse" sei nicht in der Lage in gleichem Maß die eigene Verantwortung zu erkennen wie ein gewählter Abge-

ordneter. Richtig ist, dass direkte Demokratie nicht allein durch die Möglichkeit zur Abstimmung bestimmt werden kann. Zum Funktionieren braucht die Demokratie auch unabhängige Medien und Verbindlichkeit. Diese Bedingungen müssen dem Bürger durch den Staat garantiert werden.

Um über eine Angelegenheit entscheiden zu können, muss der Mensch die Optionen kennen, er muss mit den Argumenten der verschiedenen Seiten vertraut sein. Dazu braucht es freie, unabhängige Medien, die eine Plattform für einen Wettbewerb der Ideen bieten. Frei und unabhängig – dazu gehören sowohl private wie öffentlich-rechtliche Medien. Eine Reduzierung auf die eine oder andere Variante wäre falsch, weil hinter beiden naturgemäß auch Interessen stehen.

Der Großteil der Informationen über eine Frage kann nur über die Medien verbreitet werden. Natürlich gehen dabei auch Nachrichten verloren, aber oft ist es nicht notwendig die Gesamtheit aller möglichen Details zu kennen. Entscheidend ist, dass die Menschen eine stabile Grundlage für ihre Entscheidung haben. Ein „hauptberuflicher" Politiker würde nicht anders verfahren. Im Gegenteil, durch das Eingebundensein in Fraktionen ist es manchmal eher zweifelhaft, ob jeder Abgeordnete sich immer um unabhängige Informationen bemüht.

Zweites wichtiges Kriterium für ein gelingendes direkt-demokratisches Element ist die Verbindlichkeit. Dazu ein kleiner Exkurs: Im vergangenen Jahr habe ich mir in Jena eine Kita angeschaut, die im Kinderweltenprojekt mitarbeitet. Dabei wird den Kindern der Zugang zur eigenen Identität vermittelt und schon Vierjährige üben sich in Demokratie. Mittels Muggelsteinen wurde da beispielsweise über die Farbe der neu anzuschaffenden Bettwäsche entschieden. Die Leiterin der Einrichtung gestand, wie schwer es ihr fiel, die Entscheidung der Kinder auch umzusetzen, vor allem weil es vielleicht die wenigsten bemerken würden, wenn eine andere Farbe angeschafft wird. Man könnte einfach sagen „Wir wollten entsprechend euren Wünschen grüne Bettdecken kaufen, aber weil sie ausverkauft waren, mussten wir doch die weißen nehmen." Wenn aber die Demokratie über den schönen Schein hinausreichen will, müssen Abstimmungen ernst genommen werden. Nur dann kann auch Verantwortung wachsen im Kleinen wie im Großen.

Deshalb plädiere ich dafür, den Bürgerinnen und Bürgern zu vertrauen und ihnen mehr Mittel in die Hand zu geben, mit denen sie ihre eigene und die Zukunft ihres Landes entscheiden können. Die Konsequenz aus der Deutschen Vereinigung und der Mut zur Demokratie, den die Ostdeutschen 1989/ 90 zeigten, sollte uns endlich motivieren nicht nur auf Landesebene sondern auf allen Ebenen endlich mehr Demokratie zu wagen! Wenn sich stattdessen der Eindruck verfestigt, dass „die da oben, eh machen, was sie wollen", riskieren wir auf Dauer den Zusammenhalt unsere Gesellschaft. Damit das nicht passiert, brauchen wir Mehr Demokratie!

Bodo Ramelow, MdB
Stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion Die Linke.

Wozu brauchen wir mehr Demokratie?

Zum 20. Gründungsjubiläum von „Mehr Demokratie“ gratuliere ich ganz herzlich. Der Verein steht für mehr demokratische Beteiligung, für mehr Mitwirkungsmöglichkeiten in Staat und Gesellschaft, für die Erweiterung der Bürger- und Freiheitsrechte, gegen Fremdbestimmung und politischen Paternalismus.

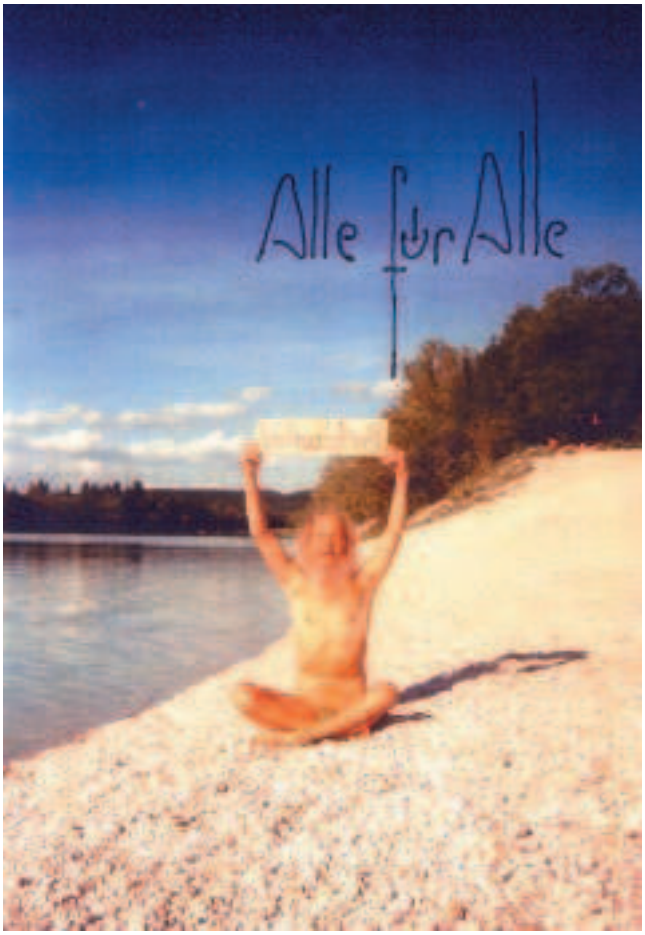
Das ist eine Linie, die es in Deutschland oft schwer hatte. Monarchie, Diktatur und Obrigkeitsstaat standen der Entfaltung von Demokratie und Selbstbestimmung lange entgegen - eine Wirklichkeit, die sich zum Beispiel in der Figur des “Diederich Heßling“ aus Heinrich Manns „Der Untertan“ spiegelte, und in der es für den selbstbewussten „citoyen“, wie er in der politischen Tradition Frankreichs so wichtig ist, oft nur allzu schwer war.

Wenn „Mehr Demokratie“ sich für erweiterte demokratische Möglichkeiten und für das Mittel des Volks- und Bürgerentscheids stark macht, dann geht es um Prozeduren in der gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsfindung. Bürgerinnen und Bürger sollen direkte Einwirkungsmöglichkeiten haben, sie sollen mitbestimmen bei wichtigen Fragen des gesellschaftlichen Lebens. Aber es geht auch ganz grundsätzlich um den Anspruch, gestaltendes Subjekt der eigenen gesellschaftlichen Wirklichkeit zu sein, um ein demokratisches Ideal von Entscheidungsfreiheit und Verantwortung – und um seine praktische Realisation.

Der Einsatz für dieses Ideal wird in einer Zeit, in der großkoalitionäres Regieren das Parlament an den Rand schiebt und im Land eine Wüste der Politikverdrossenheit hinterlässt, immer wichtiger. Überhaupt nicht hilfreich ist es, wenn Politik die Verfahren und Ergebnisse der direkten Demokratie abwertet, ignoriert oder für nicht bindend erklärt. Auch wenn ich die Ziele des Volksentscheids für die Offenhaltung des Flughafens Tempelhof nicht teile, es geht nicht an, dass Politik hier schon im Vorfeld erklärte, dass sie sich über das Ergebnis gegebenenfalls hinwegsetzen wird. Wer so handelt, entmutigt demokratisches Engagement.

Ich wünsche mir weniger Entmutigung und mehr politische Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, mehr citoyen-Bewusstsein und mehr aufrechten Gang in unserer Demokratie. Und ich freue mich, dass „Mehr Demokratie" hier ein so wichtiger und aktiver Bündnispartner ist.

Claudia Roth, MdB
Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Aus der Sammelaktion für den Bundesweiten Volksentscheid „Menschen für Volksabstimmung"

Jürgen Rüttgers

Stärkung der Demokratie - der repräsentativen ebenso wie der direkten.

Bei den zwanzig Jahren, auf die der Verein „Mehr Demokratie" im Juli dieses Jahres zurückblicken kann, handelt es sich nicht um einen abgeschlossenen Zeitraum, sondern zum Glück um einen offenen Prozess. Insofern ist zum 20. Geburtstag von „Mehr Demokratie" keine Bilanz zu ziehen. Vielmehr liegt es nahe, eine konstruktiv-kritische Bestandsaufnahme mit einem konkreten Ausblick in die Zukunft zu verbinden.

Zwischen dem Juli 1988 und dem Juli 2008 hat ein globaler Epochenwechsel von durchaus historischer Dimension stattgefunden. Gerade wir Deutsche im Herzen Europas bekommen seine Auswirkungen tagtäglich zu spüren. Das Ende des Kalten Krieges, die deutsche Wiedervereinigung, die Überwindung der Spaltung unseres Kontinents, die vertiefte europäische Integration, die weltweite Öffnung der Märkte und die fortschreitende technisch-industrielle Revolution haben einen Modernisierungsschub ausgelöst, der zusammen mit einem allgemeinen Wertewandel das politische Selbstbewusstsein der Menschen stark verändert hat. Während einerseits die Komplexität gesellschaftlicher und ökonomischer Probleme ständig zunimmt, wächst andererseits die Unzufriedenheit vieler Bürger mit Politikern, Parteien und Parlamenten. Manche sehen in einer Stärkung der direkten Demokratie eine Lösung des eben beschriebenen Entfremdungsproblems zwischen dem Bürger und seinem Staat. Nicht zuletzt „Mehr Demokratie" ist in diesem Sinne aktiv geworden und auch erfolgreich gewesen.

Dennoch hat sich das System der repräsentativen, parlamentarischen Demokratie in Deutschland im Ganzen betrachtet außerordentlich bewährt. Nicht ohne Grund steht unsere Verfassung plebiszitären Elementen auf Bundesebene sehr reserviert gegenüber. Die Sorge vor Demagogie und blankem Populismus in der politischen Auseinandersetzung mit möglicherweise fatalen Folgen für

das Gemeinwesen waren und sind nicht von der Hand zu weisen. Hinzu kommt die Verrechtlichung und Kompliziertheit politischer Entscheidungsprozesse in der Bundes- und Europapolitik, die einzelne Sachentscheidungen durch Bürgerentscheid praktisch unmöglich machen.

Etwas anders sieht die Situation in den deutschen Ländern aus. Hier existieren – in unterschiedlicher Intensität und Ausformung – inzwischen überall Erscheinungsformen direkter Bürgerbeteiligung, ohne dass es zu einer nennenswerten Beschädigung oder Schwächung der repräsentativen Demokratie und ihrer Verfassungsorgane gekommen wäre. In Nordrhein-Westfalen sind hier zu nennen Volksentscheid und Volksbegehren (Art. 2 u. 68 der Landesverfassung) sowie seit 2002 auch die Volksinitiative (Art. 67a). Bis auf das Volksbegehren gegen die Einführung der Kooperativen Schule im Frühjahr 1978 sind diese Instrumente direkter Demokratie in der Landesgeschichte Nordrhein-Westfalens jedoch nie zu einem erfolgreichen Einsatz gekommen und überhaupt nur zweimal angewandt worden (1974 und eben 1978). Einerseits kann man diese Zwischenbilanz als Beleg für die allgemeine Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem repräsentativen System auch auf Landesebene interpretieren. Andererseits zeigt sich rein praktisch das Mobilisierungsproblem, innerhalb einer bestimmten Verwaltungseinheit eine ausreichend große Anzahl der Wahlberechtigten in einer umstrittenen Einzelfrage außerhalb der regulären Wahltermine an die Urnen zu bringen.

Je unmittelbarer bestimmte politische Fragen freilich den Bürger in seinem direkten Lebensumfeld betreffen, je transparenter sie für ihn sind und je konkreter sich bestimmte Entscheidungsalternativen formulieren lassen, desto sinnvoller ist eine aktive Beteiligung der wahlberechtigten Bevölkerung an der Beschlussfassung der gewählten politischen Organe vor Ort. Eine solche Betei-

ligung entspricht nicht nur der politischen Klugheit, sondern auch dem Subsidiaritätsprinzip. In Nordrhein-Westfalen war es die damalige oppositionelle CDU, die gemeinsam mit den beiden anderen Oppositionsparteien FDP und Bündnis 90/Die Grünen sowie einer breiten Allianz aus Kommunalpolitikern sämtlicher Parteien und der Medien die Kommunalverfassungsreform von 1994 erzwungen hat. Seitdem ist die kommunale „Doppelspitze" in Nordrhein-Westfalen abgeschafft, können die Menschen ihren Bürgermeister oder Landrat in Persönlichkeitswahl direkt bestimmen und sind Bürgerentscheide und Bürgerbegehren in der Kommune zulässig.

Die entwickelte Zivilgesellschaft lebt vom Engagement und der Kompetenz ihrer Mitglieder. Umso notwendiger ist es, über das Instrument der politischen Bildung, aber auch durch solche Initiativen wie „Mehr Demokratie" bei den Menschen die Bereitschaft zum aktiven Einbringen ihrer selbst in das Gemeinwesen zu wecken und zu fördern. Demokratie lebt wie die Marktwirtschaft vom Wettbewerb. Vom Ideenwettbewerb der politischen Parteien untereinander ebenso wie vom Wettbewerb der Elemente direkter Demokratie auf kommunaler Ebene mit den Instanzen und Instrumenten der herkömmlichen repräsentativen Demokratie. Direktdemokratische Partizipationsformen sind so verstanden komplementäre Komponenten im gesamtpolitischen System. Sie zeugen dabei ebenso von einem im besten Sinne selbstbewussten Bürgertum wie auch von der zeitlich und inhaltlich begrenzten Handlungssouveränität der gewählten politisch Verantwortlichen.

Eine Stärkung des bürgerlichen Selbstbewusstseins bedeutet immer eine Stärkung der Demokratie, der repräsentativen ebenso wie der direkten. Auch wenn ich im Einzelnen nicht mit jedem Vorschlag von „Mehr Demokratie" konform gehe, wünsche ich dem Verein genau aus diesem Grunde zu seinem runden Geburtstag noch viele weitere erfolgreiche Jahre.

Jürgen Rüttgers
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Auch nach erfolgreichen 20 Jahren noch wichtige Aufgaben...

Wenn es heute ein wirksames Mittel zur Stärkung unserer Demokratie, gegen Politik- und Politikerverdrossenheit gibt, dann ist es die direkte Demokratie - durch und für die Bürgerinnen und Bürger.

Das Bündnis „Mehr Demokratie" hat ganz wesentlich dazu beigetragen, dass sich diese Erkenntnis durchsetzt und in der ganzen Bundesrepublik (und ja auch in anderen Ländern) immer mehr Elemente der direkten Demokratie eingeführt werden.

In meiner Heimatstadt Hamburg haben wir die Einführung der direkten Demokratie erst als Erfolgsstory erlebt, bis der CDU-Senat sie überging, dann behinderte und schließlich nur schwer überwindbare Hürden gegen sie errichtet hat.

Das Blatt können wir nun vielleicht wieder wenden. In den Koalitionsverhandlungen hat die GAL mit der CDU nun vereinbart, mit Mehr Demokratie über Regelungen für die Verbindlichkeit von Volksentscheiden und über die Festlegung von Zustimmungsquoren für die Änderung der Verfassung und den Beschluss von Gesetzen zu sprechen.

Dass GAL und CDU über die Volksinitiative „Mehr Demokratie – ein faires Wahlrecht für Hamburg" – nicht einig sind, ist im Koalitionsvertrag festgehalten. Die GAL wird bis zum Tag der Bundestagswahl 2009, an dem auch der Volksentscheid stattfindet, für mehr Demokratie werben.

Festzuhalten bleibt: Auch nach 20 erfolgreichen Jahren hat die Initiative noch wichtige Aufgaben! Diese Aufgaben zu meistern, weiterhin gut zu argumentieren und mit guten Kampagnen aufzufallen, um überkommene Vorurteile abzubauen und überholte Strukturen zu reformieren, dabei wünsche ich weiterhin viel Erfolg.

Krista Sager, MdB
Stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Goldene Demokratie-Käfig: „Einmal wählen, vier Jahre stumm"

Eine überparteiliche „Institution“ für demokratische Verfassungspolitik

Dass „Mehr Demokratie“ 1988 entstanden ist und sich kräftig entwickelt hat, ist ein Glücksfall für die Demokratie in Deutschland. Schon seit den späten 1960er Jahren hatten viele Bürgerinnen und Bürger, vor allem junge Leute, in Bürgerinitiativen, Protestgruppen und neuen sozialen Bewegungen Willy Brandts Schlagwort „Mehr Demokratie wagen!“ zunehmend Leben eingehaucht und dem Wunsch nach erweiterten Beteiligungsmöglichkeiten Ausdruck verliehen. Die „Grünen“ mit ihrer proklamierten Basisdemokratie brachten diesen Impuls schließlich in die Parlamente und förderten die Debatte um die Verbesserung der demokratischen Beteiligungsverfahren einschließlich der direkten Demokratie.

„Mehr Demokratie“ trat in diese Entwicklung Ende der 1980er Jahre als *überparteiliche* Stimme ein, als Interessengruppe für das öffentliche Interesse, deren Mitglieder sich der Demokratieförderung als solcher verschrieben hatten. Gegenüber den Schwachstellen der Parteiendemokratie suchten sie nach Möglichkeiten, um beteiligungswillige Bürgerinnen und Bürgern auf dem Weg zu neuen Teilnahmeformen zu unterstützen. Dazu bieten sich Bürgerbegehren und Bürgerentscheid auf der kommunalen und Volksbegehren und Volksentscheid auf der Landesebene und der Bundesebene an. Glückliche Umstände der Verfassungsreform in Schleswig-Holstein 1990 und der demokratischen Verfassungsgebung in den neuen Bundesländern im Zuge der deutschen Einheit gaben diesen Ansätzen neuen Schwung. Seitdem hat sich „Mehr Demokratie“ in diesem gemeinwohlorientierten Arbeitsfeld der Demokratieentwicklung unentbehrlich gemacht.

Wir haben uns daran gewöhnt, dass gegen Auswüchse und Missbräuche der Parteienherrschaft und ihrer institutionellen Grundlagen das Bundesverfassungsgericht angerufen werden kann und öfters auch wichtige Korrekturentscheidungen trifft (z. B. bei der Parteienfinanzierung). Das (reaktive) Abstellen der gröbsten Missstände reicht freilich nicht aus. Doch wer steht für

„proaktive" Initiativen für Demokratieverbesserung, für die „Demokratisierung der Demokratie"? Dafür gibt es keine institutionelle „Zuständigkeit". Überhaupt kann sich eine demokratische Verfassungspolitik nicht auf eine geborene Instanz stützen.

Der Gesetzgeber, auch der formelle Verfassungsgesetzgeber, setzt sich ja in den Parlamenten aus den Parteien zusammen, die strukturell kein primäres Interesse an Demokratisierung jenseits der parlamentarischen Repräsentation haben. Die Konkurrenz der Volksgesetzgebung betrachten sie allzu häufig mit Argwohn. Nichtparteiliche und überparteiliche Akteure sind daher für eine Politik der Dynamisierung der Demokratie unabdingbar. Dieser Aufgabe hat sich „Mehr Demokratie" mit großem Engagement und ebenso großer Glaubwürdigkeit gestellt. Öffentliche Informationsangebote und inhaltlich klare Argumentation tragen dazu ebenso bei wie die Offenheit für Netzwerk- und Koalitionsbildung und die geduldige Vermittlung zwischen parteipolitisch verhakten Positionen. Auch die Informationsarbeit für, mit und durch die Medien und die Verzahnung mit der Wissenschaft hat die Reformprozesse vorangebracht.

Demokratisierungserfolge in vielen Bundesländern, insbesondere im weiteren Ausbau der direkten Demokratie und bei Reformen des Wahlrechts, zeugen von dieser hartnäckigen Arbeit. So ist „Mehr Demokratie" nach zwei Jahrzehnten in Deutschland eine „Institution" geworden, auf die sich Bürgerinnen und Bürger bei der Weiterentwicklung der demokratischen Verfassung des Landes stützen können. Auch für die Zukunft wartet hier noch viel Arbeit.

Prof. Dr. Theo Schiller
Leiter der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie Marburg

Liebe Mitglieder und Freunde des „Mehr Demokratie e.V.“,

dem bereits 20jährigen unermüdlichen Einsatz von „Mehr Demokratie e.V.“ ist es zu verdanken, dass wir in der Frage der Volksbegehren auf Länderebene in zahlreichen Bundesländern bereits eine deutliche Verbesserung erreicht haben. Leider gibt es in einigen Bundesländern noch immer zu hohe Hürden, die die rege Nutzung von Volksbegehren erschweren.
Ich bin aber zuversichtlich, dass die Tatkraft und der weitere Einsatz von „Mehr Demokratie e.V.“ auch diese Hürden noch senken kann und ich glaube auch, dass „Mehr Demokratie e.V.“ es noch schaffen wird, die überfälligen Volksbegehren auf Bundesebene einzuführen. Ich wünsche „Mehr Demokratie e.V.“ und seinen Mitgliedern noch viel Engagement und weiterhin viel Durchsetzungsvermögen. Der stete Tropfen höhlt den Stein!

Mit freundlichen Grüßen

Renate Schmidt, MdB
Bundesministerin a.D.

Mit der Demokratie ist es wie mit einer Schwangerschaft:

Entweder begründet eine Verfassung eine Demokratie oder eben nicht. Leider ist das nicht so einfach, denn in einer sozialen und gesellschaftlichen Gemeinschaft gibt es immer wieder Strömungen und Gruppierungen, die die demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger einschränken wollen: sei es aus Angst um Macht- und Einflussverlust, sei es aus Rechthaberei, sei es aus Geldgier oder um Erfahrungen aus der jüngeren Geschichte für immer den Garaus zu machen. In jedem Fall handelt es sich um ein Misstrauen gegenüber der Urteils- und Entscheidungsfähigkeit der Wählerinnen und Wähler. Aber gerade das Vertrauen in die Gemeinschaft des Wahlvolkes begründet die Existenzberechtigung der Demokratie, selbst wenn man sie als die Beste unter den schlechten Staatsformen bezeichnen will.

Dem Wählerwillen eine Schneise in die verschlungenen Pfade unserer Demokratie geschlagen zu haben und dabei nicht nachzulassen, ist ein Verdienst von Mehr Demokratie, das man nicht hoch genug veranschlagen kann. Wenn Wohl und Wille der Bürgerinnen und Bürger unseres Gemeinwesens mindestens gleichberechtigt neben finanziellen, parteipolitischen oder Machtinteressen stehen, dann sind wir einem Teil unserer Demokratie näher gekommen, der bislang, leider immer noch, vernachlässigt wird. Auf dem weiteren Weg dorthin wünsche ich Mehr Demokratie e.V. viel Glück und Durchhaltevermögen.

Walter Sittler
Deutscher Schauspieler

Mut zu mehr Demokratie

Max Stadler

20 Jahre „Mehr Demokratie e.V.", 20 Jahre engagierte Arbeit für mehr Mitbestimmung und Bürgerbeteiligung. Ich möchte dem Verein - auch im Namen der FDP - herzlich zu seinem 20. Geburtstag gratulieren und wünsche für die weitere Arbeit an diesem Thema viel Erfolg.

Der Verein Mehr Demokratie e.V. formuliert sein Ziel wie folgt:
„Unser Ziel ist es, das Recht auf Volksabstimmung durchzusetzen. In Gemeinden und Ländern, im Bund und in der Europäischen Union sollen die Menschen über wichtige Sachfragen in fairen Abstimmungen entscheiden können."

Wir Liberalen unterstützen die Forderung nach stärkerer Bürgerbeteiligung:
Die Bundesrepublik Deutschland ist eine parlamentarische Demokratie. Das heißt: Die vom Volk gewählten Abgeordneten entscheiden über Gesetze und politische Fragen.
Das politische System der Bundesrepublik Deutschland hat sich bewährt.
Die politische Stabilität der Bundesrepublik Deutschland und das in mehr als 55 Jahren ausgereifte demokratische Bewusstsein ihrer Bürgerinnen und Bürger rechtfertigt eine Fortentwicklung dieses Systems.
Die Liberalen sprechen sich dafür aus, die historisch bedingte, heute aber nicht mehr zeitgemäße Ablehnung plebiszitärer Strukturelemente unserer Verfassung zu überwinden und den aktuellen Gegebenheiten anzupassen.

Die FDP tritt nachhaltig dafür ein, die Bürgerinnen und Bürger stärker zu Wort kommen zu lassen und ihnen mehr Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte einzuräumen.
Der Wunsch und die Bereitschaft der Bevölkerung, Verantwortung für eine aktive Bürgergesellschaft zu übernehmen und an ihrer Ausgestaltung mitzuwirken, gebieten es, die parlamenta-

risch-repräsentative Demokratie um direkte Beteiligungsrechte für Bürgerinnen und Bürger zu ergänzen.

Staats- und Parteienverdrossenheit sind die größten Feinde einer aktiven Bürgergesellschaft. Eine negative Einstellung der Bürger in Bezug auf politische Aktivitäten und Strukturen führt zur mangelnden Partizipation am politischen Prozess. Hier sollte gegengesteuert und den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, sich über Elemente direkter Demokratie an der politischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu beteiligen und bei Entscheidungen wichtiger Sachfragen mehr Mitspracherechte und somit mehr Verantwortung zu erhalten.

Das Vertrauen in das demokratische Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger führte zur erfolgreichen Einführung direkter demokratischer Elemente in allen 16 Bundesländern.
Hieran war der Verein „Mehr Demokratie" maßgeblich beteiligt.
Durch intensives Engagement ist es nicht zuletzt dem Verein bzw. deren Vorläufer zu verdanken, dass in Bayern im Jahre 1995 mit einem erfolgreichen Volksbegehren für direkte Demokratie in den Gemeinden die Einführung kommunaler Bürgerentscheide genommen wurde.
Auch gelang es Mehr Demokratie e.V. bereits 1989 in Schleswig-Holstein, 2000 und 2002 in Nordrhein-Westfalen sowie 2005 in Berlin in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Landesregierung die Bedingungen für die landesweite und kommunale direkte Demokratie zu verbessern.

Auf Bundesebene dauern die Diskussionen zu der Grundentscheidung für mehr direkte Demokratie noch an.
Im politischen Raum herrschen bislang noch prinzipielle Bedenken gegen die Einführung dieser Instrumente, weil befürchtet wird, dass damit die bewährte Balance von repräsentativer Demokratie und Volksbeteiligung ins Wanken geraten könnte.

Die FDP teilt diese Bedenken nicht und hat in einem eigenen Gesetzentwurf Voraussetzungen für die Übernahme von (Mit-)Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger für politische Entscheidungen geschaffen:

Mit unserem Vorschlag zur Einführung der unmittelbaren Bürgerbeteiligung durch Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid auch auf Bundesebene wollen wir erreichen, dass das Volk als Träger der Staatsgewalt über die Teilnahme an Wahlen hinaus einen unmittelbaren Einfluss auf die politische Willensbildung wahrnimmt.

Wir hoffen, dass die Debatte um die Einführung von plebiszitären Elementen in das Grundgesetz einen erfolgreichen Abschluss findet und danken dem Verein „Mehr Demokratie“ für seine engagierte und fachkundige Unterstützung.

Max Stadler, MdB
Stellvertretender Vorsitzender des Innenausschusses und des Parlamentarischen Kontrollgremiums

Hans-Christian Ströbele

20 Jahre „Mehr Demokratie e.V.“ Schon viel erreicht, noch mehr zu tun

Mehr Demokratie. Das ist nicht nur der eingetragene Verein „Mehr Demokratie“ – das war und ist noch immer eine Bewegung, eine demokratische Forderung, eine Grundüberzeugung. Die Forderung nach mehr direkter Demokratie ist aktuell wie eh und je.

Die Neue Linke der sechziger Jahre wollte mehr Basisdemokratie jenseits der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik und des Realen Sozialismus. Wir sahen die Alternative in einer Rätedemokratie, in der jeder in allen wichtige Fragen der Gesellschaft mitdiskutiert und mitentscheidet. In Räten auf kommunaler-, auf Landes- und Bundesebene. Die europäische Ebene war noch kein Thema. Der Stand der Produktionsverhältnisse schien uns für alle Bürger möglich zu machen und genügend Zeit zur Verfügung zu schaffen, ihre Gesellschaft selbst zu bestimmen. Heute sehe ich diese Utopie etwas realistischer.

Ende der siebziger Jahre wollten die neu gegründeten Alternativen Listen und Die Grünen anders als die anderen Parteien sein und eine andere Republik mit mehr Basisdemokratie. Imperatives Mandat, die Trennung von Amt und Mandat, Rotation der Mandatierten, Volksentscheide und die Vollversammlungen aller Mitglieder gehörten zum selbstverständlichen Selbstverständnis. Heute sehe ich mit Bedauern, was schon alles auf der politischen Strecke geblieben ist.

Und doch hat sich einiges getan. Der vor gut 20 Jahren gegründete Verein hat dazu beigetragen.

Anträge auf Grundgesetzänderungen zur Einführung von Volksentscheiden haben im Bundestag schon Mehrheiten, wenn auch noch nicht die notwendige von zwei Dritteln der Abgeordneten. Und auf Länderebene gibt es mehr und mehr solche Möglichkeiten von mehr demokrati-

scher Mitbestimmung der Bevölkerung. Und es gibt eine wachsende Praxis, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen.

In meinem Wahlkreis in Berlin laufen kurz nach der Einführung schon fünf Volksbegehren zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Themen sind Rekommunalisierung der Wasserversorgung, „MediaSpree versenken" (industrielle Neubebauung am Spreeufer in Friedrichshain), der Versuch, die Straßenumbenennung in Rudi-Dutschke-Strasse zu verhindern, und „Tempelhof muss Verkehrsflughafen" bleiben; dazu kommt noch die Initiative zur Änderung des Berliner Wahlrechts.

Doch Mehr Demokratie e.V. fordert mich als Abgeordneter noch in anderer Weise heraus: Die Plattform „abgeordnetenwatch", ein uneheliches Kind des Vereins, beschäftigt mich inzwischen in vielen freien Arbeitsstunden. Sie hat sich einen festen Platz in der Internet- und Medienlandschaft gesichert.

In der Kommunikation zwischen Bevölkerung und Abgeordneten steht nicht mehr der Journalist, der die Fragen vorgibt und die Informationen bündelt. Das hat für beide Seiten einen hohen Reiz. Viele Bürgerinnen und Bürger möchten ihren Abgeordneten direkt ansprechen, mit Fragen und Probleme konfrontieren und durch den Druck der Veröffentlichung zu konkreten Antworten veranlassen. Die Veröffentlichung trägt dazu bei, dass Fragen nicht doppelt, drei- oder zehnfach, manchmal gar hundertfach gestellt und die Antworten ebenso häufig kritisiert oder mit Anmerkungen versehen werden.

Doch auch für die Abgeordneten hat die Plattform ihren Reiz. Gerade die Vielfalt der Anfragen, Darstellungen und Rückmeldungen führt zu einer kontinuierlichen Information und Auseinan-

dersetzung mit den Gegebenheiten, die die Wählerinnen und Wähler umtreibt. Das neue Medium ergänzt und erweitert die Kommunikation zwischen Abgeordneten und Bevölkerung über die in der Bahn, auf der Straße, in der Kneipe oder auf Veranstaltungen hinaus.
Ich musste es auch erst zu schätzen lernen.

Selbstbestimmte Kommunikation wird gefördert und vertieft, wenn die Kommunikation nicht durch Fernsehen und Zeitungen gebündelt und gesteuert wird, sondern breite Netzwerke von Ansprache und Austausch entstehen.

Die neuen Medien kosten viel Zeit, sie sind nicht ohne Risiko, aber sie eröffnen auch unendlich viele neue Chancen für direktere Demokratie. Über sie kann nicht nur noch viel mehr Kommunikation zwischen Bevölkerung und Abgeordneten laufen, sondern es können auch Kommunikationsprozesse in der Bevölkerung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern direkt untereinander und auch demokratische Entscheidungsprozesse organisiert werden.
Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt.
Vielleicht wird die Utopie einer direkten Demokratie damit auch wiederbelebt hin zu Selbstbestimmung und Selbstregierung der Bevölkerung durch virtuelle Räte.
Da gibt es noch vieles zu erfinden und auszuprobieren. Ein weites Betätigungsfeld auch für Mehr Demokratie e.V.

Daneben muss die tägliche Arbeit für mehr Demokratie weitergehen. Neue Wahlgesetze tun Not im Bund und in den Ländern. Das faktische Monopol der Parteien bei der Bestimmung der Reihenfolge der Kandidaten der Wahllisten muss gebrochen werden. Die Bevölkerung sollte mit dem Stimmzettel mehr Einflussmöglichkeiten bekommen etwa durch Kumulieren und Panaschieren, wenn sie schon nur alle vier Jahre gefragt wird.
Nicht alles, was Mehr Demokratie e.V. zur Änderung des Wahlrechts vorschlägt, muss man gut und richtig finden. Aber soll auch dieser Bereich der Gesetzesnovellierung den Parteien überlassen bleiben. Das wäre fürwahr keine Alternative. Die Parteien wirken nach dem Grundgesetz bei der politischen Willensbildung des Volkes mit, aber sie dürfen doch nicht allein bleiben beim Wirken.

Da braucht es unabhängige Gruppen und Bewegungen wie Mehr Demokratie e.V.

Und es ist ein weiteres Betätigungsfeld für die Demokratiebewegung eröffnet: Europa.
Auch in Europa sollte die Demokratieentwicklung nicht den Parteien allein überlassen bleiben.
Sonst wird nicht nur doch noch wahr, dass eine EU-Verfassung ohne Referendum installiert wird,
sondern noch mehr solcher undemokratische Horrorvorstellungen.
Eine Aufgabenfülle für „Mehr Demokratie e.V." und seine Aktiven. Es bleibt noch viel zu tun für
uns alle, die mehr direkte Demokratie und Selbstbestimmung wollen.

Viele Gründe zum Feiern für Mehr Demokratie e.V.

Hans-Christian Ströbele, MdB
Stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Plebiszitäre Elemente auf Bundesebene würden den Abstand von Volksvertretung und Bevölkerung verringern

Ich freue mich aus Anlass des 20. Geburtstages von „Mehr Demokratie“ e.V. ein Grußwort an Sie richten zu können. Leider kann ich aus terminlichen Gründen der freundlichen Einladung, auch persönlich teilzunehmen, nicht folgen.

Zunächst möchte ich „Mehr Demokratie e.V.“ herzlich danken für 20 Jahre erfolgreichen und engagierten Einsatz für mehr Bürgerbeteiligung in den Kommunen, auf Landes- und Bundesebene, wie auch in der EU. Politik ist auf eine aktive, verantwortungsbewusste und vor allem interessierte Mitarbeit von Bürgerinnen und Bürgern angewiesen. Demokratische Willensbildungsprozesse werden durch Bürgerinitiativen und Vereine belebt. Sie erzwingen die Diskussion wichtiger Themen und bereichern unsere politische Kultur. Der Bürgerdialog bedeutet mehr Demokratie. Ich möchte „Mehr Demokratie“ e.V. daher ermuntern, die Parteien auch in Zukunft stets aufs Neue zu fordern.

Elemente direkter Demokratie in unterschiedlicher Ausgestaltung und Intensität gibt es mittlerweile in sämtlichen Bundesländern. Dies ist nicht zuletzt auch ein Verdienst der stetigen Arbeit von „Mehr Demokratie“ e.V. Von vielen wird die Ergänzung des repräsentativen, parlamentarischen Demokratiesystems durch Formen direkter Demokratie als angemessene Antwort auf die Entfremdungstendenzen zwischen Bürger und Politik und die stetig steigende Politikverdrossenheit gesehen.

Auch ich bin der Ansicht, dass sich durch direkte Volksbeteiligung das Interesse an der Mitgestaltung des Gemeinwohls steigern lässt. Das gilt insbesondere für kommunale Belange. In gesetzlich festzulegenden Grenzen sollen Volksbegehren und Volksentscheide aber auch auf Bundesebene parlamentarische Entscheidungen ergänzen. Zuletzt haben wir das auf dem Hambur-

ger Parteitag im Oktober 2007 beschlossen. Auch im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, dass die Einführung von Elementen der direkten Demokratie „geprüft" werden soll. Wir Sozialdemokraten müssen aber nach 2,5 Jahren Große Koalition feststellen, dass die Bereitschaft der Union, mit uns in ernsthafte Gespräche über die Ausweitung der Bürgerbeteiligung zu treten, nicht sehr ausgeprägt ist. Oder anders ausgedrückt: Die Union weigert sich mit uns darüber zu verhandeln. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Auch wenn ich die Vorteile direkter Beteiligungsformen anerkenne, so möchte ich betonen, dass die regelmäßige Durchführung von Wahlen das wichtigste Instrument zur Rückbindung politischer Entscheidungen bleibt. Die repräsentative Demokratie ist die Demokratieform, die einem modernen und entsprechend komplexen Flächenstaat angemessen ist. Das Volk konstituiert Organe, deren Auftrag periodisch überprüft wird. Das Repräsentativsystem ermöglicht notwendige Kompromisse und nicht nur die Lösung von Einzelfragen. Es wird den komplexen Problemen der Gegenwart auch dadurch gerecht, dass die Parlamentarier sich einerseits spezialisieren können und andererseits in den politischen Willen der Fraktion eingebunden sind. Nicht zu vergessen ist auch der wachsende Abstimmungsbedarf innerhalb unseres föderalen Staates, sowie der europäischen Mitgliedsstaaten. Es ist augenfällig, dass die in diesem Kontext notwendigen Entscheidungen zum größten Teil nicht im Wege direkter Beteiligung gelöst werden können.

Ich bin überzeugt, dass die Einführung von plebiszitären Elementen auf Bundesebene zu einer Verminderung des Abstands zwischen Volksvertretung und Bevölkerung beitragen würde. So könnten wir die Akzeptanz unseres politischen Systems wieder erhöhen. Das ist im Interesse all derjenigen, die sich um eine stabile Demokratie sorgen.

Weiterhin auf eine gute und konstruktive Zusammenarbeit!

Dr. Peter Struck, MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Johannes Stüttgen

Die Realisierung der direkten Demokratie eine Sache der Kunst?

Fast jedes Mal, wenn ich über meine Arbeit z. B. mit dem OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND berichte oder über den Erweiterten Kunstbegriff von Joseph Beuys referiere, ist einer oder eine unter den Zuhörern, der oder die mich fragt, ob ich denn außerdem auch noch Kunst mache. Spätestens dann wird mir klar, wie wenig das bis dahin von mir Vorgebrachte begriffen worden ist. Es geht bei dir, heißt es dann regelmäßig, immer nur um die „Begriffe", folglich, so der Schluss, handele es sich um Philosophie, um Theorie.

Wende ich dann ein: ja, aber meine Arbeit für die direkte Demokratie ist doch keine Theorie, sondern der ganz praktische Versuch, die vorliegenden gesellschaftlichen Bedingungen zu verändern, umzuwandeln, höre ich: Das ist aber Politik und nicht Kunst! Antworte ich dann, es sei schon deswegen nicht Politik, weil ich hier keine eigenen Interessen durchsetzen will und schon gar nicht Machtambitionen verfolge, tönt es zurück: Du willst eben eine ganz neue Gesellschaftsform – wörtlich: „ein ganz neues System" -, das aber ist Utopie oder Idealismus!

Kurz, als Kunst ist das, was ich tue, wenn überhaupt, nur schwer zu vermitteln. Warum bestehe ich dann so trotzig darauf? Nun, einmal, weil ich mich nur an das halten kann, was ich – um es mal so auszudrücken: am eigenen Leib erfahren habe, und ich auf die Demokratiefrage durch die Kunst gestoßen bin. Und dann, weil das, was wirkliche Demokratie ist, nur in der Kunst begründet werden kann. Ich füge, um den üblichen Missverständnissen gleich vorzubeugen, hinzu: die Demokratie (hier immer: die direkte Demokratie) ist eine Sache der Kunst, nicht aber ist die Kunst eine Sache der Demokratie (auch nicht der direkten). Dem Einwand, dies sei reichlich hochgestochen und elitär, es genüge zu sagen, die direkte Demokratie sei ein zutiefst menschlicher Anspruch, ein also im Menschen verankertes Recht, das sich in der Gegenwart zunehmend Geltung verschafft, stim-

me ich im zweiten Teil zu, im ersten Teil weise ich ihn zurück. Nichts nämlich ist in der Gegenwart so dringlich aber auch so vage wie die Maxime der Menschlichkeit – so dringlich, weil sie in der Tat das Bedrohteste ist, so vage, weil sie noch nicht auf den Begriff gebracht worden ist und deshalb von allem am leichtesten ideologisch missbraucht werden kann. Ich unterscheide also zwischen Ideologie und Begriff. Und der Begriff des Menschen (und Menschlichen), der zweifellos in der Tiefe von jedem von uns wirkt und sogar rumort und er, je entschiedener er nach oben, d. h. ins Bewusstsein drängt, nur um so verbissener zurückgedrückt wird, verbirgt sich in der Kunst – allerdings wiederum in ihrem Begriff! Das begreife, wer will – und was mich betrifft: Ich will es! Womit ich zugleich auch sagen will, dass auch ich es noch kaum begriffen habe. Von „elitär" kann insofern wahrhaftig nicht die Rede sein. Wohl aber von einem hohen Anspruch!

Es ist dieser hohe Anspruch, der mich auf die Notwendigkeit der direkten Demokratie gestoßen hat, dies übrigens vor fast vierzig Jahren. Damit komme ich zum Anlass dieses Textes: das 20-jährige Jubiläum von „Mehr Demokratie e.V.". Als nämlich „Mehr Demokratie" vor 20 Jahren entstand, war die Aktion für direkte Demokratie in Deutschland fast ebenso lange Zeit schon zugange. Ende der 1960er Jahre gab es gleich zwei Initiativen (die sich schon bald miteinander verbanden) – die eine, die von „Withues" auf Sylt ausging, von Peter Schilinski, der dann gemeinsam mit Wilfried Heidt das Zentrum in Achberg am Bodensee gründete – die andere in Düsseldorf, begründet von Joseph Beuys, an der auch ich beteiligt war. Über letztere habe ich zu berichten, will mich aber kurz fassen (eine umfassende Gesamtdarstellung wird im Herbst dieses Jahres ein Buch – Titel: Der Ganze Riemen – nachgeliefert).

Joseph Beuys war, als er 1970 in der Düsseldorfer Altstadt, Andreasstraße 25, das Büro der Nichtwähler (1971 umbenannt in Organisation für direkte Demokratie durch Volksabstimmung) eröffnete, Professor für Bildhauerei an der Staatlichen Kunstakademie Düsseldorf. Und, um das sofort hinzuzufügen, damit nicht alles auch hier wieder in die falsche Richtung läuft: Diese Aktion war nicht der übliche, ehrenwerte Einsatz eines prominenten Kulturträgers, parallel zu seiner Haupt-

profession, im politischen Feld, sondern die logische Folge dieser Profession selbst. Ihre konsequente Beachtung führte 1972 z.B. dazu, dass er das Büro der Organisation für direkte Demokratie auf der documenta 5 in Kassel als seinen künstlerischen Beitrag präsentierte, aber auch, dass er unmittelbar im Anschluss daran vom NRW-Wissenschaftsminister als Professor gekündigt wurde. Beuys war nicht ein Künstler, der sich außerdem auch noch politisch engagierte. Für ihn gab es gar keine Politik, sondern nur die Kunst! Was er den Erweiterten Kunstbegriff nannte, war nichts anderes als der Anspruch der Kunst selbst, sich all der Felder der menschlichen Arbeit anzunehmen, die bisher als Nichtkunst aus der Zuständigkeit der Kunst ausgeklammert waren. Und die besetzt waren von anderen Kräften, solchen nämlich, die ihre eigenen Interessen vor das Interesse an einer stimmigen, d.h. dem Menschen (dem Menschlichen) adäquaten Form des Ganzen schoben. Ist, könnte man hier fragen, etwas anderes überhaupt möglich?

Das allerdings ist überhaupt die Schicksalsfrage unserer Epoche. Wer sie verneint, muss sich auch nicht um die direkte Demokratie weiter kümmern und von der Kunst hat er sowieso dann keine Ahnung. Gemeint ist hier nicht der gegenwärtige Status der Kunst im System; denn was für die radikale Neubestimmung der Arbeitsfelder im ganzen gilt, gilt selbstverständlich gerade auch für das herkömmliche Feld der Kunst selbst. Auch dessen Begriff ist längst defizient und heruntergewirtschaftet. Nicht zuletzt das ist ja auch der Grund für das oben geschilderte Unverständnis, wenn ich (darin Joseph Beuys folgend) auf den Primat der Kunst poche.

Also gut, bleiben wir nicht bei den Benennungen hängen und machen uns die Mühe, die Begriffe selbst zu hinterfragen. Und ihrem (nicht dem gängigen, veräußerlichten) Begriff nach ist die Kunst das einzige, erste und letzte Gestaltungsprinzip, das ausschließlich dem Freiheitsbegriff verpflichtet ist und damit des Menschen innerste Bestimmung betrifft: sie, die Freiheit, hervorzubringen und in die Form zu bringen. Das scheint paradox zu sein: die Freiheit hervorzubringen aus der Freiheit? Allerdings! Und da auch schon das nächste Paradox: Freiheit als Form des Menschheitsganzen, wo sie doch nur und wenn überhaupt für das einzelne Ich gilt? Aber genau

hier leuchtet der Punkt (x) oder (n) auf, wo aus dem Begriff der Kunst wie von selbst auch der Begriff der direkten Demokratie hervorgeht. Es ist auch der Punkt, von dem erst aus ich die bis hierin angestoßenen Thesen beweisen kann. Der Punkt, an dem ich mit meinem Text hier leider aufhören muss.

Aber auch 40 bzw. 20 Jahre Jubiläum haben dann nur Beweiskraft, wenn sie erst das Vorspiel eines ganzen, kommenden Jahrtausends sind. Weiter will ich erst einmal nicht vorgreifen.

Johannes Stüttgen
OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE

Der (zweite) „Omnibus für direkte Demokratie“ auf seiner Jungfernfahrt für das Volksbegehren in Thüringen, 2000.

Mehr Demokratie wird erwachsen...

Es gibt viel zu meckern. „Die Wirtschaft", „die Umwelt", „die Renten" usw., kein Treffen ohne Gesprächsstoff. Wir würden es natürlich besser machen, leider machen es „die da". Was ist zu tun?

Einige verlassen sich auf den starken Mann. Wir haben Erfahrung, anderen reicht das noch nicht aus, Berlusconi sei Dank. Manche vertrauen auf den „Sachverständigen", besonders der, der ihn bezahlt hat und das sind nie wir. Vielleicht bringt es die „Aristokratie"? Nachdem die Vererbung in jahrtausendelanger Experimentalphase deren Unfähigkeit nachgewiesen hat, könnte man ja an eine „Aristokratie des Geistes" denken. Da war doch mal was bei Platon? Aber, wer ist „edel"? Und wer bestimmt das? Und vor allem, wie wird man ihn wieder los, wenn er „unedel" geworden ist?

Aber das ist alles nicht „modern". Heute regiert der „Markt", leben wir in der „Globalisierung". Heute können Börsenzocker ganze Volkswirtschaften, wie in Thailand, Südkorea und Mexiko bereits geschehen, abstürzen lassen oder den weltweiten Finanzmarkt um 1 Billion Dollar erleichtern, wie der Internationale Währungsfonds gerade festgestellt hat. Wenn die schon sowieso die Macht haben, all das zu „machen", sollte man es ihnen dann nicht gleich ganz überlassen? Alles dreht sich doch ums Geld. Und die am meisten davon haben, verstehen doch sicher auch am meisten davon?

Wir haben Jahrtausende gebraucht, um die Idee der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit in die Form eines demokratischen Staatswesens umzusetzen. Das ist das, über das wir jetzt meckern. Aber, wer nicht eine der genannten Alternativen vorzieht, der muss akzeptieren, dass wir die „Demokratie" gewählt haben. Er muss nicht akzeptieren, dass das, was bei uns aktuell passiert, immer die beste Form demokratischer Willensbildung des Volkes ist. „Demokratie" sind nicht in Fels gehauene Grundsätze. Demokratie lebt, wird von Menschen gemacht, reagiert auf gesellschaftliche Veränderungen. Deshalb hat „Demokratie" Fehler, macht „Demokratie" Fehler. Wer „Demokratie" will, muss an ihr arbeiten, muss sie weiterentwickeln. „Mehr Demokratie wagen" empfahl Willy Brandt der deutschen Demokratie nach dem Aufbruch der Studenten in der 68er Bewegung. Es gibt keine Patentrezepte, aber es gibt Verbesserungen und gute Beispiele. Die zeigen, dass es sich lohnt für mehr Demokratie zu streiten.

Da hat „Mehr Demokratie" noch viel zu tun.

Frank Teichmüller
ehem. Bezirksleiter der IG Metall Küste

Die Freiheit der Teilhabe hat nur der, dessen Existenz gesichert ist

„Die heutige Gesellschaft verfügt über so viele Güter und Dienstleistungen wie nie zuvor – frühere Generationen kannten steten Mangel. Dieser Wandel vom Mangel zum Überfluss war nur möglich dank einer Kultur, in der sich Demokratie entwickelt hat und zu deren Erneuerung Demokratie zwingend nötig ist.

Um die kulturellen und wirtschaftlichen Errungenschaften zu erhalten und auszubauen, braucht es im globalen Wettbewerb mehr denn je frei denkende Bürger, die sich selbst unternehmen, die für andere unternehmen, die die Zukunft unternehmen. Freie Bürger im Sinne von Theodor Storms Ausspruch: „Der eine fragt: Was kommt danach? Der andre fragt nur: Ist es recht? Und also unterscheidet sich der Freie von dem Knecht." Damit sich Bürger zu eigenverantwortlich denkenden und handelnden Menschen entwickeln können, braucht es Initiative weckende Rahmenbedingungen, die Beteiligung und Entscheidungsmöglichkeiten der Bürger ermöglichen und nicht verhindern. Aus diesem Grund ist ein Engagement für mehr Demokratie entscheidend für eine zukunftsfähige Gesellschaft.

Angesichts wachsender Armut und einer immer größer werdenden Zahl an Geringverdienern ist darüber hinaus die Erkenntnis wichtig, dass jeder Bürger eine Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand benötigt, um frei entscheiden und sich einbringen zu können. Die Würde und die Freiheit des Menschen beinhalten das Recht, nein sagen zu können. Diese Freiheit hat nur der, dessen Existenz gesichert ist."

Götz Werner
Gründer und geschäftsführender Gesellschafter von dm - drogerie markt, Professor der Universität Karlsruhe

Demokratie muss ein lernendes System sein

Es ist mir eine Freude, Ihnen im Namen aller Freien Demokraten und auch ganz persönlich herzliche Grüße und Glückwünsche zum 20. Geburtstag von Mehr Demokratie e.V. übermitteln zu dürfen. Zwanzig Jahre Einsatz für mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, das ist wahrlich ein Grund zum Feiern – sicherlich nicht nur für Liberale!

Viele Menschen wenden sich heute enttäuscht von der Politik ab. Sie finden sich in den politischen Diskussionen, die unserem Land geführt werden, oft nicht wieder. Ihre Lebenswirklichkeit ist eine andere. Das liegt zum einen an der Bundesregierung, die lieber über Extreme spricht, als sich um diejenigen zu kümmern, die mit ihren Steuern und Abgaben unser Land tragen. Das liegt zum anderen aber auch an unserem demokratischen System selbst. Die repräsentative Demokratie hat abgehoben. Die Politik ist oftmals weit weg von den Menschen.

Der eigentliche Motor für Veränderungen in unserem Land ist die Gesellschaft. Sie braucht Ventile, um den Veränderungsdruck an die Politik weiter zu geben. Darum setzen wir Liberale uns bereits seit langem für eine Generalinventur des politischen Systems und für mehr direktdemokratischen Elemente in unserem Land ein.

Gemeinsam mit Mehr Demokratie e.V. wollen wir Liberale die Möglichkeiten für Bürgerentscheide, Bürgerbegehren und Bürgerbefragung auf Landes- wie auf Bundesebene erweitern. Mehr direkte Demokratie soll die repräsentative Demokratie nicht ersetzen, sondern bereichern. Denn Politik, die erfolgreich sein soll, braucht unbedingt die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger. Die gewinnen wir nur mit mehr direkter Demokratie.

Bei aller Kritik am Bestehenden dürfen wir allerdings eines nicht vergessen: Das deutsche demokratische Gemeinwesen ist eine Erfolgsgeschichte. Aber es muss ein lernendes System sein, das sich die Fähigkeit zur Fortentwicklung bewahrt. Seien Sie versichert, dass wir Liberale auch in Zukunft dazu Anstöße geben werden. Dabei setzen wir auf Ihre Unterstützung. Auf eine weiterhin vertrauensvolle Zusammenarbeit!

Dr. Guido Westerwelle, MdB
Bundesvorsitzender der FDP und Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

Aktion mit Gerald Häfner anläßich der Regierungskonferenz der EU im Juni 2007

Es führt kein Weg mehr an der Stärkung der direkten Demokratie auf Bundesebene vorbei.

Wozu braucht man Demokratie? Diese Frage zu beantworten haben Sie mich als Geburtstagsgabe für den 20. Geburtstag von Mehr Demokratie e.V. gebeten. Ich wandle die Fragestellung leicht ab und lege mir die Frage vor: Wozu braucht man mehr Demokratie? Sind denn die Angelegenheiten der Demokratie in Deutschland nicht bestens geregelt? Haben wir denn nicht genug Wahlen und Parlamente? Diese Frage beantwortet sich schnell, wenn man sich vor Augen führt, was Demokratie ist: „Die Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk".[1]

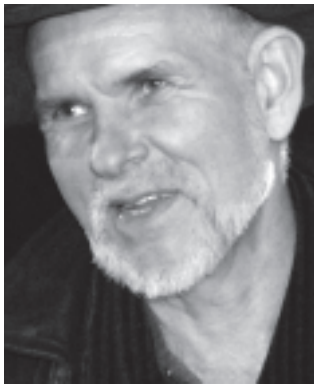
Ein demokratisches Regierungssystem ist damit keine statische Veranstaltung, sondern vielmehr ein politisches System, das den Bürgern und Bürgerinnen zeitgemäße und befriedigende Mitwirkungs- und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten eröffnen muss und damit der beständigen Fortentwicklung bedarf.

Was hierzu erforderlich ist, muss sich immer am Willen des Volkes als Souverän messen. Die bisherigen Formen der repräsentativen Demokratie halte ich heute nicht mehr für ausreichend, um dem unmittelbaren politischen Gestaltungswillen der Bürgerinnen und Bürgerinnen genügen zu können. In Deutschland führt damit kein Weg mehr an der Stärkung von Formen der direkten Demokratie auf Bundesebene vorbei. Ich gratuliere Mehr Demokratie e.V. von ganzem Herzen zum Erreichten in 20 Jahren und bin zuversichtlich, das wir auch in Zukunft gemeinsam erfolgreich sein werden bei der weiteren Stärkung der direkten Demokratie in Deutschland.

Dr. Dieter Wiefelspütz, MdB
Innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

[1] „Government of the people by the people for the people." Abraham Lincoln am 19. November 1863 in Gettysburg.

Nachruf auf E.O. Müller



Erhard Otto Müller ist tot.
Schlagartig und unerwartet.

Er war am 13.5. zu einem Vortrag nach Riga (Lettland)
gereist und starb dort am 14.Mai 2008 an einer Gehirnblutung.

Mehr Demokratie verliert mit ihm einen hervorragenden Mitarbeiter und Mitstreiter für eine partizipative Gesellschaft.

E.O. Müller wurde am 20. März 1955 in Bünde (Westfalen) als viertes von sechs Geschwistern geboren. Aufgewachsen ist er auf dem Wittekindshof in Bad Oeynhausen, wo seine beiden Eltern in der Heilpädagogik tätig waren. Nach dem Abitur und einem sozialwissenschaftlichen Studium in Bielefeld lebte und arbeitete E.O. Müller zuletzt in Berlin. Dorthin hatte ihn 1990 sein großes Engagement im Haus der Demokratie und beim Zusammenwachsen der Bürgerbewegungen im Westen und Osten Deutschlands geführt.

Die Bürgerbeteiligung und die bürgerschaftliche Selbstorganisation in unserer Gesellschaft zu stärken war das leitende Prinzip von E.O. Müllers Arbeit. Mit Leidenschaft und großem Engagement setzte er sich an vielen Orten und auf allen Ebenen dafür ein, dass bürgerschaftlich Engagierte sich mit ihren Kompetenzen und Erfahrungen in politische Entscheidungsprozesse einbringen und mitentscheiden können.

E.O. Müller war ein besonderer Mensch.

Und er war ein hochpolitischer Mensch.
Wie viele kritische junge Menschen seiner Zeit war er in jungen Jahren Marxist. Nach Mitarbeit in der KPD/AO, in der Liga gegen den Antiimperialismus und im Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen stieß er früh zu den Grünen, wo er bald wichtige Ämter innehatte. Dort begegneten wir uns zum ersten Mal.

Erhard Müller war damals erkennbar auf der Suche nach neuen, trag- und zukunftsfähigen politischen Ideen. Mir fiel schon damals sein klares Urteilsvermögen, seine Besonnenheit und seine stetig wachsende innere und äußere Unabhängigkeit auf. Gegenseitige Wertschätzung war die Folge.

Immer deutlicher konfigurierte sich sein Anliegen einer lebendigen Bürgergesellschaft, in der sich mündige, selbstbewusste Bürger durch Instrumente der Bürgerbeteiligung unmittelbar in die Politik einschalten und so eine selbstbestimmte, lebendige demokratische Gesellschaft bauen.

E.O war zwar ein politischer, aber eben, zum Glück, kein Partei-Mensch. So ging er seinen ganz eigenen Weg. Bei der Vereinigung von Grünen und Bündnis 90 arbeiteten wir eng zusammen. Schon damals waren ihm die Bürgerbewegungen des Ostens im Grunde näher als die etablierte Partei des Westens, waren ihm Ideen wie umfassende Bürgerbeteiligung, Runde Tische und Direkte Demokratie wichtiger als Macht und Karriere. Seither arbeitete er mit zahlreichen Menschen und Einrichtungen zusammen, die auf diesem Feld tätig waren und sind, darunter z.B. auch mit Berlin 21, dem Forum Bürgerbewegung, der Stiftung Mitarbeit und Mehr Demokratie.

Manches Projekt mit dem Ziel einer lebendigen Bürger- oder Zivilgesellschaft hatte E.O. selbst angestoßen, in vielen anderen mitgearbeitet. Sein wichtigstes Instrument war dabei immer das Wort bzw. das Schreiben und: die Zeitschrift. E.O. konnte beides, selbst Schreiben und eine Zeitschrift machen. Vor allem letzteres ist eine seltene, meist unterschätzte Fähigkeit. Denn eine Zeitschrift zu machen ist wie einen geistigen Raum zu gestalten, der ausstrahlt, wirkt und den

viele Menschen gerne regelmäßig aufsuchen, um sich dort auszutauschen, anregen zu lassen und Ideen aufzunehmen, die ihr Leben und Arbeiten impulsieren.

Dazu muss man nicht nur ein ganz bestimmtes geistiges Profil haben und prägen können, sondern vor allem auch offen, interessiert, ja einladend für die Gedanken anderer sein. Das am nachhaltigsten von E.O. in diesem Sinne betriebene Projekt ist die Zeitschrift „Zukünfte".

In den letzten Jahren führte ihn sein Weg, folgerichtig, wie ich meine, zu Mehr Demokratie. Man könnte auch sagen: E.O. Müller und Mehr Demokratie gingen aufeinander zu. Oder, inhaltlich ausgedrückt: In dem Maße, in dem wir uns für weitere Themen und Verfahren der Bürgerbeteiligung öffneten und ihm, umgekehrt, die Bedeutung der Demokratiefrage als Ausdruck und Forderung des freien Menschen und Kern jeder zivilgesellschaftlichen Beteiligungsidee bewusster wurde, schnitten sich unsere Wege fast zwangsläufig.

E.O. war auch ein veritabler (Mittel-)Europäer. Der Austausch zwischen Ost und West, die Entwicklung einer europäischen Zivilgesellschaft, gegenseitige Anregungen und das Lernen voneinander, z.B. hinsichtlich erprobter Formen der Einmischung in die eigenen, demokratischen Angelegenheiten, lagen ihm wie mir am Herzen. So begegneten wir uns mehrfach auch außerhalb der Bundesrepublik, z.B. auf einer von mehreren Reisen, die wir beide im Rahmen einer freien Initiative zur Förderung der politischen, kulturellen und zivilgesellschaftlichen Verständigung innerhalb Europas durchgeführt haben – zuletzt durch Slowenien, die Slowakei, Ungarn, Tschechien und Polen. Auf dieser Reise, im Frühjahr 2004, sprachen wir auch erstmals über eine Mitarbeit bei Mehr Demokratie. E.O. bewarb sich für die freigewordene Stelle als Redakteur der ZfdD und wurde genommen.

Seither und bis jetzt gestaltete er unsere Zeitschrift. Die zuvor schon benannten Fähigkeiten wurden auch bei der Redaktion unserer Zeitschrift sichtbar. Wenn es immer wieder auch Kritikpunkte gab, kann man doch sagen: alle erkannten und schätzten seine diesbezügliche Fähigkei-

ten. Und: Angeregt und fasziniert hat uns nicht nur der Redakteur, sondern auch der Mensch E.O. Müller, eine ganz eigene, ungewöhnliche Persönlichkeit, ein echter Typ.

Viele werden ihn noch vor ihrem inneren Auge sehen, eine auffallende Erscheinung, groß gewachsen, schlank, mit markanten Zügen, tiefen Augen und feinen Händen. Oft hatte er einen Schal umgeworfen und fast immer einen Hut auf dem Kopf. Er war schlagfertig und humorvoll, hatte eine tiefe, markante Stimme und meist einen lockeren Spruch auf den Lippen.

E.O. war unabhängig und undogmatisch – und in gewisser Weise auch ein Bohémien. Er liebte das Gespräch und die Diskussion, hatte Freude am ideellen Wettstreit, konnte aber auch Fragen stellen und zuhören. Und er nahm – trotz eigener und klarer Meinungen – zugleich das ganze des Gesprächsverlaufes und die Sichtweisen anderer wahr, konnte sie würdigen und, wo möglich, mit dem Ziel einer Einigung, aufeinander beziehen. Diese Fähigkeit konnten viele als sehr fruchtbar erleben, wenn E.O., was häufiger geschah, unsere Mitgliederversammlungen moderierte. Wir erlebten sie in den letzten Jahren, nach seiner Wahl in den Bundesvorstand, auch in den Vorstandssitzungen.

E.O. Müller war nicht nur ein politischer Mensch.
Er war auch ein künstlerischer Mensch, der sich gerne, nach langen Diskussionen und Sitzungen, noch ans Klavier setzte oder zu singen begann.
Und er entwickelte ein Interesse für philosophische, religiöse und spirituelle Fragen, deren Bedeutung für ihn von Jahr zu Jahr zunahm. Es wurde ihm wichtig, bei allem, was er tat und dachte, diese Dimension, wo es gelang, mit einzubeziehen. Vor einigen Jahren hatte er begonnen,

über die Zusammenhänge von Demokratie, Bürgergesellschaft und Religion ein Buch zu schreiben. Wir wollen sehen, ob es Sinn macht und möglich ist, seine Arbeit noch zu veröffentlichen.

Die Richtung der Gedanken, die ihn da beschäftigten, kann man in Heft 69 unserer Zeitschrift unter dem Titel „Hat die Demokratie eine Seele?" nachlesen. Ich finde es schön, wenn Erhard in seinem Nachruf auch ein Stück weit selber präsent ist und spricht – und zitiere deshalb die wichtigsten Gedanken aus diesem Aufsatz:

> *„Teilhabe hat ... nicht nur eine weltliche, sondern auch eine spirituelle Dimension: Nicht im Sinne eines hierarchisch- autoritären Gottesbegriffs, sondern im Sinne eines neuen Verständnisses der intuitiv-kooperativen Teilhabe des Menschen an einer „göttlichen Weisheit" – oder säkularer formuliert: an der kollektiven Intelligenz des universalen Weltgeistes. (...) Der lebendige Organismus unserer Demokratie kann sich nur entfalten, wenn wir uns nicht nur auf der rein rationalen, sondern auch auf der seelischen Ebene mit ihm in Verbindung fühlen. Wenn wir Demokratie hingegen auf ein Werk von gesetzlichen Maßnahmen reduzieren, dann droht sie aus Mangel an seelischer Zuwendung zu „verhungern", an Identifikationskraft zu verlieren - und sich im Endeffekt selbst zu zerstören."*

E.O. hatte sich über lange Zeit mit punktuellen Engagements, viel Arbeit und wenig Geld durchs Leben geschlagen. Und er hatte nie besonders auf seine Gesundheit geachtet. Seit April 2008 aber hatte er bei der Stiftung Mitarbeit in Bonn als Referent für Bürgerbeteiligung angefangen – und sich nicht nur auf die Arbeit gefreut, sondern auch darauf, endlich besser für sich sorgen zu können. Dazu ist es nun nicht mehr gekommen.

Dies gilt auch für ein anderes, großes Projekt, das E.O. zuletzt verfolgte. Er wollte eine über Mehr Demokratie hinausgehende Zeitschrift gründen, die von uns und anderen im Bereich Demokratiereform engagierten Organisationen herausgegeben werden und sich zu einem gemeinsamen Organ der Demokratiebewegung und –diskussion entwickeln sollte. Sie sollte nicht nur den übergreifenden Austausch die fachliche Diskussion in und zwischen diesen Organisationen befördern, sondern auch aktiv in die aktuelle demokratiepolitische Debatte eingreifen.

Dieses Projekt interessierte ihn noch stärker als die bisherige Mitgliederzeitschrift. Und möglicherweise hätte er es geschafft, denn solche Ideen stehen und fallen mit den Personen, die dafür stehen. E.O. konnte Zeitschriften machen – und er stand wie kaum ein anderer mit Menschen in allen zu beteiligenden Organisationen in Verbindung.

Leider kam er nicht mehr dazu. Die Idee aber bleibt.
Und die Erinnerung an einen außergewöhnlichen Menschen.
Wir danken E.O. Müller und werden ihn in Gedanken weiter begleiten.

Die Gestaltung der Festschrift, der diese Seiten beiliegen, war E.O. Müller übrigens ein besonderes Anliegen. Viele Wochen hatte er schon daran gesessen. Wir wussten dennoch nicht, wie weit das Werk gediehen war. Am Tag seiner Rückkunft von Riga war eine Konferenz zur Festschrift angesetzt, bei der E.O. fehlte. Wir gingen zunächst von einer Flugverspätung aus. Dann erst erfuhren wir, dass er tot in seinem Rigaer Hotelzimmer gefunden worden war. Diese unerwartete, erschreckende Nachricht steckt mir heute noch in den Knochen.
Als wir später seine Sachen ordneten, fanden wir auch die Festschrift.
Sie war fast komplett zusammengestellt, gesetzt und layoutet.
Es war E.O.s letztes Werk.

Vielen Dank, Erhard Otto Müller.
Wir gedenken Deiner mit einem Wort von Novalis:

Wenn ein Geist stirbt, wird ein Mensch geboren.
Wenn ein Mensch stirbt, wird ein Geist geboren.

Für den Vorstand
Gerald Häfner

Bildnachweise

Marianne Birthler: "Die Hoffotografen"
Bascha Mika: Anja Weber
Walter Sittler: Mathias Bothor
Bilder von S. 30, 31, 41, 60, 80, 107, 119, 132 (Johannes Stüttgen), 135: Michael von der Lohe
Die Protraits der Autoren wurden uns von diesen freundlicherweise zur Verfügung gestellt. Wir bedanken uns herzlich bei Berlin 21 für die Bereitstellung des Bildes von E.O. Müller (S. 147). Die anderen Bilder sind aus dem Archiv von Mehr Demokratie e.V.